

Handwritten note: 10.11.86

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Montag, 17. November 1986 - D * * *

Ans: Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtig: Telefonnummern: Der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 28-1
Anzeigenredaktion: Köln (0 22 84) 10 15 54 / Vertreibungsstelle
Bonn (0 20 54) 28-1 - Pflichtblatt an alle deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 268 - 47. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 28,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 25,00 Lfr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 8,50 Nkr., Österreich 14,00 S., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 70 Ptas., Kanarische Inseln 145 Ptas., Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Hu Yaobang über Lenin und Reagan

Der chinesische Parteichef Hu Yaobang gilt als der aussichtsreichste Anwärter auf die Nachfolge von Deng Xiaoping, des starken Mannes in China: Seine Politik bestimmt schon heute weitgehend die Geschehnisse des Reichs der Mitte. Im Interview mit der WELT nimmt Hu Yaobang Stellung zu den Reformen in Wirtschaft und Partei, zur Haltung Pekings gegenüber Gorbatschow und Reagan, zu Lenin, Marx und Engels. Den Deutschen gibt er den Rat: Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen. Seite 7

Beim „Kronzeugen“ gerät FDP in eine Zerreißprobe

CSU warnt Freie Demokraten vor „Umkippen“ / Kompromiß auf dem Parteitag?

D. G./D.W. Bonn
Die „Kronzeugen“-Regelung droht zu einer Zerreißprobe für die FDP zu werden und das Erscheinungsbild der Koalition im Bundestagswahlkampf zu beeinträchtigen. Der Widerstand gegen dieses von Präsidium, Vorstand und Bundestagsfraktion der Freien Demokraten mehrheitlich gebilligte Vorhaben hat in breiten Kreisen der Partei zugenommen. Nach dem Landesverband Berlin hat sich jetzt auch die Schleswig-Holsteinische FDP gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen.
CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schloß am Wochenende zwar nicht aus, daß Einzelheiten an der „Kronzeugen“-Regelung noch geändert werden könnten, sprach in diesem Zusammenhang aber lediglich von „Feinheiten“. In einem Interview mit dem Kölner „Express“ empfahl er den Freien Demokraten, bei der gemeinsam gefundenen Vereinbarung zu hleiben. Für ein Festhalten an der Regelung sprach sich auch Bundeskanzler Kohl aus. Der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Stoiber, sagte der „Bild“-Zeitung: „Ich warne die FDP, beim Kronzeugen genauso zu wackeln und am Ende umzukippen wie bei der Amnestie für Parteispender-Sünder.“
Die immer massiveren Vorbehalte in der FDP richten sich vor allem gegen die von der Koalition vereinbarte Regelung, nach der auch Mörder, die sich als „Kronzeugen“ für die Aufklärung terroristischer Gewalttaten oder die Verhinderung neuer Anschläge zur Verfügung stellen, Straffreiheit erhalten sollen. Es gilt als sicher, daß der „Kronzeuge“ zum beherrschenden Thema des am Freitag beginnenden Wahlparteitages der Freien Demokraten in Mainz wird.
Jürgen Mülleemann, Vorsitzender der Liberalen in NRW, die mit 117 Delegierten auf dem Parteitag in Mainz den größten Block stellen, kündigte gegenüber der WELT an, sein Landesverband werde für einen Kompromiß, in dem Straffreiheit nicht vorgesehen ist, stimmen. Einflußreiche Kreise in der FDP halten es für wahrscheinlich, daß der Parteitag mit deutlicher Mehrheit die Straffreiheit für Mörder ablehnen wird.
Für diesen Fall rechnet die FDP-Führung wie es hieß, mit scharfen Reaktionen der Koalitionspartner CDU und CSU sowie mit „katastrophalen Folgen“ für das Ansehen der Partei bei ihrer potentiellen Wähler-schaft. „Der Eindruck politischer Unzuverlässigkeit, des innerparteilichen Streits und mangelnder Konsequenz bei der Bekämpfung des Terrorismus ist das Letzte, was wir uns so kurz vor der Bundestagswahl leisten können“, sagte gestern ein Präsidiumsmitglied der WELT.
Unter diesem Eindruck forderte Parteichef Bangemann die Partei zur Geschlossenheit auf. Bereits im Oktober hatte er in einem WELT-Interview erklärt, er sei für eine „Kronzeugen“-Regelung. Und weiter: Die Koalition arbeite „auf keine Weise an praktischen Maßnahmen, um in die Offensive zu gehen“.
Die Meldung des Nachrichtenmagazins „Spiegel“, wonach Bangemann mit Kanzleramtsminister Schäuble in dieser Woche den Verzicht auf die geplante Straffreiheit für Mörder aushandeln soll, wurde gestern von FDP-Parteisprecher Mahling dementiert.

DER KOMMENTAR

Schuld und Sühne

DIETHART GOOS

Sorgfältig hatten die Planer in der FDP-Zentrale das Spektakel vorbereitet. Vom Bundestagparteitag am Freitag und Samstag in Mainz sollte ein Fanal ausgehen, um möglichst viele Wähler am 25. Januar zum Votum für die Liberalen zu motivieren: Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU bei Wahrung eigenständiger Positionen. Mit dieser Aussage wollte man sich mindestens sieben Prozent des Stimmenerwartungspotentials sichern.

Doch wie ein Flächenbrand hat sich im liberalen Lager eine verbissene geführte Diskussion um die Kronzeugenregelung ausgebreitet, die das Konzept der FDP-Wahlkampfmanager zu sprengen droht. Die zwei Tage in der Mainzer Rheingoldhalle geraten in Gefahr, der Öffentlichkeit das Bild einer wieder einmal zerstrittenen Partei zu bieten, das so manchen Wähler vor einer Stimmabgabe für die blaugelbe Dreipunkt-Partei abschrecken könnte.

Die FDP als wankelmütiger Partner, auf den kein Verlaß ist,

so lautet denn auch schon Vorwürfe vor allem aus der CSU. Hatte man sich doch am Koalitionstisch unter dem Eindruck der jüngsten Terroranschläge auf ein Konzept geeinigt, auch wenn man die Expertenmeinungen dazu noch hören wollte. Aber bevor sich die Fachleute dann am vergangenen Freitag überwiegend negativ äußerten, bagelte es schon aus den FDP-Landesverbänden massive Kritik an der Parteiführung: Man dürfe Mörder nicht straflos lassen, selbst wenn sie an der Aufklärung oder Verhinderung terroristischer Gewaltakte mitgewirkt hätten.

In wenig paradox ist es schon, daß die FDP-Linke, die Resozialisierung statt Strafe zum Programm erhob, beim Kampf gegen den Terror nun das Prinzip von Schuld und Sühne zum liberalen Dogma erhebt - und darin nicht nur Grund für einen neuen Koalitionsstreit, sondern sozusagen die Idealprägung eines „liberalen Profils“ sieht.

POLITIK

Nicaragua: Ein Volkstribunal hat den US-Bürger Eugene Hasenfus zu 30 Jahren Haft verurteilt. Er habe sich, so die Begründung, an Aktionen zum Sturz der Regierung in Managua beteiligt. Die USA sprachen von Rechtsverletzungen und wärfen Nicaragua vor, einen Schauprozess inszeniert zu haben. (S. 2 und 6)

Sowjetunion: Acht Minister der Sowjetrepublik Ukraine und zwei weitere Politiker sind vom Zentralkomitee der ukrainischen KP wegen „schwerer Verfehlungen im Kampf gegen falsche Buchführung“ getadelt worden, berichtete die „Pravda“.

Flugverbot: Die südafrikanische Gesellschaft South African Airways (SAA) darf nach einem Beschluss des Obersten US-Gerichtshofes in Washington seit gestern nicht mehr die Vereinigten Staaten anfliegen. Damit wurde ein Einspruch der südafrikanischen Fluggesellschaft gegen eine Anordnung des Verkehrsministeriums verworfen.

WIRTSCHAFT

Opec: Das Preiskomitee der Organisation erdölproduzierender Länder (Opec) hat einstimmig empfohlen, wieder einen Opec-Richtpreis für Rohöl von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) einzuführen. Gegenwärtig kostet Erdöl zwischen 13 und 15 Dollar pro Barrel. Ein Richtpreis war seit elf Jahren nicht mehr konsensfähig. Er soll jetzt spätestens zum 1. Januar 1987 in Kraft treten. (S. 11)

KULTUR

Zauberflöte: In Zürich ist eine weitere Oper Mozarts, die „Zauberflöte“, von Jean-Pierre Ponnelle und Nikolaus Harnoncourt aufgeführt worden. Auch diese Inszenierung geriet zum vollen Erfolg. Vorzüglich war allein schon das Ensemble. (S. 21)

SPORT

Gewichtheben: Der Münchner Superschwerwichtler Manfred Nerzinger (Foto) hat bei der Weltmeisterschaft in Sofia mit dem deutschen Rekord von 245 Kilogramm den Titel im Stoßen gewonnen. (S. 17)

Eishockey: In einem vorgezogenen Spiel des 18. Bundesliga-Spieltages siegte der Kölner EC mit 8:4 über die Düsseldorfer EG. Düsseldorf hatte zuvor in sieben Spielen in Folge nicht verloren und war bis auf den zweiten Tabellen-Rang vorgerückt. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Bundespresehalle: „Gericht aus Bonn“ - so hieß dieses Jahr das Motto des Bundespresehalls, der wieder viel politische Prominenz und Stars aus Film und Fernsehen anlockte. Rund 2900 im Fernsehen erprobte Ballgäste vergnügten sich in der Beethovenhalle. (S. 22)

Büro auf Bähren: Eine schwedische Firma hat für ihre Pendlere ein Büro auf Bähren eingerichtet. Ein Teil der Fahrzeit wird den Angestellten als Arbeitszeit angerechnet. Viele Beschäftigte sind deshalb vom Auto auf die Bahn umgestiegen. (S. 22)

Kohl von „DDR“-Protest unbeeindruckt

Kanzler vor Mittelstandsvereinigung: Menschenrechte werden mit Füßen getreten

HELMUT BREUER, Düsseldorf
Bundeskanzler Helmut Kohl bleibt ungeachtet des „DDR“-Protests gegen seine Angriffe auf Ost-Berlin bei seiner Kritik an dem SED-Regime. Der CDU-Chef nutzte eine Wahlkundgebung der CDU-Mittelstandsvereinigung dazu, um die Forderung nach Anerkennung der „DDR“-Staatsbürgerschaft ebenso abzulehnen wie die Schließung der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. Einen Tag nach dem förmlichen Protest von Ewald Moldt, dem Ständigen Vertreter der „DDR“ in Bonn, gegen ähnliche Äußerungen Kohls am 8. November, sagte der Kanzler in Düsseldorf: „Wir haben ein gutes Gesprächsverhältnis mit der „DDR“-Staatsführung, und es ist notwendig, doch wisse er zu jeder Stunde, mit wem er spreche.“ Das Ziel unserer Politik ist es, Menschen zueinander zu bringen, aber dieses Ziel kann nicht heißen, daß ich anerkenne, daß ein kommunistisches Regime im anderen Teil Deutschlands die Menschenrechte mit Füßen tritt.“ Kohl hatte schon im März dieses Jahres deutlich gemacht, daß dieses Thema eine Rolle im Bundestagswahlkampf spielen werde.
So lange es in der „DDR“ noch einige tausende politische Gefangene gebe, so der Kanzler, sei es notwendig, die Erfassungsstelle zur Registrierung von Gewalttaten in der „DDR“ offenzuhalten, damit die politischen Gefangenen drüben „wissen, daß Übergriffe gegen sie hier zur Kenntnis genommen werden, daß sie nicht vergessen sind“.
Die Bundesregierung denkt nach den Worten Kohls auch nicht daran, die Staatsbürgerschaft der „DDR“ anzuerkennen. „Wir grenzen unsere Landsleute nicht aus, das sind Deutsche mitten in Deutschland.“ Im übrigen wisse Hoercker aus einer Umfrage der SED, daß auch eine Mehrheit der Bevölkerung in der „DDR“ gegen diese Anerkennung sei.
Der Bundeskanzler warnte auch davor, mit einem Nein zum Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes kommende Generationen in die

An der Basis wirbt Rau weiter für die absolute Mehrheit

Brandt: Meine Stellungnahme war abgesprochen

DW. Bonn
SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat einen weiteren Versuch unternommen, die Basis trotz gegenteiliger Äußerungen aus der Parteiliste auf sein Ziel einer absoluten Mehrheit einzuschwören. Auf einer „Mobilisierungskonferenz“ für Norddeutschland sagte Rau in Walsrode, er wolle nicht deshalb mehr Stimmen, damit die Anderen gewart sind, sondern damit eine andere Politik gemacht werden kann in der Bundesrepublik. In der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“ ließ SPD-Präsident Egon Bahr am Freitag geschrieben: „Wir kämpfen nicht mehr um die Mehrheit.“
In Walsrode wurde deutlich, daß Rau eine Gefahr für die SPD darin sieht, die gegenwärtig positive Grundstimmung herunterzuspielen. Er warnte die rund 600 Parteifunktionäre, im Wahlkampf die Bundesrepublik als „Jammertal“ darzustellen. Raus Analyse deckt sich mit der der Bundesregierung aus Union und FDP: Der Mehrheit gehe es gut, die Preissteigerungsraten seien niedrig, die Exportdaten seien hervorragend und es gebe Anzeichen für eine Belebung des Binnenmarktes. Von dieser Bestandsaufnahme, die die Politik der Regierung in den vergangenen vier Jahren bestärkt, schlug Rau eine Bogen zu den Zielen der SPD. Sie müsse dafür werben, daß gerade jetzt eine Chance für mehr Solidarität bestehe.
Zwei Monate vor der Bundestagswahl räumte Rau Defizite der SPD ein. Sie sollten bis zum 25. Januar ausgeräumt werden. Die Partei müsse, so der Spitzenkandidat, auch Profit gewinnen und auf die Menschen anziehender wirken. Rau erhofft sich offenbar positive Effekte von einer hohen Wahlbeteiligung. Wenn im gleichen Maße wie in Hamburg SPD-Wähler nicht zur Bundestagswahl gingen, so könne die Partei nicht gewinnen.
Parteichef Willy Brandt hat erklärt, seine umstrittene Äußerung nach der Hamburg-Wahl, die Sozialdemokraten müßten jetzt eine Mehrheit der Union verhindern, sei in der engeren Führungsspitze - der auch Rau angehört - so besprochen worden. Rau hatte hingegen versucht, diese Stellungnahme Brandts als eine Art Schnellschuß herunterzuspielen. Seiten 2 und 16: Weitere Beiträge

Wörner gegen neue Strategiedebatte

Welt-Interview mit dem Verteidigungsminister / Rühes Äußerungen sorgen für Unruhe

RÜDIGER MONIAC, Bonn
In einer nach dem Reykjavik-Gipfel für die westliche Sicherheit entscheidenden Phase ist Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zu politischen Gesprächen mit US-Vizepräsident Bush, seinem Amtkollegen Weinberger und weiteren führenden Politikern nach Washington geflogen. Die NATO ist jetzt dabei, ihr Konzept für die Fortsetzung des politischen Dialogs mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle und den Abbau von Spannungen weiterzuentwickeln, nachdem beide Supermächte nach der Island-Begegnung gemeinsam den Willen zur kräftigen Reduzierung von Nuklearwaffen bekundet hatten. Wörner wird überdies in Washington in einem Vortrag die Ansichten der Bundesregierung zur Zukunft der westlichen Sicherheitspolitik vorstellen.
In den Gesprächen der britischen Premierministerin mit US-Präsident Reagan am vergangenen Wochenende unterstrich Margaret Thatcher nachdrücklich, daß eine für Europa ins Auge gefaßte „Null-Lösung“ für Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite gekoppelt werden müsse mit einer Problemlösung des sowjetischen Übergewichts an Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite und beim konventionellen Militärpotential.
In einem WELT-Gespräch hob Bundesverteidigungsminister Wörner den gleichen Standpunkt hervor und erklärte, die westliche Strategie der Kriegsverhinderung ließe beim sowjetischen konventionellen Übergewicht „auf Nuklearwaffen angewiesen“. Öffentliche Äußerungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Rühe über eine mögliche Veränderung der NATO-Strategie der Abschreckung hat in den Reihen der Union und der Regierung große Verwirrung ausgelöst. Wörner und der abrüstungspolitische Sprecher der Fraktion, Todenhöfer, stellten klar, es gebe keinen Grund, die seit Jahrzehnten bewährte Strategie der flexiblen Reaktion zu korrigieren. Demzufolge sei auch eine neue Strategiedebatte unnötig. Rühe hatte dagegen erklärt, er halte dies für erforderlich. In den USA gebe es schon Anzeichen dafür, selbst die Frage des Erstsatzes von Nuklearwaffen aufzuwerfen. In der NATO-Strategie wird aber die Möglichkeit des Erstsatzes in der Absicht betont, für die Sowjetunion die Kalkulation eines Kriegsriscos aus ihrer Sicht zu verhindern.
Besonders getroffen hat sicherheitspolitische Fachleute in den Reihen der Union, daß Rühe einem dpa-Bericht zufolge warnend gesagt haben soll, die USA durch das Zurückhalten einiger Mittelstreckenraketen in Europa in eine Art „Geiselschaft“ für den atomaren Schutzschirm zu nehmen. Solche Vorstellungen entsprechen nicht der bestehenden „Wert-, Sicherheits- und Risikogemeinschaft“ mit „unseren amerikanischen Freunden“. Vielmehr gebe es Verbindungen zwischen der amerikanischen und europäischen Sicherheit, die lebensfähig gehalten werden müssen. Seiten 5 und 16: Weitere Beiträge

Falschaussage vor NH-Ausschuß? „Soldaten waren nicht die Täter“

D.G. Bonn
Nach der Aussage des bisherigen BGAG-Chefs Lappas ergibt sich für den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Hübich, bei einem Zeugen der Verdacht der Falschaussage. Wie der CDU-Politiker der WELT sagte, will Lappas erstmals Mitte Juli in Urmission und Mitte August konkret den DGB-Vorsitzenden Breit über den Verkauf der Neuen Heimat informiert haben. Breit hatte dagegen ausgesagt, erst Anfang September über den NH-Verkauf von Lappas unterrichtet worden zu sein.
E.N. Bonn
CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger hat in einer „Gedenkstunde zum Volkstraugart“ gegenüber allen Toten des Krieges und Opfern der Gewaltherrschaft die „gleiche Ehrfurcht“ gefordert. Bei der Veranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sagte der CDU-Politiker: Es gehe nicht an, „die toten deutschen Soldaten den an deren Opfern als „Täter“ gegenüberzustellen“. Nicht die Soldaten, die Entscheidungsträger seien Täter. Seite 4: Die Täter

Mord in Jerusalem. Israel sieht die Schuldigen in Syrien

Kollek appelliert an Araber, Spannungen zu verhindern

E. LAHAV/DW. Jerusalem
Der Mord an einem Studenten einer Talmud-Schule in der Altstadt von Jerusalem hatte am Wochenende zahlreiche gewalttätige Ausschreitungen zur Folge. Die Polizei war bemüht, eine kollektive Rache an Arabern zu verhindern. Dazu hatte der Vorstand der Schule ergriffen, obwohl die drei Täter unmittelbar nach dem Überfall festgenommen worden waren. Die israelische Regierung machte die „Volkfront für die Befreiung Palästinas“ in Damaskus für den Mord verantwortlich.
Drei Araber hatten den 21-jährigen Elishu Amadi am Samstag nachmittag von hinten angegriffen und mit Messern auf ihn eingeschlagen. Amadi hat sich offenbar verzweifelt gewehrt und einen der Täter verletzt, bevor er dem mehr als zehn Stüchunden erlag. Der Leichnam des Studenten wurde nach orthodoxer Sitte noch in derselben Nacht auf dem Ölberg beigesetzt. Die etwa 300 Trauergäste ließen sich nach den Worten von Polizeichef Josef Jehudai „an praktisch allem aus, was am Wege lag“.
Bürgermeister Teddy Kollek rief sofort die arabischen Notablen der Altstadt zusammen und bat sie, ihren Einfluß geltend zu machen, um weitere Spannungen zu vermeiden. Sie sollten der Bevölkerung verdeutlichen, daß fortgesetzte Angriffe zur Gegenwehr der jüdischen Bewohner führen könnten.
Kollek gab jedoch zu, unter der arabischen Bevölkerung herrsche Unzufriedenheit, weil sie von der städtischen Entwicklungstätigkeit nicht so gut wie die jüdische Bevölkerung bedacht werde. „Das Gefühl, bedrängt zu werden, ist zum Teil für die Spannungen verantwortlich“, sagte Kollek. Er bezog sich dabei darauf, daß Rabbiner-Seminare in jüngerer Zeit Grundstücke in der Jerusalemer Altstadt erworben haben, in der zu meist Araber wohnen.
Zu Zwischenfällen war es in der vergangenen Woche jedoch nicht nur in Jerusalem gekommen. In Nabulus hatte eine Frau versucht, einen israelischen Soldaten zu erstechen. Im Gazastreifen wurden zwei Israelis erstochen und einer weiterer verletzt.

„Drogenschiff“ versenkt

USA schlagen im Kampf gegen Rauschgift-Schmuggel zu

G. FRIEDLÄNDER, Bogotá
Die amerikanische Küstenwache hat am Freitag nachmittag auf offener See ein Fischerboot versenkt, das zehn Tonnen Marihuana an Bord führte. Der Vorgang wurde erst nach 24 Stunden bekannt.
Es ist seit 1980 das vierzehnte Mal, daß die nordamerikanische Küstenwache Feuer auf ein Rauschgift transportierendes Schiff eröffnet hat. Auch andere Teile der Streitkräfte der USA werden im Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel eingesetzt. Dieser jüngste Zwischenfall ereignete sich, als US-Truppen aus Bolivien abgezogen wurden, wo sie an einer Aktion gegen Kokainfabriken an der Seite bolivianischer Behörden teilgenommen hatten.
Die auf dem Schiff der Küstenwache stationierten Beamten der Rauschgift-Bekämpfungsbehörde DEA sicherten die „Rose Marie“ in internationalen Gewässern, vierzig Meilen von der nördlichen kolumbianischen Atlantikküste entfernt, und gaben ihr den Befehl, zur Inspektion zu beidrehen. Das Schiff versuchte zu entkommen. Daraufhin eröffneten die Amerikaner Waffener gegen das sechzehn Meter lange Fischerboot. Als auch das ergebnislos blieb, wurde die „Rose Marie“ beschossen.
Das aufgebracht und später versenkte Fischerboot wird von den Amerikanern als „staatenlos“ bezeichnet, aber die gesamte Besatzung - sieben Mann - waren Kolumbianer.
Die Nordamerikaner haben in den vergangenen beiden Jahren besondere Anstrengungen unternommen, die kolumbianische Regierung dazu zu bringen, den Abbau von Marihuana zu bekämpfen.
Kolumbien hat zwar Rauschgift produzierende Pflanzungen zerstört, aber die Versorgung des Marktes wurde dadurch nicht unterbrochen. (SAD)

Leserbriefe und Personalien Seite 8
Fernsehen Seite 19
Pankraz Seite 21
Wetter: Unbeständig Seite 22

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Deutliches zur „DDR“

Von Enno v. Loewenstern

Bundeskanzler Kohl hat seine nachdrückliche Kritik an der „DDR“ nach Protest - ADN sprach von „Verleumdung“, der Ständige Vertreter Ewaldt Moldt verwahrte sich gegen „Einnischung in die inneren Angelegenheiten der DDR“ - noch einmal unterstrichen. Das verdient Respekt.

Zwar seien Gespräche mit der „DDR“ notwendig, sagte Kohl. Aber: „Unser Ziel kann nicht sein, daß wir ein kommunistisches Regime anerkennen, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.“ Er lehnte die Anerkennung einer „DDR-Staatsbürgerschaft“ ab: „Ich grenze unsere Landsleute nicht aus, die Deutsche sind mitten in Deutschland.“ Kohl hat sich zum Widerverweigerungsbekannt und er lehnt auch die Abschaffung der Erlässungstelle Salzgitter ab, wohl wissend, daß sie vielen Landsleuten Hoffnung und vielen ihrer Unterdrückter Abschreckung bedeutet.

Kohl hat sich schon angesichts der Honecker-Besuchserwartungen 1984 und früher deutlich geäußert. Freilich halten auch in der Union, solche Deutlichkeit für unpolitisch. Sie meinen, im freien Teil Deutschlands könne nur eine Partei gewählt werden, die Moskaus Wohlwollen genießt und für Tritte einsteckt (denn die kommunistische Seite zögert, uns Kriegstreiber und Revanchisten zu schimpfen).

Aber die Union hat erfahren, zuletzt auch in Bayern, daß Zurückhaltung gegenüber den Menschenverächtern unpolitisch ist und einer Partei Verachtung eintragen kann. Der gängige Doppelstandard - zwar die NS-Verbrechen angemessen verurteilen, zu den kommunistischen Verbrechen aber im Namen der „Entspannung“ schweigen - ist nicht nur unmoralisch, er birgt auch die Gefahr in sich, zumindest breiten Kreisen die Moralbegriffe zu verwirren. Daraus ist die Absurdität zu erklären, daß vierzig Jahre nach Überwindung eines verbrecherischen Systems auf deutschem Boden gegen den freiheitlichen Rechtsstaat Steine geschleudert werden im Geiste des verbrecherischen Systems. Das heute einen Teil des deutschen Bodens besetzt hält. Anklage zu erheben, wo die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist auch ein Stück politischer Hygiene im eigenen Land.

Die Ehre der Gefallenen

Von Eberhard Nitschke

Es muß auch einen Platz geben, an dem wir ohne volkspädagogische Absichten nur eins tun: den Millionen Toten, die zu Opfern der Kriege und unrechtmäßigen Gewalt wurden, unseren Respekt und unsere Ehrfurcht zu bekunden. Diesen Satz hat Alfred Dregger im April bei einer Bundestagsdebatte gesagt. Am Sonntag hat er aus Anlaß der Gedenkstätte zum Volkstrauertag 1986 dieser politischen Forderung Nachdruck verliehen. „Alle Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft“, so Dregger, hätten Anspruch auf die gleiche Ehrfurcht, soweit sie sich „persönlich ehrenhaft“ verhalten haben.

So selbstverständlich das klingt, so selten ist es bisher an prominenter Stelle auch gesagt worden. Es ist lange her, daß US-Präsident Eisenhower, während des Krieges amerikanischer Oberbefehlshaber in Europa, 1951 in Gegenwart Konrad Adenauers meinte, er wisse von dem Unterschied zwischen dem deutschen Soldaten, „der seine Ehre nicht verloren hat“, und Hitler und seinen verbrecherischen Helfern. Es ist auch schon wieder lange her, daß Charles de Gaulle als französischer Staatspräsident 1961 in Paris dem ihm besuchenden deutschen Bundespräsidenten sagte, jedes der beiden Völker werde die „Erinnerung an den entfalteten Mut und die erlittenen Opfer bewahren, insofern die Ehre der Kämpfenden hierbei unangestastet geblieben ist“.

Dregger zog dieses Beispiel von Objektivität heran, um einer Argumentation entgegenzutreten, die gefallene Soldaten als „Täter“ brandmarkt, die auf keinen Fall zur gleichen Zeit und am gleichen Ort wie die anderen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft geehrt werden dürften. Er erinnerte zudem an die gleichsam „Große Koalition“, die 1949 in Gestalt der Parteivorsitzenden Adenauer, Kurt Schumacher (SPD) und Theodor Heuss (FDP) zusammentrat, indem sie die Ehre der toten Soldaten schützte, wenn sie sich ehrenvoll verhalten hatten.

Die Erben diese „Koalition“, unter denen eine Diskussion darüber aufgebracht ist, ob man „die Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft“ wirklich gemeinsam ehren kann, hat Dregger mit Nachdruck aufgefordert, sich dieser Gemeinsamkeit zu erinnern. Die von der SPD gewünschte „breite Debatte“ kann damit in einem eröffnet und geschlossen werden.

Und ganz ohne Quote

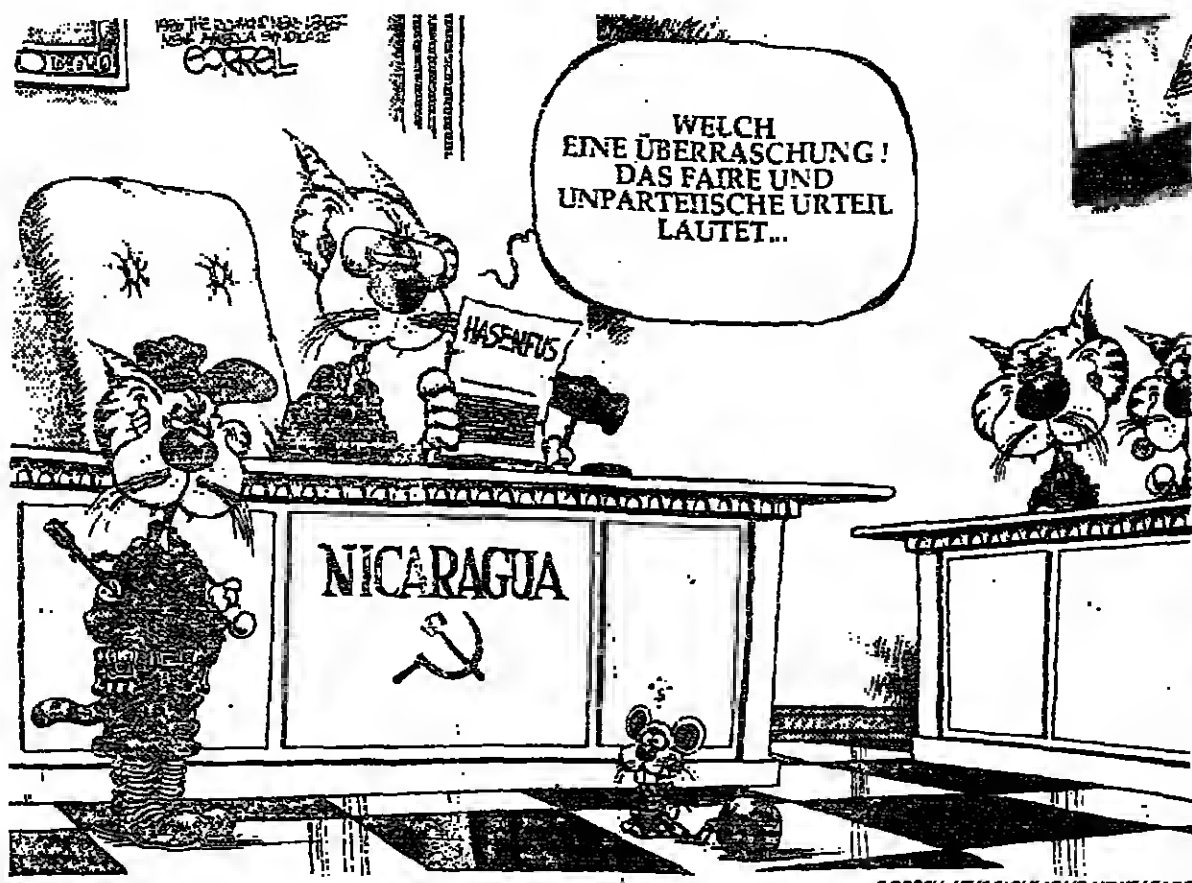
Von Joachim Neander

Unter den fünfzehn Besitzern im Landesvorstand der Rheinland-Pfälzischen CDU sind jetzt sechs Frauen. Das ist doppelt soviel, wie dem weiblichen Geschlecht nach seinem Mitgliederanteil (knapp zwanzig Prozent) eigentlich „zustehen“ würde. Das übertrifft die meisten Parteiverbände aller politischen Richtungen in der ganzen Bundesrepublik. Aber es kam zustande ohne jede Quotenregelung und ohne die sattsam bekannten Beschwörungsaufspiele, doch bitte den armen, unterdrückten Frauen eine Chance zu geben.

Gewählt wurden die sechs (zum Teil mit beachtlichen Ergebnissen) auf dem Parteitag in Andernach vor allem, weil es jede auf ihre Art und als Einzelperson verstand, bei der Kandidatenvorstellung die Parteitagdelegierten zu beeindrucken - so sehr übrigens, daß zum erstmaligen seit langem der geheiligte Vorstands-Proporz der drei Bezirksverbände über den Haufen geworfen wurde und ein so prominenter und um das Bundesland und seine Partei hochverdienter Mann wie der frühere Wirtschaftsminister Heinrich Holkenbrink seinen Sitz im Parteivorstand verlor.

Natürlich kommt nun erst die Zeit der Bewährung. Die Arbeit der sechs wird nach zwei Jahren an diesem Vertrauensvorschuss gemessen werden. Aber das kann sich jetzt ohne den Argwohn und psychischen Druck vollziehen, der die nur auf Grund von Quoten Gewählten unvermeidlich begleitet - wenn nicht gar verfolgt.

Für einen Mann wie Holkenbrink, der freiwillig, auf einem jüngeren Platz zu machen, auf eine erneute Landtagskandidatur verzichtet hatte, aber gerne weiter Verantwortung getragen hätte, ist dies eine bittere Sache. Für die politische Öffentlichkeit dagegen könnte das überraschende Ergebnis des Andernacher CDU-Parteitages auch eine ganz gute, belehrende Wirkung haben. Zumindest in den Parteien und Institutionen, in denen das Individuum noch etwas gilt, sollte man sich klarmachen, daß Frauen, um Erfolg und Einfluß zu gewinnen, nicht immer nur untergeordnet und als feministisch verbiessenes Abzählkollektiv auftreten müssen.



Etappensieg der Sandinisten

Von Werner Thomas

Eugene Hasenfus ist ein bekannter Mann in Managua; er war es schon, bevor die Sandinisten ihn in ihrem Schauprozess vor dem „Volksgerichtshof“ - der Begriff ist den Deutschen von einer ähnlichen Institution her wohl bekannt - zu den erwarteten dreißig Jahren verurteilten. Der in Ketten gelegte blonde Hüne blickt traurig vor dem Transparenten. Das Bild des gefangenen amerikanischen Contra-Helfers dominierte auch die Festveranstaltung zum 25. Jahrestag der „Nationalen Sandinistischen Befreiungsfront“ (FSLN) vorletzte Woche. Selbst T-Shirts vermittelten diesen Anblick, den die Kommandanten symbolhaft sehen: ein geschlagener Riese. Sie suggerieren das biblische Gleichnis von David und Goliath.

Der Vergleich hinkt. Der Goliath hat bisher nicht gekämpft. Er wird wahrscheinlich auch nicht kämpfen. Er unterstützt verbündete Kräfte. Denen droht jedoch, wenn kein Wunder geschieht, eine Niederlage.

Etwas mehr als zwei Jahre vor dem Ende der Reagan-Ära kann man diese Prognose wagen: Die Marxisten in Managua werden wohl jenen Präsidenten überleben. Der sie stürzen oder zumindest zur Kurskorrektur zwingen wollte, „Cry uncle“, sagte er einmal, auf deutsch: Sie sollten zu Kreuze kriechen. Solche Forderungen wiederholt Reagan heute nicht mehr.

In der Zwischenzeit hegen sogar die Führer der antisandinistischen Rebellen (Contras) Zweifel an ihren militärischen Möglichkeiten. „Mit eigenen Kräften“ sei ein Sieg über die Sandinisten nicht zu schaffen, konstatierte Arturo Cruz. Diplomatische Beobachter der mittelamerikanischen Region haben von Anfang die Ansicht vertreten, daß die Comandantes keine Rebellenarmee zu fürchten hätten. Schon deshalb nicht, weil der Sicherheits- und Überwachungsapparat perfekt funktioniere. Es könne keinen Volksaufstand geben wie in der Endphase der Somoza-Diktatur, trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung über die katastrophale wirtschaftliche Lage (nach Worten des Comandante Jaime Wheelock betrug die Inflationsrate im vergangenen Jahr 2600 Prozent). Aber mit östlicher Hilfe schufen die Sandinisten die

stärksten Streitkräfte Mittelamerikas, 120 000 Soldaten und Reservisten, von 3000 kubanischen Experten beraten. Zum FSLN-Jubiläum veranstaltete die „Sandinistische Volksarmee“ ihre bisher größte Militärparade mit 50 sowjetischen Panzern. Die weitere Ausrüstung der mittelamerikanischen Volksarmee ist garantiert. Das Schicksal der Contras steht dagegen in den Sternen geschrieben - nachdem die Demokraten wieder den amerikanischen Senat kontrollieren.

Der neue Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses heißt Claiborne Pell, ein linksliberaler Volksvertreter aus dem Staat Rhode Island, der die antisandinistischen Rebellen bereits „unsere Terroristen“ nannte. Der Senator John Kerry, der ähnlich denkt wie Pell, erwartet, daß sich der Ausschuß in Zukunft mehr auf die gegen die Contras erhobenen Beschuldigungen der Menschenrechtsvergehen und des Raubhandels konzentriert, als Geldmittel zu verteilen.

Tomas Borge, der sandinistische Innenminister, hat gesagt: „Wenn uns die Amerikaner entmachten wollen, müssen sie schon selbst kommen.“ Diese - realistische - Lageeinschätzung wurde in Washington nie ernsthaft erwogen. Während der letzten Etappe der Präsidentschaft Reagan wird die direkte Intervention erst recht nicht zur Diskussion stehen.



Die Bedrohung der Nachbarländer durch Nicaragua geht weiter: Hasenfus vor dem „Volksgerichtshof“

Reagan denkt, von Ebeffrau Nancy bestärkt, an seinen Platz in der Geschichte. Er möchte als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen.

Kein Wunder, daß Probleme existieren zwischen Washington und den mittelamerikanischen Freunden. Alle, sowohl Honduras als auch El Salvador, Costa Rica und Guatemala, stellen sich auf eine Fortsetzung der sandinistischen Herrschaft nach dem Regierungswechsel in den USA ein. Deshalb lehnten selbst Honduras und El Salvador die militärische Ausbildung von Contra-Offizieren auf ihrem Territorium ab. Der honduranische Präsident José Ascona Hoyo gerät unter wachsenden innenpolitischen Druck, weil die Contras nach wie vor Basislager in diesem Nachbarland Nicaragua unterhalten. Dieser Tage besuchte der Präsident die Grenzregion und berichtete über eine „schwierige Situation“. Die „Sandinistische Volksarmee“ eskaliert ihre Aktionen in diesem Gebiet.

Ein honduranischer Offizier erinnert: „Wir haben den Amerikanern vor vier Jahren gesagt, daß sie die klare Entscheidung zum Sturz der Sandinisten fällen müssen. Wenn sie das nicht tun würden, könnten sie Probleme erwarten. Sie wissen bis heute nicht, was sie tun sollen.“ Die „New York Times“ zitierte einen amerikanischen Regierungsbeamten, der dieses Dilemma erkannte: „Diese Länder wissen, daß wir schon öfters davongelassen sind.“ Er meinte das Schweinebucht-Desaster - wo die vom US-Geheimdienst CIA organisierte Invasion exilkubanischer Brigaden mit einem karibischen Waterloo endete, weil die neue Kennedy-Administration nicht direkt eingreifen wollte - und Vietnam.

Ronald Reagan hat bereits angekündigt, was passiert, wenn die Sandinisten an der Macht bleiben: Dann seien alle Länder der Region von einer marxistischen Revolution bedroht, auch Mexiko. Und siehe da, hier sind Nicaragua Innenminister und Americas Präsident einmal einer Meinung: Tomas Borge antwortete in einem „Playboy“-Interview auf die Frage nach den revolutionären Aussichten Mittelamerikas: „Das ist eine historische Prognose Reagans, mit der er richtig liegt.“

Dohnanyis neue Bescheidenheit beginnt recht anmaßend

Statt gemeinsamer Verantwortung soll der CDU ein Papier präsentiert werden / Von Uwe Bahnsen

Wenn ein Politiker wie der Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzende Henning Voscherau seine Partei nach einer verheerenden Wahlniederlage öffentlich wie geschlagen zur „Bescheidenheit“ und zur parlamentarischen Zusammenarbeit aufruft, so muß das einen guten Eindruck machen. Hätte die Partei von ihrer bisherigen ebsüchtigen Mehrheit in der Bürgerschaft mit etwas weniger Arroganz der Macht Gebrauch gemacht und wäre sie etwas mehr zur Kooperation mit der christdemokratischen Opposition bereit gewesen, so hätten die Wähler ihren Dankzettel für die SPD vielleicht nicht mit dieser Deutlichkeit ausgefüllt.

Jedoch sind Voscheraus Mahnungen und die Konsequenzen, die die Spitzengegner aus dem Desaster des 9. November ziehen, offenbar zwei Paar Schuhe. Denn die „Bescheidenheit“ der SPD-Führung sieht in der politischen Praxis so aus: Die drei Führungspersonen der Hamburger Sozialdemokratie, nämlich Bürgermeister Klaus von

Dohnanyi, Fraktionschef Voscherau und der Landesvorsitzende Ortwin Runde, beschlossenen soeben, sie würden ein „Arbeitsprogramm für die Bürgerschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung“ ausfüllen, das nicht parteipolitisch bestimmt sein werde.

Das SPD-Führungstrio scheint die Öffentlichkeit und die CDU-Führung für ziemlich naiv zu halten. Wenn sich die drei Spitzengegner zusammensetzen, um ein solches Papier zu fertigen, so ist kaum anzunehmen, daß es anders als in ihrem Sinn, also „parteilich bestimmt“, ausfällt. Diese SPD-Hausarbeit soll sich ein neu gewähltes Parlament präsentieren lassen, in dem die Sozialdemokraten keine Mehrheit mehr haben - und es soll zunächst erst nach dem 29. Januar vorliegen, weil die SPD bis zur Bundestagswahl ein Hamburger Stillsitzen inszenieren möchte.

Das alles ist schon grotesk genug. Es wird zur unwahrscheinlichen Komik angesichts der parteipoliti-

sehen Hintergedanken, die es begleiten. Der Finanzsenator Horst Gobrecht etwa bekannte vor der neuen SPD-Bürgerschaftsfraktion mit schöner Offenheit: „Wenn ich für sozialdemokratische Politik eine Mehrheit bekomme, ist mir egal, von wem.“ Und Dohnanyi selbst bezeichnete es vor demselben Auditorium als Aufgabe der SPD, die Partei müsse „eine realistische Antwort für die Fragen der Stadt auch im Sinne der GAL-Wähler formulieren“ - natürlich mit dem Ziel, sie für sich zurückzugewinnen.

Gepöbelt wird hier der Super-Spagat, um an der Macht zu bleiben. Die neue, „nicht parteipolitisch bestimmte“ SPD-Politik der „Bescheidenheit“ im Stadtstaat Hamburg hat dabei nur eben dieses Problem, daß die christdemokratische Konkurrenz auf diese interessanten Gedanken nicht eingehen mag. Für die CDU sagte deren Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau: „Wir müssen und wir werden der abgewirtschafteten und ausgebrannten SPD klarmachen, daß man mit uns nicht taktieren kann.“ Und: „Wir sind jederzeit bereit, mit der SPD über eine gemeinsame Verantwortung zu verhandeln und in einem solchen Fall Kompromisse einzugehen. Solange es diese gemeinsame Verantwortung jedoch nicht gibt, werden wir im Parlament lupenreine CDU-Politik vortragen.“

IM GESPRÄCH Hischam Nazer

Neuer Mann, neuer Stil

Von Volker Stahr

Fast ein Vierteljahrhundert stand Ahmed Zaki al-Yamani als Synonym für die arabische Ölmacht. Sein Name war bekannter als die jener drei Könige, denen er diete. Er war der Kopf des Erdölkartells Opec, dessen Herz Saudi-Arabien war.

Von vergleichbarem Einfluß gab es im Lande nur noch einen Mann, der nicht der Königsfamilie angehörte: Planungsminister Hischam Nazer (54). Er und Yamani bildeten in den Jahren des Wohlstandes die beiden Konstanten der saudischen Politik. War Yamani der Mann, der das Geld hereinholte, so war es Nazer, der in Wohlstand und Wachstum umsetzte. Nazer wirkte dabei vornehmlich hinter den Kulissen. Mit seiner Ernennung zum Ölminister ist er aus dem Schatten Yamanis getreten. Künftig laufen bei ihm alle Fäden zusammen, bleibt er doch vorerst auch weiterhin Planungsminister.

Nazer stammt aus dem Hedschas, dem traditionsreichen Westen Saudi-Arabiens. Aus wohlhabendem Elternhaus kommend, absolvierte er (mit Bravour) die arabische Eliteschule Victoria College in Alexandria und studierte danach politische Wissenschaften an der University of California in Los Angeles. Sein damaliger Professor, der spätere US-Botschafter in Saudi-Arabien, Neumann, nannte ihn in einem Brief an den Vater einen seiner „glänzendsten Studenten“. Der Vater veröffentlichte den Brief, und das Ölministerium verpflichtete den Sohn vom Fleck weg.

Nazer wurde zu einem der engsten Mitarbeiter des Ministers Tariqi, eines der Gründerväter der Opec. 1962 stieg er zum stellvertretenden Ölminister auf. Sein Chef war nun der im gleichen Jahr ernannte Yamani. 1968 wechselte Nazer auf den Sessel des Präsidenten der Zentralen Planungsorganisation (Ministerrat) erhielt die Behörde erst 1975 - offenbar in Anerkennung der Leistung Nazers. Mit Hilfe der Petrodollar gestaltete er Modernisierung und Industrialisierung.



Geldquelle und Geldausgabe in einer Hand: neuer saudischer Ölminister Nazer

kurz den Weg Saudi-Arabiens ins 20. Jahrhundert. Vieles spricht allerdings dafür, daß der als Technokrat geltende Nazer dabei mehr Vollzugsbeamter (oder besser: Anlagenberater) des Königshauses denn eigenständiger Ideenproduzent war. Nazer hat engen Kontakt zu König Fahd, in dem er offenbar einen Förderer hat, seit beide einander 1968 kennenlernten. Damals wurde Nazer Mitglied des „Hohen Rates für Erdöl und Bodenschätze“, in dem der Prinz Fahd den Vorsitz führte.

Was wird sich mit Nazer ändern? Im Gegensatz zu Yamani drängte er schon lange auf eine Begrenzung der Fördermengen, na Öl das „einzigste Kapital“ des Küstenstaates sei. Doch auch für ihn gelten die Sachzwänge des Ölmarktes. So dokumentiert Nazers Ernennung vornehmlich einen Stilwandel. Mit der Ablösung Yamanis sind die Zeiten vorbei, in denen ein Mann allein Ölpolitik machte. Die Rolle des mächtigen Kronprinzen Abdallah bei dessen Sturz und die Tatsache, daß die ersten programmatischen Äußerungen nach dem Wechsel von Innenminister Prinz Nayef und nicht aus dem Ölministerium kamen, unterstreichen dies.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Bäcker-Vollzeitung

Sie nimmt Kohl gegen SPD-Kritik in Schutz

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Mauer in Berlin weder mit Baggern niederreißen noch mit Panzern niederwalzen. Aber jeder Deutsche, im Westen wie im Osten, darf sich wohl vorstellen, daß es dieses menschenunwürdige Bauwerk, das nicht nur die Deutschen trennt, sondern auch Europa spaltet, eines Tages nicht mehr geben könnte. Auch der Bundeskanzler darf dies tun.

Frankfurter Rundschau

Sie legt Recht den Rücktritt nahe

Die Tarifgegner werden sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Keil zwischen oben und unten in der Gewerkschaftshierarchie immer tiefer zu treiben. Aus diesem „Schwitzkasten“ im gesellschaftlichen Kräftefeld wird sie die Gegenseite - von den Banken über die Arbeitgeber bis zu den Regierenden - nicht mehr entlassen. Die Gewerkschaften können sich daraus - wenn überhaupt - nur befreien, wenn sie sich an ihrem Kopf erneuern.

Lübecker Nachrichten

Sie zählen zu viele Ärzte

Es gibt zu viele Ärzte in der Bundesrepublik. In dieser Feststellung sind sich sowohl die Sozialpolitiker als auch die meisten Standesorganisationen der Mediziner einig. Die Tendenz ist dabei deutlich steigend. Offensichtlich schaffen sich manche

Ärzte ihren eigenen Bedarf. Hinter vorgehaltener Hand wird das hin und wieder auch zugegeben. Wenn in einem Quartal die Schemen etwas dürrig ausfallen, dann schickt so mancher Doktor seine Patienten zusätzlich durch das Labor.

BERNER ZEITUNG

Sie fragt, ob die SPD realisiert hat: Die vermutlich entscheidende Ursache liegt im Zwihsplitt dieser Partei. In manchen wesentlichen Fragen will der linke Flügel etwas anderes als der rechte. Ob in der Außenpolitik, der Bündnis- und Sicherheitspolitik oder der Energiepolitik: In der SPD gibt es meist zwei unterschiedliche Strömungen.

Saarbrücker Zeitung

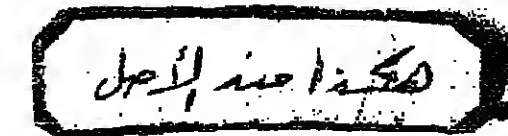
Sie bemerkt lebhafte Kommunikation in Sachen Cattenom

Seit dem Abend des 13. November liefert der Reaktor Strom... Auch diesmal ging man mit den Nachbarn nicht freundlich um: Die Metzter Präfabrik informierte Saarbrücken erst fast eine halbe Stunde später, nachdem die Schaltung bereits vollzogen war. Ein besserer Informationsfluß ist jedoch Grundvoraussetzung, die bestehenden Akzeptanzprobleme zumindest zu verringern.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung kritisiert Reagans Iran-Kontakte

„Waffen gegen Geiseln“ - auf diese Formel konzentriert sich der Streit um das Iran-Unterfangen, denn dies ist der moralisch und politisch tragwichtigste Teil und wohl auch der Kern dieses Unternehmens.



سورة الاحقاف

Irdische Sorgen haben das Paradies erobert

Für europäische und amerikanische Touristen sind sie immer ein Paradies, die vielen kleinen Inseln im Südpazifik. Doch Blütenkränze und Blumenkronen können die Misere der dreizehn kleinen Staaten nicht verdecken.

Von HEINZ HORMANN

Es war einer der letzten sonnenüberfluteten Südsee tage vor dem Beginn der großen Regenzeit im November, als Jacques-Yves Cousteau, der Tiefseetaucher und bekannteste Franzose in Amerika, sein Forschungsschiff „Calypso“ vor den polynesischen Marquesas festmachte. In Papeete, der Hauptstadt Französisch-Polynesiens, empfing ihn die Tahiti „Sun Press“, daß zwar der argentinische Fußballheld Maradona, der am selben Tag ankam, um auf der Insel Urlaub von Toren und Tritzen zu machen, wie ein Staatsgast empfangen wurde, aber nicht ein Offizier der Wissenschaftler willkommen ließ.

In der gleichen Ausgabe der Wochenzeitung stand ein Bericht über heftige Zusammenstöße im anderen, weiter westlich gelegenen französischen Südpazifik-Territorium Neukaledonien. Radikale Kanaken (was aus dem Melanesischen übersetzt „Menschen“ heißt) wollten sich nicht mehr länger verdrängen lassen und endlich die hier verhafteten Franzosen loswerden. Nicht irgendwann, sondern jetzt, sofort. Offiziell soll erst eine Volksabstimmung bis Dezember 1987 die Entscheidung über die Zukunft bringen.

Es brodelt und gärt in den letzten großen Naturreservaten, an deren farbenprächtigen Ufern seit Generationen die Urlaubstrüme und Hula-Klischees der Europäer festgemacht sind. Während die Engländer ihren ehemaligen Kolonien in diesem traditionellen Sehnsuchtsraum der Zivilisationsflüchtlinge die Unabhängigkeit längst gewährt haben (ausgenommen das winzige Atoll Pitcairn), die Amerikaner in Ost-Samoa und die Neuseeländer auf den Cook-Inseln Musterbeispiele für die Verhältnisse eines großen Bruders praktizieren - der Haushalt wird finanziert, aber die Politik und das Gemeinwesen organisieren die Einheimischen weitgehend ohne Druck von außen - ist Frankreich noch nicht bereit, auch nur einen Zipfel von Selbstverwaltung anzubieten.

So klagt Gaston Flosse, der konservative Präsident Tahitis, der privat zu den engsten Freunden und Beratern des Franzosen Chirac gehört, daß unbedingt mehr Kompetenz in lebenswichtigen nationalen Bereichen übertragen werden müßte, kurz, erbliche Teilantonomie, um den Frieden auf den Inseln des Friedens zu bewahren. Bisher gibt es beispielsweise keinen polynesischen Richter in Französisch-Polynesien und nicht einen Gendarm. Die einheimischen Politiker auf den Inseln können bei allem Engagement letztlich nur über Nichtigkeiten entscheiden. Das Sagen hat nach wie vor der Hohe Kommissar als Vertreter des französischen Präsidenten in der Kolonie.

Flosse, Führer der gaullistischen Partei Tahoaera Huiraatira, fordert



Tahitis Präsident Gaston Flosse: Die Europäische Gemeinschaft als Vorbild für Folycesien. FOTO: DIE WELT

Vollmachten in der Ökonomie, den Fischereizonen, im Handel und vor allem in der Investitionspolitik des Inselstaates. Der ehemalige Lehrer hat bei aller Unzufriedenheit nicht übersehen, daß eine sofortige Unabhängigkeit von Frankreich wirtschaftlich nicht machbar und damit wenig wünschenswert wäre.

Die vier Inselgruppen Tahitis, Marquesas, Tuamotu-, Gesellschafts- und Austral-Inseln, führten im letzten Jahr zehnmal mehr Waren ein, als sie exportierten. Mit den wertvollen schwarzen Perlen von den Tuamotu- und Gambier-Inseln und Tourismus auf Bora Bora, Moorea und Tahiti, der zahlenmäßig auch nur einen Bruchteil von Hawaii ausmacht, läßt sich eben kein Staatshaushalt finanzieren.

Andererseits sieht Flosse, wie die Opposition, die vor allem emotional Stimmung macht, ständig größer wird. Hinzu kommt eine weitere Sorge: Während die Inselwelt des Pazifiks, 20 000 Kilometer von Europa entfernt, bisher eine ungefährdete westliche Einheitsfront war, versuchen jetzt verstärkt die Sowjets (und Libyen in Neukaledonien) Unzufriedenheit, Verstimmung und Armut für eigene Interessen zu nutzen. So boten die Russen einigen unabhängigen Südpazifikstaaten für „unmittelbare Basen“ ihrer Fischereiflotte massive Unterstützung und Einrichtung von Kliniken und Flughäfen an.

In Tonga, beim gewichtigen und überall beliebten König Tupou IV., sind sie mit großen finanziellen Offerten erst einmal abgeblitzt. Doch der 300 Pfund schwere Monarch, der im Winter ins kühle Europa flüchtet, weil er die Tropenhitze nicht verträgt, nutzte die Gunst des Angebots dennoch für sich und sein Land. Er informierte ausführlich seine westlichen Freunde und bekam prompt weitere finanzielle Hilfen und Darlehen.

Das Königreich der 150 winzigen Inseln ist ähnlich arm wie die Fidjis, die Cook-Inseln oder das ehemalige deutsche West-Samoa. In diesen Inselstaaten leben die meisten Familien fast ausschließlich von den Beiträgen, die Angehörige ihres Clans als Gastarbeiter aus Neuseeland, Australien und Hawaii überweisen. Arbeit gibt es wenig, der Tourismus ist bis auf das Kreuzfahrtschiffgeschäft nicht genügend ausgebaut.

Auf Tonga klammert man sich an die Hoffnung auf Öl. Überall werden Probebohrungen durchgeführt, seitdem man auf einem morastigen Gelände Ölflöhen entdeckt hat. Daß es sich hierbei um an die Oberfläche

gestiegene Konsumreste gehandelt haben könnte, daran mag keiner denken. Doch auch ohne Öl betonen die Tonganer, blieben sie zwar arm, aber freie Menschen und dazu noch dick und glücklich. Große Körperfülle ist in der Inselwelt gleichbedeutend mit vornehm. Und für eine gute Ernährung würden immer genügend Mittel vorhanden sein.

In der letzten Woche legte Gaston Flosse den Grundstein für bessere Zeiten für alle durch Zusammenarbeit. Bei der Südpazifik-Konferenz stellte er sein Modell vor, das die Europäische Gemeinschaft zum Vorbild hat, übertragen freilich auf die besonderen Verhältnisse des paradiesischen Raumes zwischen Neuseeland, Kalkifornien, Australien und Hawaii.

So lud er nach Papeete ein, um unterschiedliche Attraktionen zu gemeinsamen Tourismus-Paketen zu schnüren, die Fischereiführer zu koordinieren und Erfahrungen über die Landwirtschaft und vor allem die Kopra-Produktion auszutauschen.

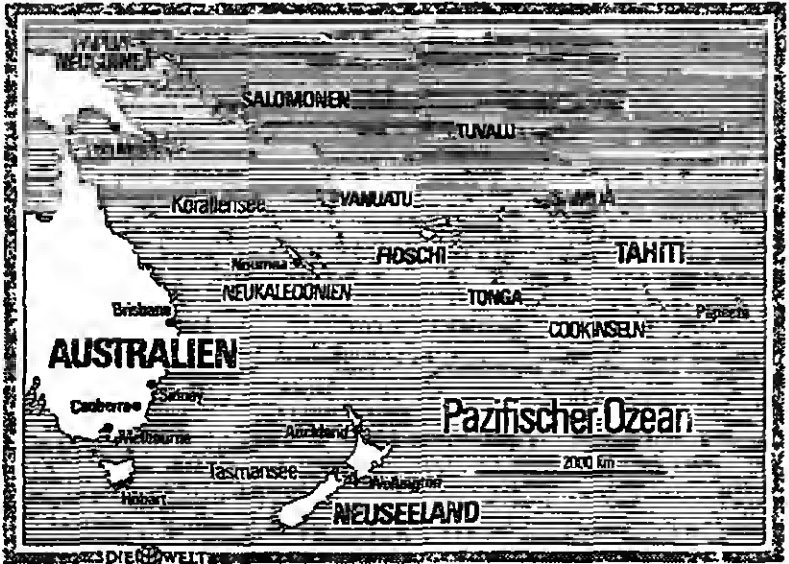
Doch trotz gemeinsamer Bemühungen um allgemeines Wohlergehen im unendlichen Stillen Ozean sind sich die Staatsmänner und Repräsentanten der 13 südpazifischen Staaten eigentlich nur beim Tamarac, dem großen Gelege mit Musik und Fröhlichkeit, einig.

Man trifft sich im Otac Theater. Schwere Düfte von Tiaree-Blüten, Hibiskus und Orchideen schweben im Raum. Gastgeber Flosse schmückt den aus Rarotonga herübergekommene Premierminister der Cook-Inseln, Tom Davis, ebenso wie die Abordnung aus West- und Ost-Samoa

und den Premierminister von Tonga, Bruder des statlichen Monarchen, mit Blütenkränzen und setzt ihnen duftende Blumenkronen aufs Haar. Geradzu inbrünstig singen sie zu Ukulelen und Gitarren die alten Südpazifiklieder. Es wird getanzt und soviel geküßt wie in Paris und noch mehr Champagner getrunken.

Am nächsten Tag beginnt das Programm. Man fährt mit dem deutschen Staats-Mercedes (der Hohe Kommissar, Repräsentant der französischen Regierung, hat selbstverständlich einen Citroën) zum Flughafen und schwebt an Bord der kleinen Fokker-Maschinen zur 200 Meilen entfernten Insel Anaa, die bereits komplett mit Solarenergie versorgt wird. Kein Wunder bei 300 Sonnentagen im Jahr. Das soll in Zukunft auf andere Inseln übertragen werden, weil es die Sonneninsel unabhängig von teurer Energie macht.

Auf Huahine wird über Fischfang und die Einrichtung von gemeinsamen Konservierfabriken diskutiert. Bisher tummeln sich vor allem Japaner und Koreaner in den 200-Meilen-Zonen des Ozeans, durch die riesige Schwärme Mahimahi-Fische und Bonitos ziehen, während die Staaten an Ort und Stelle Dosenfisch importieren. Wenn es um so ernste wirtschaftliche Dinge geht oder gar um elementare Politik, sind alle schwerlich unter einen Hut zu bringen. Das hat die Vergangenheit gezeigt. Doch diese Tagung endete in vollem Einvernehmen. Die Tagesordnung machte es möglich. Nach der Fischereidebatte begaben sich die Delegationen zum Wettangeln der Länderteams.



Ora et labora - das Motto der Mönche fasziniert die Jungen

Nachwuchssorgen haben die Mönche des Benediktinerordens im westfälischen Meschede nicht. Im Gegenteil, der Andrang ist so groß, daß die Abtei erweitert werden muß. Was treibt den jungen Menschen ins Kloster?

Von WALTER H. RUEB

Neben der doppeltürmigen Kirche der Benediktinerabtei Königsmünster im sauerländischen Meschede überragen Kränze einen stattlichen Neubau. Zusätzliche Zimmer, Refektorium (Speiseraum), Rekreationsbereich (Freizeiträume), Kapelle und Wandelgänge sollen dem Kloster aus Enge und Raumnot helfen. „Unsere Gemeinschaft wächst seit Jahren stark an“, begründet Abt Stephan Schroer die Erweiterung. Fast die Hälfte der 75köpfigen brüderlichen Gemeinschaft ist jünger als dreißig. In diesem Herbst wurden erneut acht junge Männer als Novizen aufgenommen. Was treibt sie ins Kloster?

„Ich suche Ruhe, Ordnung, Ausgeglichenheit und Frieden“, sagt der 19jährige Bruder Joachim (Achim) Babel aus Castrop-Rauxel und wagt eine vorsichtige Wertung. „Ich habe brüderliche Aufnahme gefunden und fühle mich sehr wohl und glücklich. An den Tagesrhythmus habe ich mich bereits gewöhnt.“

Das klösterliche Leben ist hart, das Mönchsmotto lautet ora et labora, bete und arbeite. Um 5.30 Uhr versammeln sich die Mönche in der Kirche zur Matutin (Frühchor), um 6.45 Uhr zur Laudes (Morgenlob), um 12.45 Uhr zur Mittagsstunde, um 17.45 Uhr zum Konventamt (Eucharistiefeier) und Vesper mit gregorianischen Choralgesängen, um 20.00 Uhr schließlich zum Komplet (Abendgebet). Arbeit in Küche und Wäscherei, Verwaltung und Gärtnerlei, Schreinerlei und Schlosserei. Mosterei und Landwirtschaft füllt die Zwischenzeiten aus.

Das Schlüsselerebnis kam beim Zivildienst

Man wird von der Ordnung getragen. Das christliche Leben in der Gemeinschaft fällt leicht“, beschreibt Novize Maximilian (Stefan) Hoffeld aus Arnsberg Eindrücke und Erkenntnisse der ersten Woche im Kloster. „Gebet und Gemeinsinn sind die Angelpunkte meines neuen Lebens.“ Gekommen ist Bruder Maximilian nach einem Schlüsselerebnis im Landeskrankenhaus von Warstein. „Dort leistete ich nach drei Semestern Mathematik-Studium in der Psychiatrie meinen Zivildienst ab“, erzählt er. „Bei der Pflege von psychisch Kranken erkannte ich, daß auch minder Begabte als Menschen akzeptiert werden müssen. Wie sollte ich dies schaffen? Ich hoffe, daß ich hier den Weg zum wirklichen Christsein finde.“

Heiterkeit und Ausgeglichenheit, Zufriedenheit und Lebensfreude der Bewohner des Klosters über Meschede sind auffällig. Und aus der prachtvollen Kirche aus roten Backsteinen klingen fast den ganzen Tag Gesang und Orgelmusik, an der Pforte des 56 Jahre alten Kloster-Hauptgebäudes herrscht ein lebhaftes Kommen und Gehen.

Die Bindungen des Klosters zur sauerländischen Stadt und ihren Menschen sind eng, fruchtbar und herzlich. Der vor Jahresfrist verstor-

bene erste Abt von Königsmünster, Harduin Biessle, war Ehrenbürger von Meschede, und in der „Oase“ einem Jugend- und Begegnungszentrum neben dem Kloster, geben sich jung und alt ein Stelldichein bei Kursen, Bildungsveranstaltungen, Exerzitien, Gesprächen, Ausstellungen und Konzerten. Den stärksten Rückhalt der Mönchs-Gemeinschaft in der Bevölkerung aber schafft das Kloster-gymnasium 650 Mädchen und Jungen finden da Aufnahme, viel zu wenig angesichts des alljährlichen Andrangs.

Es wird seit 1957 von Pater Winfried Kämpfer geleitet. Er bescheinigt der jungen Generation Aufgeschlossenheit, Sehnsucht nach Gott, ja selbst Talent zu religiöser Inbrunst. „Die heutige Generation ist braver und angepaßter als jene vor zehn oder 20 Jahren. Der Anteil der jungen Menschen, die nach dem tieferen Sinn des Lebens suchen, ist größer als noch vor wenigen Jahren. Bei vielen sind Wunsch und Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung, Halt und Frieden stark ausgeprägt - in einer Zeit der Friedlosigkeit und Orientierungslosigkeit natürlich keine Überraschung.“

Derartige Motive haben der Entscheidung, ins Kloster zu gehen, bei Bruder Gereon (Frank) Stolper aus Salzgitter und Bruder Romanus (Gregor) Liedhegener aus Sundern-Raben unweit der Sorpeltalperre nicht Pate gestanden. Beide Novizen stellen ihre Liebe zu Jesus Christus über alle anderen Beweggründe.

Bruder Gereon: „Ich müßte über etwas sprechen, das ich nicht beweisen kann“, sagt er auf die Frage nach den Gründen seines Kommens zurückhaltend. „Allein der Anspruch Jesu Christi hat mich hierher geführt.“

Sein Bruder und Freund Romanus ist realistischer. Er zitiert eine Frage Benedikts, die ihm wie eine Stellenanzeige des Klosters anmutete. „Wer ist der Mensch, der das Leben liebt und gute Tage zu sehen wünscht?“ lautet sie. „Ich möchte erfahren, ob es die für mich richtige Stelle ist“, gibt Romanus Auskunft. „Ich bin herüber gekommen, um in der Gemeinschaft Gott zu suchen. Dabei ist das Stundengebet das Gerüst des Tages. Für mich ist es nicht die Unterbrechung des Tagesablaufs, sondern die tragende Sache.“

Die Novizen wohnen in einem Seitenflügel des Klosters, fern von Familie, Freunden und vertrauter Umgebung. Pater Marian Reks hilft den Neulingen als Novizenmeister über die ersten Wochen und Monate hindurch, unterstützt sie bei Orientierung und Selbstfindung, unterrichtet - und tröstet sie.

„Das Mindestalter beträgt 18 Jahre“, gibt der Pater Auskunft. „Vorbildungen zum Eintritt ins Kloster sind eine abgeschlossene Berufsausbildung oder das Abitur oder ein vergleichbarer Schulabschluss. Ebenso verlangt ein gemeinsames Leben eine gute psychische und physische Verfassung.“

Während des einjährigen Noviziats kann ein Bruder das Kloster jederzeit ohne Angabe von Gründen verlassen. Wer durchhält, legt nach zwölf Monaten die sogenannte Zeitliche Probe auf drei Jahre ab, nach Ablauf dieser langen Probezeit schlägt die Stunde der Ewigen Probe - wenn der Konvent (die Gemeinschaft der Mönche mit bereits angelegter Ewiger Probe) der Aufnahme des jungen Bruders in

den Orden mit Zweidrittelmehrheit zustimmt. „Die Abstimmung erfolgt geheim“, sagt Pater Marian. „Wer die Ewige Probe abgelegt hat, kann das Kloster nur mit Zustimmung des Heiligen Stuhls verlassen.“

Wer dem Kloster während des Noviziats oder später den Rücken kehrt, tut dies aus den unterschiedlichsten Gründen, in der Mehrzahl der Fälle jedoch, weil er statt der Liebe der brüderlichen Gemeinschaft jene seiner Familie sucht, oder weil er sich durch andere Aufgaben in Gesellschaft und Kirche herausgefordert fühlt.

Das Mönchsein beruhe auf totaler Freiheit oder später den Rücken kehrt, tut dies aus den unterschiedlichsten Gründen, in der Mehrzahl der Fälle jedoch, weil er statt der Liebe der brüderlichen Gemeinschaft jene seiner Familie sucht, oder weil er sich durch andere Aufgaben in Gesellschaft und Kirche herausgefordert fühlt. Schließlich ist sie ja ein Teil von Gottes Schöpfung...“

„Nicht mit Scheuklappen durch die Welt laufen“

Der Abt fährt fort: „Aber ich schätze es, aus voller und tiefst empfundener Überzeugung nein zu sagen, wenn Anfechtungen und Versuchungen kommen. Gerade hier baue ich auf Gottes Barmherzigkeit und Hilfe. Und allen Novizen, sage ich immer wieder, daß es falsch ist, mit Scheuklappen durch die Welt zu laufen und sich von einer schönen Frau abzuwenden. Anfechtungen müssen bestanden und nicht verdrängt werden.“

Da sind Kraft und Wille, Glaube und Überzeugung gefragt. „Menschlich ist es schwer“, gesteht Bruder Jonas Becker. Der 22jährige stammt aus dem nahen Olsberg, hat die Zehnjährige Probe vor einem Jahr abgelegt und wird in der „Ökonomie“ zum Landwirt ausgebildet. „Ich bin froh, daß ich mich noch nicht entscheiden muß“, gesteht er auf die Frage, ob er 1988 die Ewige Probe ablegen werde. „Eine so lange Zeit der Prüfung ist gut. Ich bin zur Entscheidung noch nicht reif.“

Der „Azubi“ macht in Olsberg nur selten Besuche, denn er fürchtet: zu viele Trennungen von der brüderlichen Gemeinschaft, vor allem, weil die Begegnung mit einer Welt, der er den Rücken gekehrt hat. Bruder Jonas gibt zu: „Ich habe hier noch nicht endgültig meine Heimat gefunden.“

Sein Lehrmeister, der 31jährige Pater Reinald Rickert aus Bad Godesberg, hat als Mönch, Theologe, Priester und Tierwirtschaftsmeister gelernt, auch in Feld und Stall, in Wald und Scheune Gott zu suchen - und zu finden. Dabei ist ihm die Lust am Leben nicht abhanden gekommen. Der Hüne lacht gerne und viel, ist in Stiefeln und Arbeitskleidung ganz im Element, spuckt schon mal in die Hände und seucht auch laute Töne nicht.

Ursprünglich wollte Reinald Landwirtschaft studieren, landete aber beim Theologiestudium, trat in den Benediktinerorden ein, wurde zum Priester geweiht und erst hinterher Landwirt. Er ist Pragmatiker, aber ein ganz frommer. „Die Forderung von Benedikt, in allem Gott zu verblichen, lasse wir nie außer acht“, sagt er, „selbst beim Melken nicht.“

Doppelt & Dreifach.

Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Die richtige finanzielle Vorsorge für Sie und Ihre Familie: Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

- Sie legen zum Beispiel 150 DM monatlich an, in 20 Jahren insgesamt 35.100 DM. Mit Zinsen (zur Zeit 5,5% pro Jahr) und einem festen Bonus von 30% bekommen Sie rund 74.000 DM - mehr als das Doppelte.
- Oder Sie zahlen einmalig 35.000 DM ein. Dann erhalten Sie nach 20 Jahren mit Zinsen und Bonus über 110.000 DM - mehr als das Dreifache.

- Mit einer preiswerten Risiko-Lebensversicherung sichern Sie Ihre Familie ab.

Deshalb: Ob Sie für Ihre Familie, die Ausbildung Ihrer Kinder oder für ein zusätzliches Einkommen nach Ihrem Berufsleben vorsorgen - Deutsche Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank



„Die NATO bleibt auf Atomwaffen angewiesen“

Die Bundesregierung akzeptiert noch den Worten von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) eine „Null-Lösung“ für die Mittelstreckenwaffen in Europa, wenn auch eine Begrenzung oder Verringerung bei den Raketen mit kürzerer Entfernung erreicht werden kann. Mit ihm sprach Rüdiger Mönich.

Wie wollen Sie die Attraktivität der Bundeswehr für künftige Soldaten steigern?

Wörner: Da gibt es neben der weiteren Verbesserung der Laufbahnchancen drei Dinge. Das erste: Wir müssen die soziale Absicherung für Zeitsoldaten schaffen. Das zweite: Wir müssen die Dienstzeitbelastung besser honorieren und wo irgend möglich reduzieren.

Durch einen individuellen finanziellen Ausgleich?

Wörner: Ja, die individuelle Lösung ist als Entwurf praktisch schon abgeschlossen, sie muß nur noch durchgesetzt werden. Drittens: Wir müssen für die Familien, die von Umzügen bei Versetzungen besonders stark betroffen sind, nach einem besseren Ausgleich suchen.

Die nächste Frage ist ganz ernsthaft gemeint: Können Sie sich nach der Bundestagswahl eine Frau als Staatssekretärin auf der Härthöhe vorstellen?

Wörner: Zu Personalfragen nach der Wahl äußere ich mich überhaupt nicht, und nach der Wahl ist das Sache des Bundeskanzlers.

Und ganz grundsätzlich: Eine Frau in hoher Führungsposition der Bundeswehr?

Wörner: Ich kann mir Frauen auf jeder Position vorstellen, da habe ich überhaupt kein Problem.

Trotz aller Ihrer und anderer Politiker Bemühungen hat man manchmal den Eindruck, immer noch genießen die Soldaten nicht die Wertschätzung, die ihnen als der entscheidenden Kraft der Friedenssicherung zukommt. Ist das so?

Wörner: Alle Umfragen zeigen, daß das Ansehen der Bundeswehr in den letzten Jahren stark gewachsen ist. Allerdings mache ich mir Sorgen über ein Nachlassen des Bedrohungs-bewußtseins, das die Realität ungebrochener Rüstungsanstrengungen der Sowjets nicht mehr gerecht wird.

Muß das der Politiker vielleicht resigniert zur Kenntnis nehmen, daß sich die Gegner der Bundeswehr häufig lauter äußern und die stille

Mehrheit übertönen, oder kann er etwas dagegen tun?

Wörner: Ganz im Gegenteil. Wir haben in vielen Bereichen gezeigt, daß wir nicht resignieren. Das beste Beispiel sind die 30-Jahr-Feiern der Bundeswehr, wo wir gegen Proteste, gegen Demonstrationen, gegen Warnungen, in würdiger und demonstrativer Form den Geburtstag begangen haben. Und das Echo in der Bevölkerung hat uns recht gegeben. Ein anderes Beispiel: Wir spielen heute den Großen Zapfenstreich mit großer Selbstverständlichkeit.

Worauf kommt es Ihnen in der nächsten Legislaturperiode in der Sicherheitspolitik an, etwa auf Ab-

der Bundeskanzler selbst haben deutlich gemacht, daß sie die Null-Lösung akzeptieren. Wenn es zu dieser Null-Lösung käme und das heißt zum Abzug aller weitreichenden Mittelstreckenwaffen in Europa, dann müßte allerdings auch eine Begrenzung und Verringerung der kürzeren Mittelstreckenwaffen erreicht werden, damit Europa von dieser Bedrohung befreit wird, die vor allem dann zum Tragen käme, wenn Mittelstreckenraketen für längere Entfernungen nicht mehr zur Verfügung stünden. Der Warschauer Pakt hat hier eine unerträglich hohe Überlegenheit von zehn zu eins. Es macht für uns keinen Unterschied, ob wir von einer SS 20

Verstehe ich richtig: Sie geben in der NATO-Abschreckungsstrategie den Atomwaffen weiterhin ihre Bedeutung?

Wörner: Es kann gar keinen Zweifel daran geben, daß beim konventionellen Übergewicht der Sowjetunion eine Strategie der Kriegsverhinderung und auf die kommt es ja an, auf Nuklearwaffen angewiesen bleibt. Das oberste Motto der Bundesregierung ist: Kriege dürfen nie wieder führbar werden. Das könnte der Fall sein, wenn das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes ohne die kriegsverhindernde Wirkung nuklearer Abschreckung voll zum Tragen käme. Darüber gibt es Übereinstimmung der Europäer, wie die Tagung der WEU in Luxemburg eben gezeigt hat.

Zurück zur Innenpolitik: Halten Sie die sicherheitspolitischen Beschlüsse der SPD von Nürnberg für eine seriöse Diskussionsgrundlage zu möglichen Entwicklungen von Alternativen?

Wörner: Nein, die Entscheidungen der SPD sind gleichzusetzen mit der Flucht aus dem Bündnis, mit der Flucht aus der Verantwortung. Würden sie realisiert, wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr in der Lage, sich vorne zu verteidigen. Die Amerikaner, die Franzosen und die Briten könnten in einem solchen Land nicht mehr bleiben, und das heißt, wir wären binnen kurzem isoliert dem Zugriff der Sowjets preisgegeben.

Unter anderem behauptet die SPD ja, die Bundeswehr und die NATO insgesamt müsse sich eine, wie sie es nennt, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit zuigegen. Was halten Sie von solchen Forderungen?

Wörner: Ich halte sie erstens für unredlich und zweitens für falsch. Unredlich deswegen, weil die SPD sehr gut weiß, daß wir bereits strukturell nicht angriffsfähig sind. Das hat die SPD früher selber gesagt. In der Opposition hat sie das vergessen. Falsch deswegen, weil die Truppen der NATO nach Zahl, Struktur, Ausbildung, Ausrüstung, Nachschub zu raumgreifender Offensive in den Ostblock hinein völlig außerstande sind. Während der Warschauer Pakt nach wie vor offensivfähig ist und diese Fähigkeit ausbaut. Darin liegt das eigentliche Sicherheitsproblem Europas. Wäre die Sowjetunion bereit, auf ihre Invasionsfähigkeit zu verzichten, wäre Europa auf lange Zeit, wenn nicht gar auf Dauer sicher.



Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner: Ich möchte mir Sorgen über ein Nachlassen des Bedrohungs-bewußtseins, das der Realität ungebrochener Rüstungsanstrengungen der Sowjets nicht mehr gerecht wird."

FOTO: TELEPRESS

rüstung nur um der Abrüstung willen oder besser auf die Erhaltung unserer Sicherheit?

Wörner: Der Verteidigungsminister hat das Ziel, den Frieden sicher zu halten und gleichzeitig die Freiheit zu schützen. Das ist möglich. An der Sicherheit unseres Volkes haben sich die Verteidigungsmaßnahmen genauso wie die Rüstungskontrollmaßnahmen zu orientieren. Abrüstung ist wichtig, sie ist eines unserer wichtigsten Ziele. Sie muß die Sicherheit unserer Republik und unserer Bürger verbessern.

Nach Reykjavik, Herr Minister, hat wohl die Aussicht auf eine für Europa gültige Null-Lösung demoralisiert, daß wir Westeuropäer dem seinen Lauf lassen müssen. Oder nicht? Wie soll dann künftig die NATO-Strategie der Abschreckung glaubwürdig bleiben? Was sagen Sie dazu diese Woche Ihren Gesprächspartnern bei Ihrem Besuch in Washington?

Wörner: Die Bundesregierung und

oder einer SS 22 oder SS 23 oder Scud bedroht werden. Sie erreichen alle unser Territorium.

Welche Systeme sorgen dann für unsere nukleare Sicherheit?

Wörner: Für diese Frage bin ich besonders dankbar. Unsere Sicherheit und unsere Strategie hängen nicht von einem einzigen Waffensystem ab. Flugzeuge wie die amerikanische F 111 und see- wie luftgestützte Marschflugkörper sind ebenfalls in der Lage, das Risiko für die Sowjetunion hoch zu halten.

Alle diese Systeme, die Sie erwähnen, im wesentlichen auch die F 111, gab es doch, bevor überhaupt die Debatte über den NATO-Doppelbeschuß losging. Wir kehren zurück an den Anfang und hätten uns im Grunde den Doppelbeschuß sparen können?

Wörner: Das ist nicht richtig. Wenn die Sowjetunion sämtliche auf uns gerichteten SS 20 abbauen würde, dann stünde Europa besser da als im Jahre 1979, das heißt die Nachrüstung hat durchaus Sinn gemacht.

Für Haider zählt nur die Koalition mit dem Wähler

Die Jugend drängt sich zu den Wahreden des FPÖ-Chefs

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien
Ein frisch eingeflogenes Kamerteam des schwedischen Fernsehens richtete seine Objektive unermüdlich auf die Zuschauer und auf den Vorstandstisch, vor dem blaue Luftballons mit der ebenso knappen wie viel-sagenden Inschrift „Jörg“ zu sehen waren.

Der altdeutsche Vorname stand für einen jungen Mann von 36 Jahren, der seit einigen Wochen nicht nur als österreichisches, sondern als europäisches Entfremdungs- und Überreizungs-Kind gilt: Jörg Haider, der neue Bundesvorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

Weil er seinen Vorgänger und Rivale Norbert Steger - den jetzigen Vizekanzler im Kabinett Vranitzky - auf der Parteibühne unter dramatischen Umständen stürzte, platzte die Wiener SPÖ/FPÖ-Koalition. Seither gilt Haider bei seinen inner- wie außerparteilichen Gegnern als eine Art Hitler-Enkel, zumindest aber als Deutsch-Nationaler, wenn nicht Rechtsradikaler.

Der große Gasthallsaal in Mödling war an diesem Abend bis auf den letzten Platz gefüllt. Der örtliche FPÖ-Vorsitzende strahlte vor Stolz: Noch nie habe es eine solche Menschenmenge bei einer seiner Versammlungen gegeben. „Seit wir die neue Führung haben, sagen uns die Menschen: Jetzt seid ihr wieder wählbar.“

Neonazismus oder Rechtsradikalismus? Sieht man von einigen älteren Kriegsteilnehmern ab, die das kleine schwarze Eisener Kreuz des „Kameradschaftsbundes“ - einer österreichischen Veteranenorganisation - auf dem Revers des Trachtenanzugs tragen, so erinnert nichts an die berühmte-berühmte „Vergangenheit“, die zu bewältigen wäre.

Vom Gegner unterschätzt

Jörg Haider, bis dato Mitglied der Landesregierung von Kärnten und als „Provinzpolitiker“ von seinen Gegnern oft unterschätzt, weiß, worauf es ankommt. Der gut aussehende, schlank Redner trifft genau den Ton, den die Menschen hier - viel junges Volk und viel kleiner Mittelstand - von ihm erwarten. Österreich, so ruft er in den Saal, solle am 23. November wieder in einer großen Koalition zwi-

Wahlsieg der Sarney-Koalition gilt als sicher

Die brasilianischen Parlamentswahlen bringen der Regierung Sarney wahrscheinlich einen überwältigenden Erfolg. Nach den bisherigen Auszahlungsergebnissen liegen die Kandidaten der beiden regierenden Koalitionsparteien in Führung.

Neu gewählt wurden auch die Gouverneure in den Bundesstaaten und die Regionalparlamente. Obgleich die endgültigen Ergebnisse frühestens in einer Woche vorliegen, wurde in Regierungskreisen bereits gefeiert.

Es scheint, daß sich die Voraussagen der Demoskopen bestätigen, daß die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) und die Partei der Liberalen Front (PFL) zwi-

Demagogie ist im Spiel

„Qualifikation nutzt nichts. Wer im öffentlichen Dienst vorwärtskommen will, muß bei einer Partei zu Kreuz kriechen. In Wien etwa bekommt man einen Job als Krankenschwester nur dann, wenn man nachweist, daß in der Familie alle bis zur Urgroßmutter sozialistisch organisiert waren.“

Den sozialistischen Bundeskanzler und Spitzenkandidaten tituliert Haider als „Privilegienritter“, der - nachdem er 10 000 Stahlarbeiter gekündigt habe, nun auch die „sechs FPÖ-Gastarbeiter“ in der Regierung kündigt. Immer wieder polemisiert Haider gegen den „sozialen Funktionsstaat“, gegen das „System“ mit seinen „alten Parteien“, gegen eine Steuerpolitik, die den kleinen Gewerbetreibenden zerstöre und den Bauern an den Rand seiner Existenz bringe. Wörtlich: „Wenn die Bürokraten in den Tintenburgen selber nicht arbeiten wollen, sollen sie wenigstens die fleißigen Leute nicht am Arbeiten hindern.“

Nur einmal streift der FPÖ-Chef das Thema, weswegen ihn schwedische Fernsehleute, israelische und westeuropäische Zeitungskorrespondenten belagern: die jüngste Vergangenheit. Als junger Politiker habe er „Respekt vor der Kriegsgeneration“, die im Krieg den Kopf hingehalten und danach das Land wieder aufgebaut habe. Dann folgt der Seitenhieb auf die politische Konkurrenz: „Die Roten und die Schwarzen wollen die Stimmen der Älteren, putzen sich aber an ihnen politisch die Füße ab.“

Anzeige

Berufs-Chancen sind Zukunfts-Chancen.

Darum einfach 0130-6060 anrufen!

Dann erhalten Sie 4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT mit dem großen Stellenanteil für Fach- und Führungskräfte und mit vielen Tipps für Ihren Erfolg im Beruf.

DIE WELT

Jeden Samstag mit BERUFS-WELT

schon 70 und 80 Prozent der Stimmen erwarten können. Wenn sich an dem bisherigen Trend nichts ändert, gewinnt die PMDB auch die beiden Schlüsselwahlen in den Bundesstaaten São Paulo und Rio de Janeiro.

In São Paulo kann der nächste Gouverneur Orestes Quercia heißen. In Rio de Janeiro hält Quercia Parteifreund Wellington Moreira Franco einen Vorsprung vor seinem linken Rivale Darcy Ribeiro.

Das Rennen in Rio erregte das größte Aufsehen, weil auch das Schicksal des bisherigen Gouverneurs Leonel Brizola auf dem Spiel steht. Der sozialistische Politiker wollte durch einen Triumph des Stellvertreters Ribeiro seine Präsidentschaftschancen wahren. Er trat in diesem Wahlkampf als schärfster Kritiker der Sarney-Regierung auf.

Krupp Umwelttechnik

Krupp baut Anlagen, mit denen pro Tag bis zu 30 Millionen Liter hochwertiges Trinkwasser aus Meerwasser gewonnen wird.

Schon mal einen Schluck Meerwasser probiert?

Über 70 % der Erdoberfläche sind von Meerwasser bedeckt. Ein unerschöpfliches Reservoir gegen den Durst und für die Hygiene von Menschen, für die Zwecke der Landwirtschaft und Industrie. Krupp Industrietechnik, ein Unternehmen im Krupp-Konzern, ist einer der führenden Hersteller von Wasseraufbereitungsanlagen in aller Welt.

Bis 300 Liter Wasser pro Tag verbraucht heute jeder einzelne der 1 Millionen Einwohner von Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens. Im Schnitt etwa soviel wie ein Bürger der USA.

Steigenden Bevölkerungszahlen und Hygieneansprüchen stehen aber - zum Beispiel in den



Ländern der arabischen Welt - immer weniger ergiebige Wasseradern, mehr und mehr erschöpfte Brunnen gegenüber.

Die Konsequenz: Mit den Mitteln moderner Anlagentechnik wird Meerwasser in Trinkwasser verwandelt. Krupp gehört zu den Herstellern mit der größten Erfahrung: über 3.000 Anlagen beweisen es.

Dabei wird aus 10 Litern Meerwasser 1 Liter reines Destillat gewonnen. 9 Liter gehen, geringfügig mit Salz angereichert, zurück ins Meer. Diesem Destillat fehlen zur Verwendung als Trinkwasser noch die lebenswichtigen Mineralien. Also wird es „verschnitten“ - gefiltertes Meereswasser wird so lange zugesetzt, bis die Normen der Weltgesundheitsorganisation genau erfüllt sind.

Darüber hinaus beweisen die Anlagen von Krupp, daß Probleme nicht einseitig gelöst werden müssen; sondern in voller Harmonie von Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit. Wie unsere Verfahren zur Abwasserreinigung, Geräuschdämmung und Wärmerückgewinnung, wie unsere Rauchgasentschwefelungsanlagen und Elektrofilter für Kohlekraftwerke.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

* Wenn Sie weitere Informationen über Krupp Umwelttechnik wünschen, wenden Sie sich bitte an Krupp Industrietechnik GmbH, Werk Grevenbroich, Lindenstr. 43, D-4048 Grevenbroich.



Gorbatschow mahnt Industrie: Mehr Kontrollen

dpa, Moskau
Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat die niedrige Qualität der Industrieproduktion seines Landes kritisiert und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung angekündigt. In einer Rede vor Spitzenfunktionären und Wirtschaftsführern der gesamten UdSSR sagte er, künftig müssten alle Unternehmen darüber nachdenken, wie sie fortan existieren wollten.

Anzeige
Zu allen Beschenkanlässen/Jubiläen: Ihr Jahrgang in einem eigenen Buch!

Jahrgang 1947

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte: Schwarzmatt in Deutschland - Streik gegen Hunger - Marshallplan bringt Wirtschaftshilfe - Ostblock-Konkurrenz psychologisch - Indien wird unabhängig - CIA verstreut: Atombomben - Zurechtweisung des Speer - 47 gegründet - Trauerschicht in London - Blauhelm berstet Herzog von Edinburgh - Weidahl startet Expedition - Pan-Tier - New Look von Dior - Gangsterhit Al Capone tot - Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsbuch Chronik 1947.

Jeder Band in Leinen-Luxusausstattung, 49,80 DM. Mehr Informationen in jeder guten Buchhandlung, oder beim Chronik Verlag, Postfach 1305, 4600 Dortmund 1.

wenn sie keine Produktion lieferten, die der Verbraucher wünsche. Das meldete am Wochenende die antitische Nachrichtenagentur Tass.

Gorbatschow habe bedauert, daß der größte Teil der sowjetischen Produktion auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Hohe Qualität sei jedoch Voraussetzung für den angestrebten Umbau der Wirtschaft. Wie es in dem Bericht weiter heißt, sollen zum nächsten Jahr an sämtliche Industrieunternehmen der Sowjetunion eine staatliche Qualitätskontrolle unterworfen werden. Diese soll unabhängig von der jeweiligen Fabrikleitung arbeiten.

Hasenfus in Managua zu 30 Jahren Haft verurteilt

Wegen Hilfe für die Contras / USA sprechen von Schauprozess

WERNER THOMAS, Miami
Als das Urteil in dem überfüllten Gerichtssaal in Managua verlesen wurde, reagierte niemand überrascht, auch nicht der angeklagte Amerikaner Eugene Hasenfus. Er erhielt dreißig Jahre Gefängnis, die Höchststrafe der nicaraguanischen Justiz. Er wurde „Anschlag auf die Staatssicherheit“ für schuldig befunden. Frau Hasenfus appellierte an Präsident Ortega, ihren Mann als „Zeichen einer humanitären Geste“ freizulassen.

Der Anwalt Reynaldo Monterrey, der Präsident des Tribunals, und seine beiden Beisitzer, ein Kraftfahrer und ein Arbeiter, allesamt sandinistische Aktivisten, folgten mit ihrem Urteil dem Antrag der Anklage, die drei Punkte umfaßt: Verstoß gegen die Sicherheitsgesetze, Terrorismus, kriminelle Verschwörung. Verteidiger Soledad Bergen verteidigte dagegen die Ansicht, daß Hasenfus höchstens zwei Jahre Freiheitsstrafe verdient hätte - wegen Waffenschmuggels. Mit diesem Urteil ging das bisher spektakulärste Verfahren vor dem „antisozialistischen Volkstribunal“ (TPA) nach fast dreiwöchiger Dauer zu Ende. State-Department-Sprecher Charles Redman beschuldigte die Comandantes: „Sie veranstalten einen Schauprozess.“ In einer Stellungnahme des Außenministeriums hieß es, der „Schauprozess“ habe international gültiges Verfahrensrecht bewußt außer acht gelassen.

Vorwürfe gegen Reagan

Der Fall Hasenfus verschaffte Managua die willkommenste Möglichkeit einer Propaganda-Offensive gegen die Reagan-Regierung. Eugene Hasenfus, 45, ein ehemaliger Marineinfanterist und Vietnam-Veteran, war der einzige Überlebende eines am 5. Oktober über Nicaragua abgeschossenen Versorgungsflugzeugs der antisandinistischen Contras. Er konnte sich durch einen Fallschirm-Abstieg retten. Die drei anderen Besatzungsmitglieder, zwei Amerikaner und ein bisher nicht identifizierter Lateinamerikaner, kamen ums Leben.

Die Sandinisten versuchten von Anfang an, einen Zusammenhang zwischen dem Gefangenen und der Regierung Reagan herzustellen. Hasenfus sei ein Beweis für „Reagans

heimlichen Krieg“. Nicaragua Präsident Daniel Ortega nannte Hasenfus „ein Opfer der kriminellen Politik Reagans“. Und: „Der größere Verbrecher ist Reagan.“

Die Affäre Hasenfus schlug Wellen in den USA. Präsident Reagan und Außenminister George Shultz bestritten energisch die Vorwürfe, die Regierung habe diese Versorgungsflüge organisiert. Zu diesem Zeitpunkt war die militärische Hilfe für die Contras noch untersagt. In der Zwischenzeit erhalten die Rebellen wieder eine vom Kongress gebilligte Militärhilfe. Entrüstete demokratische Volksvertreter forderten Untersuchungen.

Die Rolle des CIA

Eugene Hasenfus erklärte zunächst selbst, nach seinem Wissen sei sein Arbeitgeber (die Charterflug-Gesellschaft Corporate Air Services) eine Firma des amerikanischen Geheimdienstes CIA gewesen. Während des Prozesses wollte er diese brisante Behauptung aber nicht wiederholen. Er berichtete lediglich, der Konzern habe ihm monatlich 3000 Dollar plus eine Gefahrenzulage von 750 Dollar für jeden Flug über Nicaragua gezahlt. Der arbeitslose Bauarbeiter sagte, er sei gezwungen gewesen, seine Job anzunehmen. „Ich mußte eine Frau und drei Kinder ernähren.“

Das Hasenfus-Kapitel dieses Krieges informierte die Öffentlichkeit dagegen über die Existenz einer internationalen Initiative zur Unterstützung der Contra-Brigaden. Und darüber, daß Honduras und El Salvador logistische Schützenhilfe leisteten.

Dem Verfahren sind Diskussionen innerhalb der sandinistischen Führung vorausgegangen, ob das von Menschenrechts-Organisationen heftig kritisierte „Antisozialistische Volkstribunal“ das Schicksal des Amerikaners entscheiden soll. Die Comandantes entschieden sich schließlich für dieses kontroverse Forum, gewährten dem Angeklagten, seinem Anwalt und der Presse jedoch eine kulante Behandlung.

Wahrscheinlich muß Hasenfus die 30 Jahre nicht absitzen. Ortega selbst meinte, die sandinistische Justiz sei „generös“. Ein hoher Regierungsvertreter machte Hasenfus Hoffnungen auf eine Freilassung: „Weihnachten wäre kein schlechter Zeitpunkt.“

Aquino stellt sich auf „Krieg“ ein

Nach dem Mord an Gewerkschafter: Krisensitzung und Generalstreik / Gerüchte um Enrile

JOCHEN HEHN, Hongkong
Als hätte Frau Aquino nicht schon genug mit Schwierigkeiten zu kämpfen - der für heute angesagte Generalstreik droht die Philippinen in eine weitere schwere Krise zu stürzen. Der Streik wurde von der größten Gewerkschaft des Landes, der linksgerichteten Kilusang Mayo Uno (KMU - Bewegung erster Mai) ausgerufen. Nachdem KMU-Chef Rolando Olalia und dessen Fahrer von Unbekannten ermordet und auf bestialische Weise ermordet aufgefunden worden waren. Unter Hinweis auf diesen Mord verurteilte Frau Aquino auf einer Massenkundgebung in Manila erneut die Anwendung von Gewalt in der Politik.

„Ich möchte eine Führerin des Friedens sein“, rief sie vor etwa 15.000 Anhängern aus. Zur Anwendung von Gewalt für ihre Regierung sei sie niemals bereit, „einen Krieg zu führen“.

Der Mord an Olalia, der auch Vorsitzender der Ende August gegründeten linken Volkspartei (Partido Ng Bayan) ist, haben die Kommunisten zum Anlaß genommen, ihre Friedensverhandlungen mit der Regierung abzubrechen. Die Bemühungen der philippinischen Regierung, ihr Land als „sicheren Hafen“ für Investitionen anzubieten, haben außerdem durch die Entführung eines japanischen Geschäftsmannes einen empfindlichen Rückschlag erlitten.

Sowohl der Mordanschlag als auch die Entführung werden die erwartete Haltung der in- und ausländischen Investoren nun eher noch festigen. Dies ist besonders schmerzhaft für Frau Aquino, da sie sich in den vergangenen Monaten persönlich für ein stärkeres wirtschaftliches Engagement von Ausländern in ihrem Land eingesetzt hat.

Erst in der vergangenen Woche war sie trotz wilder Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Staatsstreich nach Japan gereist und hatte von dort die Zusage Tokios für umfangreiche wirtschaftliche Hilfen mit-

gebracht. Die Entführung des Japaners scheint diese Bemühungen jetzt zunichte zu machen.

Während die Staatspräsidentin gestern ihre Kabinettsmitglieder wegen der beiden Vorfälle zu einer Dringlichkeitssitzung zusammenrief, trafen die KMU und die Volkspartei Vorbereitungen für den Streik, der den Verkehr und das wirtschaftliche Leben in Manila lahmzulegen droht. Militär- und Polizeieinheiten wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt, um - wie es hieß - gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern.

Vertreter der Gewerkschaft erklär-

ten, daß sie jenseits der Bevölkerung und im Militär, die dem entmachteten Präsidenten Marcos noch immer verbunden sind. Gleichzeitig machte er gegen die „Kommunisten in der Regierung“ Front, verlangte von Corason Aquino deren Abberufung und geißelte die Friedensverhandlungen der Regierung mit der kommunistischen Guerrilla.

Zu seinem Feindbild erkor Enrile auch jene linken Politiker, die unter der Marcos-Herrschaft eingekerkert und gefoltert, von Frau Aquino im Februar dann aber auf freien Fuß gesetzt worden waren. Enrile hatte als Verteidigungsminister unter Marcos deren Haftbefehle persönlich unterzeichnet. Einen darunter auch für Rolando Olalia, den Kardinal Sin als einen gemäßigten Linken bezeichnet.

Die unsichere Lage auf den Philippinen hat der israelische Staatspräsident Chaim Herzog zum Anlaß genommen, seinen für heute geplanten Staatsbesuch in Manila abzubrechen. Die Entscheidung wurde nach Telefongesprächen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir und der israelischen Botschaft in Manila mit der Begründung gefällt, die Anwesenheit Herzogs auf den Philippinen könnte die bereits angespannte politische Situation noch verschärfen.

Ohwohl Israel und die Philippinen freundschaftliche Beziehungen zu einander pflegen, stand (und steht) die moslemische Minderheit einem Besuch Herzogs ablehnend gegenüber. Mit Demonstrationen gegen Herzog hätte wohl auch von den rund 1000 palästinensischen Studenten in Manila gerechnet werden müssen.

Das moslemische Malaysia hat für die Zeit des Herzog-Besuchs im Singapur seinen Botschafter aus dem Stadtstaat zur Berichterstattung nach Kuala Lumpur zurückgerufen. Malaysia erkennt die PLO an. Kurz vor dem Eintreffen Herzogs nahmen die anti-israelischen Proteste in Malaysia zu.



Enrile, neuer Marcos, tritt zurück, fordert Philippinas FOTO: AP

Felipe und Fidel reden auch über Gefangene

ROLF GÖRTZ, Madrid
Der spanische Ministerpräsident Felipe González hält sich seit Donnerstag auf Kuba auf. Es ist sein zweiter Besuch bei Fidel Castro.

Die den Premier begleitenden Minister für Außen, Wirtschaft und Kultur führten die ihre Ressorts betreffenden Fachgespräche mit ihren Amtskollegen in Havanna. Bei dem Meinungsaustausch zwischen González und Fidel Castro ging es dem: Vernehmen nach um den mittelamerikanischen Ost-West-Konflikt, aber auch um wirtschaftliche Fragen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Spanien und Kuba waren noch während der Franco-Ära so weit intensiviert worden, daß Spanien heute mit umgerechnet etwas mehr als einer Milliarde Mark als der erste Gläubiger des Westens auf der Liste der kubanischen Wirtschaftsbeziehungen steht. Nach Japan ist Spanien der zweitwichtigste Handelspartner Kubas. Die Bedeutung des Inselstaates für Spanien ist natürlich geringer. Nach Kuba geht 1,2 Prozent des spanischen Exportes, von dort kommt etwa ein halbes Prozent des spanischen Importes.

Fidel Castro, dessen Regime durch die wirtschaftliche Situation der letzten Zeit zusätzlich in Schwierigkeiten geriet, sieht sich gezwungen, die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen zu verbessern. Besonders hart traf die Zuckerinsel der Preisverfall für eben Zucker und Petroleum.

Gegenüber seinem spanischen Gesprächspartner besitzt Castro jedoch in seinen Kerkern ein wirksames Faustpfand: den Spanier Eloy Gutiérrez Menoyo, einen früheren Mitstreiter der kubanischen Revolution. Als Freiwilliger hatte Eloy Gutiérrez an der Seite Fidel Castros jahrelang gegen die Diktatur Batistas gekämpft. Unter der schließlich erlangenen Freiheit verstand der spanische Sozialist aber etwas anderes als der rote Diktator. So geriet Eloy in Ungnade und sitzt seit 25 Jahren auf Kuba in Haft.

Insgesamt sind 20 Spanier auf Kuba inhaftiert. Ihre Freilassung wiegt stärker als die Forderung nach Entschädigung des vom Castro-Regime seinerzeit beschlagnahmten spanischen Eigentums in Höhe von 350 Millionen Dollar - gefordert von über 3000 Spaniern in Kuba und in Spanien. Kuba bietet nur 40 Millionen Dollar an. (SAD)

Für Kenner, Könner und Kostenbewusste:

Die eurocheque-Karte. Auch von der

Post.



Die Post bietet Inhabern eines Postgirokontos mit entsprechenden Zahlungseingängen große Mobilität und Unabhängigkeit durch eurocheques und eurocheque-Karte und durch die Nutzung der ec-Geldautomaten. Im Inland und in 39 weiteren Ländern werden eurocheques als Zahlungsmittel akzeptiert. Überall da, wo Sie das ec-Zeichen sehen - in Hotels und Geschäften z.B. - können Sie problemlos mit eurocheques bezahlen. In Verbindung mit der eurocheque-Karte sind sie so gut wie bares Geld. Nur sicherer. Und das ec-Zeichen an Postämtern, Banken und Sparkassen im In- und Ausland weist Ihnen den problemlosen Weg zum Bargeld. Mit der eurocheque-Karte mit Magnetstreifen gibt es Bargeld aus jedem der über 2.000 ec-Geldautomaten, die bei uns im Lande rund um die Uhr für Sie bereitstehen. Jetzt müssen Sie nur noch dafür sorgen, daß Ihnen ein Postgirokonto gehört. Das können Sie sich bei jedem Postamt und jeder Poststelle einrichten lassen. Und Ihre eurocheque-Karte beantragen Sie ganz einfach bei Ihrem Postgiroamt.

PostGiro. Noch bequemer und aktueller mit Btx. Informationen dazu über *20000 #.

PostGiro. Das clevere Konto. Post



In Moskau wäre er die Nummer eins. Aber die chinesische Machtpyramide hat andere Prioritäten. Und so gilt der Chef der Kommunistischen Partei Chinas, Hu Yaobang, nach dem Genossen Deng als Nummer zwei. Auch sonst ist einiges anders im Riesenreich der Mitte. Lenin wird gelobt, aber nur teilweise. Das amerikanische System wird auf mögliche Anregungen hin geprüft, ansonsten wünscht man den USA viel Glück und zieht die eigenen Reformen durch. China ist auf dem Weg, zu sich selbst zurückzufinden. Man geht diesen Weg mit Bedacht und pragmatischer Gesinnung. - Mit dem Generalsekretär der KP Chinas sprach Thomas Heberer.

„Marx hat nie eine Glühbirne gesehen, Engels kein Flugzeug - und beide sind nie in China gewesen“

Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Reformen im politischen und im wirtschaftlichen Bereich?
Hu Yaobang: Die hier angesprochenen Reformen meinen die Reformen der Struktur, nicht eine Reform des politischen Systems. Das sozialistische System ist die Errungenschaft eines mehrjährigen Kampfes des chinesischen Volkes. Es geht nicht um eine Negierung dieses Systems. Ebenso wenig beginnt die Reform politischer Strukturen erst heute. Genosse Deng Xiaoping hat sie bereits 1978 angesprochen, später auch Genosse Zhao Ziyang und ich. Die Welle der Wirtschaftsreform bricht sich an den politischen Strukturen; ohne eine politische Strukturreform kommt die Wirtschaftsreform nicht mehr voran, muß sie unvollständig bleiben. Die chinesische Wirtschaft unterscheidet sich von der westlicher Staaten. Letztere ist selbständig und unabhängig, die Regierung kann nur über Steuern oder Gesetz Einfluss nehmen. Bei uns unterstehen die Betriebe der direkten Verwaltung durch alle möglichen Verwaltungsorgane der Regierung. Ohne eine Reform des politischen Organisationsstadiums bleibt die Wirtschaftsreform ständig mit unlösbaren Problemen konfrontiert.
Können Sie Rolle, Ziele und Maßnahmen der Reform im politischen Bereich erläutern?

Hu Yaobang: Genosse Deng Xiaoping ist der Ansicht, daß die Zentralorgane einige Dinge zuviel und zu stark handhaben. Genosse Zhao Ziyang befürwortet eine Vereinfachung des Staatswesens und Dezentralisierung politischer Macht. Beides betrifft also den Problembereich Zentralorgane/Lokaladministration. Der Vorsitzende Mao bezeichnete zu seinen Lebzeiten die Machtzentralisation schon als übermäßig; in einem Gespräch mit Edgar Snow verwies er auf die damals 48 Staaten von Amerika mit ihren ziemlich weitreichenden Entscheidungsbefugnissen und ihrem vergleichsweise rasanten Entwicklungstempo. Wir können nicht vollständig nach amerikanischem Muster verfahren, aber es kann uns als Anregung dienen.
Zweitens: Bis jetzt sind zahlreiche Betriebe unmittelbaren politischen Verwaltungsorganen unterstellt, ein eigenständiges Management kommt zu kurz und kann keine Dynamik entfalten.
Drittens tangiert diese Frage auch die Arbeitsteilung in Partei, Regierung und Volksvertretung. Eine vollständige Gewaltentrennung nach westlicher Art ist bei uns nicht möglich, aber eine Arbeitsteilung ist wünschenswert. Die Zuständigkeitsbereiche von Partei und Regierung wären zu definieren, die jeweiligen Funktionen eindeutig zu bestimmen.

morgen das Gegenteil. Sogar aus ihrer Vernetzung (wobei man nur auf einen gleichrangigen Posten versetzt werden kann; Anm. d. Red.) ziehen manche materielle Vorteile. Persönliche Interessen müssen hinter den Interessen des Staates zurücktreten, das Einzelne muß dem Ganzen dienen. Wir schätzen die Zahl solcher Personen nicht sehr hoch ein, sie werden auch wieder in der ersten Garnitur zu finden sein noch in einer Vielzahl von Positionen. Äußerungen aus dem Ausland, es gäbe eine Reformfraktion und eine konservative Fraktion, sind unzutreffend.
Hu über die Partei: Wir waschen täglich das Gesicht
Welche chinesischen Traditionen und Denkweisen sind Reformen förderlich und welche nicht? Welche sind hinderlich und wie lassen sich solche Hindernisse beseitigen?
Hu Yaobang: Eine gute Tradition ist für die Reform eine nachvollziehbare Schubkraft. Der Vorsitzende Mao nannte einst Fleiß und Tapferkeit als positive Traditionen unseres Volkes, das zu kämpfen und zu siegen wagt. Es hat drei gewaltige, mächtigen Berge vergleichbare Feinde bezwungen (Imperialismus, Feudalismus und bürokratischer Kapitalismus; Anm. d. Red.). Die jetzige Reform ist im Vergleich dazu nur ein Hügel, aber auch seine Bewältigung erfordert Mut. Das chinesische Volk weiß zu lernen. Anfangs vom Westen, später von Japan, vom Kapitalismus. Aber die Ergebnisse waren unbrauchbar. Auf den Kanonenschlag der Oktoberrevolution hin lernten wir vom russischen Volk, von Stalin, und begingen auch einige Fehler. Heute müssen wir wieder aus unseren eigenen Erfahrungen lernen.
Die phrasenhafte Behauptung, Chinesen seien fortschrittlich, heißt die Analyse schuldig. Tatsache ist, daß China eine ganze Reihe leistungsfähiger Avantgardisten aufzuweisen hat. Einer davon war Anfangs Mao, für seine spätere Jahre trifft das nicht mehr zu. Reformfeindliche Traditionen und Denkweisen sind in erster Linie die verhängnisvollen Überreste feudalistischen und patriarchalischen Denkens.
Zu erwähnen ist zweitens der Einfluß des Kleinbauern- und Kleinproduzenten-Denkens mit seiner Disziplinlosigkeit, zeitlosen Vorstellung und behäbigen Gleichgültigkeit. Heute können wir es uns jedoch nicht

mehr leisten, auch nur noch eine einzelne Minute zu vergeuden.
Der dritte Punkt betrifft die negativen Aspekte des Kapitalismus. Jene verkommenen Degenerationserscheinungen, mit denen uns der Westen in den vergangenen hundert Jahren angestreckt hat: Wir sagen offen, daß der westliche Kapitalismus einige positive Momente aufzuweisen hat, ebenso aber auch negative.
Sehen Sie die Notwendigkeit einer Reform der Partei?
Hu Yaobang: Auch die Partei wird eine Reform durchlaufen. Wie Genosse Deng Xiaoping ausgeführt hat, wollen wir an der Führungsrolle der Partei festhalten, sie aber verbessern. Auch das gehört zu den Mao-Zedong-Ideen. Mao formulierte es so: Ist ein Gesicht staubig, muß es täglich gewaschen, muß täglich über Sauberkeit gesprochen werden! Im Laufe dreijähriger Parteireform konnten relativ große Erfolge erzielt werden. Im Februar oder März nächsten Jahres wird dieser Prozeß abgeschlossen sein, wir werden die Ergebnisse der Parteisäuberung bekanntgeben. Auch dies bedeutet Selbstvervollkommnung der Partei.
Verbesserungen wird es geben in den Bereichen Organisationsstruktur, Arbeitsstil und Disziplin. Faktisch ist der permanente Reformprozeß bereits seit den letzten sieben, acht Jahren im Gange seitdem „waschen wir täglich unser Gesicht“. Sie können feststellen, daß einige hohe Funktionäre ihrer Ämter entbunden, gerichtlich belangt oder inhaftiert sind.
Wie sehen Sie die zukünftige Rolle der chinesischen Gewerkschaften?
Hu Yaobang: Eine gute Frage. Die Geschichte der chinesischen Gewerkschaften ist eine andere als die der europäischen. Die europäischen Arbeiter haben eine ansehnliche Tradition, die Arbeiterklasse hat sich organisiert, um ihre Interessen zu verteidigen, und zwar seit bereits mehr als hundert Jahren. Die chinesischen Gewerkschaften sind unter anderen Umständen entstanden, sie wurden seit ihrer Entstehung unterdrückt. Die Warlords in Nordchina und Tschiang Kai-schek sorgten für eine gnadenlose Unterdrückung und erlebten ein Versäumnis- und Kollisionsverbot. Später gab es die sogenannte „Gelbe Gewerkschaft“, eine behördliche Gewerkschaft, die unter der Arbeiterschaft jedoch keinerlei Einfluss geltend machen konnte. Die chinesischen Gewerkschaften sind unter der Führung der Kommunistischen Partei entstanden, unabhängige Stimmen gab es kaum, aus Sorge, die Arbeiter könnten sich von der Führung durch die Partei lösen. Ich stimme Ihnen zu, daß die Gewerkschaften bei der Verteidigung der Rechte und Interessen der Arbeiter zu wenig in Erscheinung getreten sind. Trotzdem haben sie einiges in der Vertretung der Arbeiterinteressen bewirkt, tatsächlich haben sie etwa auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes oder der Sozialfürsorge einiges geleistet. Was die Frage angeht, auf welche Weise diese Arbeit verbessert werden kann, so sollten wir darauf vertrauen, daß sie das im Laufe ihrer praktischen Arbeit selbst lösen; die Partei sollte sich dabei nicht einmischen.

Hu über Geld: Manche verdienen so viel wie Reagan
Wie soll die künftige Entwicklung der Individual- und Privatwirtschaft aussehen? Wie sehen Sie die Zukunft der Anstellung von Arbeitskräften in diesem Bereich? Ist das „Modell Wenzhou“ mit über 50 Prozent Individual- und Privatwirtschaft das Vorbild für Chinas künftige Entwicklung in dieser Hinsicht?
Hu Yaobang: Individualwirtschaft stellt für die sozialistische Wirtschaft eine absolut unentbehrliche Ergänzung dar, mit vielen positiven Auswirkungen auf die staatliche Wirtschaft ebenso wie auf die Lebensqualität der Menschen. Für einen beträchtlichen Zeitraum werden wir nicht darauf verzichten können. Der Anteil der kleinen Privatbetriebe ist nicht groß, das Investitionskapital noch geringer. Im kommenden Zeitraum wird hier möglicherweise ein Zuwachs erfolgen, aber auf keinen Fall wird die Privatwirtschaft die Kollektivwirtschaft überholen oder gar die staatseigene Wirtschaft.
In manchen Fällen wird innerhalb eines Jahres ein Reineinkommen von mehr als 300 000 Yuan erzielt. Das entspricht in etwa dem Gehalt des amerikanischen Präsidenten. Derartige Leute gibt es bisher natürlich noch sehr wenige, kaum mehr als eine Handvoll. Wesentlich überdurchschnittliche Einkommen sind jedoch problematisch, und so müssen Mittel und Wege gefunden werden. Eine einzelne Maßnahme genügt dabei nicht. Unter anderem wäre da eine Erhöhung der Besteuerung zu denken. Dem Konsum sind gewisse Grenzen gesetzt, er sollte ein bestimmtes Verhältnis nicht übersteigen, um den Weg des Kapitals in die Expansion der Produktion zu sichern. Einigen Privatbetrieben hatte die Regierung mit Krediten zu Vorzugsbedingungen



Taktiker und Theoretiker, Pragmatiker und Profi der Welt-Politik: Der chinesische Parteichef Hu Yaobang (71)

auf die Beine gebohlen: diese könnten, falls erforderlich, auch in Kollektivbetriebe umgewandelt werden. Wer über Fähigkeiten und Kenntnisse verfügt, ist auch auf einem Posten als Manager oder Fabrikdirektor gefragt.
In diesem und im kommenden Jahr müssen Wege überlegt werden, die Privatwirtschaft in noch gesünderen Bahnen zu leiten. Innerhalb der Partei debattieren zur Zeit einige Ökonomen die Frage, ob, wie Marx sagte, die Anstellung von mehr als sieben Personen Ausbeutung ist. Ich finde diese Auseinandersetzung nicht besonders interessant.
Die gegenwärtige Anstellung von Arbeitern durch Privatunternehmen

unterscheidet sich auf jeden Fall von der in der alten Gesellschaft. Dort wurden solche Arbeiter in den ersten drei Jahren als „Lehrling“ bezeichnet und erhielten so gut wie keinen Lohn. Heute, unter der Wirtschaftsführung eines sozialistischen Systems, erhalten sie zwar auch Lohn, aber es gibt natürlich einen Unterschied.
Wir sagen auch nicht, daß dabei überhaupt keine Ausbeutung stattfinden würde. Marx hat seine Theorie auf der Basis der Verhältnisse in Westeuropa vor über hundert Jahren erstellt. Marx hat nie eine elektrische Glühbirne gesehen, Engels kein Flugzeug, beide sind auch nie in China gewesen. Es ist eine andere Zeit.

Hu über USA: Wir wünschen ihnen Glück und Wohlstand

Welche Rolle soll der Westteil Chinas bei der Öffnung nach außen spielen?
Hu Yaobang: Kennzeichen des Westteils von China sind weite Gebiete mit dünner Bevölkerungsdichte, rückständige Wirtschaft und Kultur sowie reichliche Ressourcen. Unsere Kenntnisse sind aber immer noch unzureichend. Wie ich böre, gibt es in Xinjiang und Qinghai große Vorkommen an Erdöl, Erdgas, Kohle und Buntmetallen. Leider ist die Infrastruktur alles andere als günstig. Für eine Erschließung dieser Bodenschätze haben wir ausländische Firmen zu Kooperationsprojekten willkommen - ich bitte Sie als Leiter der Deutsch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft, diese Botschaft zu übermitteln.
Die Bundesrepublik verfügt über eine fortschrittliche Technologie, aber nur über geringe Ressourcen. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unserer beiden Länder sehe ich Expansionsmöglichkeiten. Ganz besonders am Herzen liegt mir die Umwandlung und Aufbereitung von Kohle, da die chinesischen Kohlevorkommen außerordentlich reich sind. Vor kurzem erfuhr ich, daß allein im Kreis Juye der Provinz Shandong ein Flöz von fünf Milliarden Tonnen liegt. Mit unseren Kapazitäten von Kohlevergasung und -verflüssigung können wir auf dem Weltmarkt bestehen. Die angelegte Zusammenarbeit würde die Verarbeitung zum Gewinn betreffen, für die wir unsere Methoden haben.
An zweiter Stelle zu nennen sind die Buntmetalle und deren Verarbeitung zu Legierungsstahl, vor allem zu Edelstahl. Schweden hat in der Herstellung von Buntmetall ein, zweiweddert Jahre Erfahrung, Deutschland ebenfalls. Unsere diesjährige Stahlproduktion erreichte einen Ausstoß von 50 Millionen Tonnen, aber nur mit einem sehr geringen Anteil von Spezialstählen. Wir hoffen, mit Hilfe von Gemeinschaftsprojekten in der Buntmetallverarbeitung zu Edelstahl neuartige Güter produzieren zu können. Natürlich sollte eine solche Zusammenarbeit langfristig angelegt

sein, eine plötzliche Ausweitung großen Maßstabs birgt Schwierigkeiten. Wie würden Sie die gegenwärtigen Beziehungen Chinas zu den USA und zur Sowjetunion beurteilen?
Wo sehen Sie die Schwerpunkte Chinas hinsichtlich der internationalen Friedens- und Abrüstungspolitik?
Hu Yaobang: Vor kurzem habe ich mit Breznezki ein fünfständiges Gespräch geführt. Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen befinden sich im großen und ganzen im Gleichgewicht, beide Seiten verhalten sich relativ behutsam. Reagan ist nun seit sechs Jahren Präsident der USA. Zu Beginn seiner Amtszeit war seine Politik gegenüber China nicht besonders gut, er hat seine Ansichten später geändert. Im Zuge der freundschaftlichen chinesisch-amerikanischen Beziehungen in den vergangenen Jahren haben gewisse Aspekte eine positive Entwicklung genommen mit zum Teil erfreulichen Ergebnissen. Wie ich Breznezki gesagt habe, hoffen wir auf eine lange Periode der Freundschaft. Zwei Probleme allerdings beunruhigen uns: Zum einen die Taiwan-Frage, in der die Amerikaner (Anm. d. Red.) keine ausgeklärte Politik machen; zum anderen können wir einige Punkte ihrer Außenpolitik nicht billigen. In einigen Fällen handeln sie ausgesprochen unpopulär, so daß wir uns gezwungen sehen, unseren Standpunkt deutlich zu machen. Zum Beispiel empfinden wir die Politik der USA gegenüber der koreanischen Halbinsel als bedauerlich und sehr problematisch. Wir haben ihnen gegenüber keinerlei unzulässige Absichten; wir denken nicht daran, Amerika etwa kommunistisch zu machen. Die Devisen sollte sein: Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen. Wir wünschen ihnen Wohlstand und Glück.
Die beiden großen Probleme habe ich genannt, alle anderen sind zweitrangig. Beispielsweise gibt es Stimmen, die einen Abbau des Technologietransfers fordern - was uns nicht eben erfreut. Technologietransfer ist eine Form des Austauschs, die freilich nicht erzwungen werden kann. Wird sie uns angeboten, freuen wir uns natürlich darüber.

Hu über Moskau: Kein Zurück zu den 50er Jahren

Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen hat sich vor einigen Tagen Außenminister Wu geäußert. Wahrheitsgemäß sprach er an die Adresse der ganzen Welt gerichtet, daß wir hoffen, daß es ihnen gut geht. Glück und Prosperität beschieden sein mögen. Zweitens hoffen wir auf gute Nachbarschaft. China und die Sowjetunion haben eine 7300 Kilometer lange gemeinsame Grenze - die längste der Erde. Unsere dritte Hoffnung liegt in einer Normalisierung der Beziehungen.
An Problemen haben wir die drei großen Hindernisse, die keine „normalen“ Probleme sind, sondern die Sicherheit unseres Landes herühren. Wir hoffen, daß die Sowjetunion tatkräftig daran gehen wird, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu ergreifen, insbesondere in der Kamboidsche-Frage. Es handelt sich um fremdes Territorium - man soll nicht andere Länder anneklieren.

Und wie kann ein sozialistisches Land wie Vietnam ein anderes Land okkupieren? Mehr als 95 Prozent der Weltbevölkerung lehnt solche Vorgehen ab. Viertens: Um es klar zu sagen, wir erhoffen uns freundschaftliche Beziehungen und gute Nachbarschaft; aber eine Wiederherstellung jenes außerordentlich engen Bündnisses der fünfziger Jahre ist unmöglich. Diese historische Phase ist Vergangenheit. Sich nicht der ganzen Welt zuwenden, Krieg führen, jenseits Block bilden, diesen oder jenen sich scharen. Wir haben uns für die Blockfreiheit entschieden.
In der Friedens- und Abrüstungsfrage liegt das Schwergewicht bei den beiden Supermächten mit ihrer immensen Rüstung. Wir sind nur ein Zaungast. Wenn sie als erste abrüsten, können wir folgen. Wer weiß, ob das möglich ist...
Wie sehen Sie die Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei der zukünftigen Zusammenarbeit mit dem Ausland?
Hu Yaobang: Westdeutschland verfügt über eine entwickelte Wirtschaft, ist hochtechnologisch und arbeitet gewissenhaft. Weltwirtschaftlich gesehen steht es auf Platz vier hinter den USA, Japan und der Sowjetunion. Wir sind über die Bundesrepublik relativ gut informiert und hoffen, daß sie ihrerseits dazu beiträgt, die Dritte Welt in Fragen der Entwicklung zu unterstützen und die Beziehungen zu Osteuropa zu verbessern. Zwischen der DDR und der Bundesrepublik sollte kein Antagonismus bestehen - den Schaden hätte in erster Linie ihr. Man sollte den jeweils anderen respektieren; Gesellschaftssysteme sind historisch entstanden, von den Völkern gewählt. Trachtet man nicht danach, das System des anderen zu verändern, respektiert man die Auffassung des anderen, läßt sich vieles freundschaftlich regeln. Ihr seid ein Volk und solltet in Freundschaft miteinander auskommen.
Dr. Thomas Heberer, der dieses Gespräch mit Hu Yaobang führte, ist Bundesvorsitzender der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft

Hu über Sozialismus: Er hat auch Wirrwarr angerichtet

Viertens sind auch der Volkskongreß und die demokratischen Parteien angesprochen, und zwar im Hinblick auf die Entwicklung sozialistischer Demokratie. Die Mitarbeiter in Partei und Behörden müssen der Kontrolle durch das Volk unterstellt werden. Parteimitglieder und führende Kader, die sich der Kontrolle durch die Massen der Bevölkerung entziehen, gegen das Gesetz verstoßen oder Untersuchungen behindern, können jederzeit gerichtlich belangt und angeprangert werden.
Unsere geplante Reform der politischen Strukturen stellt also eine Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems dar, nicht einen Versuch, dasselbe zu liquidieren. Der Sozialismus besteht bereits mehrere Jahrzehnte, in der Geschichte der Menschheit ist er jedoch ein Novum. Er hat auch einigen politischen Wirrwarr angerichtet. Manch einer möchte darin den Beweis für eine Funktionsuntüchtigkeit des Sozialismus sehen und ihm jede Lebenskraft absprechen. Ich bin nicht dieser Ansicht. Da es sich um etwas Neues handelt, sind Unvollkommenheiten kaum vermeidbar. Werden Fehler gemacht, kann man es von neuem versuchen. Die Gedanken Lenins beispielsweise sind voller Leben; tatsächlich hat er gesagt, daß wir einige Dummheiten begehen werden. Das sei aber kein Grund zur Furcht - nach Fehlern könne man aufs neue beginnen.
Worin sehen Sie die Haupthindernisse für die Reformen?
Hu Yaobang: Hindernisse gibt es. Was die Situation der VR China angeht, so handelt es sich nicht um irgendeine politische Opposition, es existieren auch keine offenen Programme eines Widerstands - es gibt sie faktisch nicht. Die Zukunft unseres Landes hat sich beständig verbessert, die breite Masse der Bevölkerung ist begeistert. Wo liegen also die Hindernisse?
Da sind zunächst Verständnisprobleme, anders gesagt, da ist die Macht der Gewohnheit. Jahrhundertalte Gewohnheiten, eingefahrene Handlungsmuster, bilden eine Art beding-

ten Reflex. Lenin nannte die Macht der Gewohnheit eine Schreckensmacht. Chinesen nennen sie Kuangkuang, das heißt Konventionen, die das Denken zum Erstarren bringen und in Schubladen einzwängen. „Die Alten haben große Erfahrung, läßt die Alten machen“ - als Stereotyp! Gorbatchow hat vor kurzem eingestanden, daß die Reformen nicht recht vorankommen. Unsere Reform ist erst acht Jahre alt und ihre Wirkung bereits sehr deutlich. Natürlich haben wir auch eine - verschwindend geringe - Anzahl von Jugendlichen, die der Ansicht ist, eine Reform sollte radikal, mit Stumpf und Stiel durchgeführt werden, wir sollten vollständig nach westlichem Muster verfahren. Dergleichen ist freilich nicht möglich.
Widerstände gegen die Reform gibt es auch, weil sie die Machtinteressen einzelner berührt. Die Machtbefugnisse einiger unserer Kader sind beträchtlich; sie kommandieren blindlings herum, sagen heute dies und

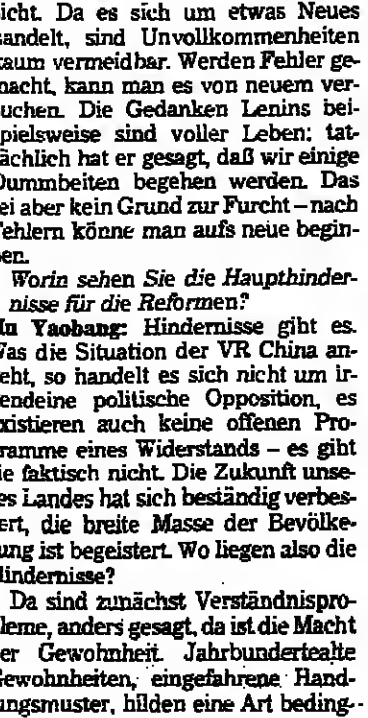
Aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge Dengs

Die Karriere von Hu Yaobang ist eng mit jener von Deng Xiaoping, dem „starken Mann“ Chinas, verknüpft. Über drei Jahrzehnte lang arbeitete der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und damit nominell ranghöchste Parteiführer mit Deng zusammen, der heute, obwohl er die höchsten Ämter abtrug, weiterhin der unbestrittene Führer des Landes ist.
Ebenso klein in der Statur, unterscheidet sich der 71-jährige von dem mehr eckig und gedungen wirkenden Deng durch seine südlich-asiatisch-lebhaften Bewegungen, eine sehr unchinesische Eigenschaft, die ihn in den Augen seiner Landsleute ein wenig befremdlich erscheinen läßt.
1915 in Liuyang (Provinz Hu-

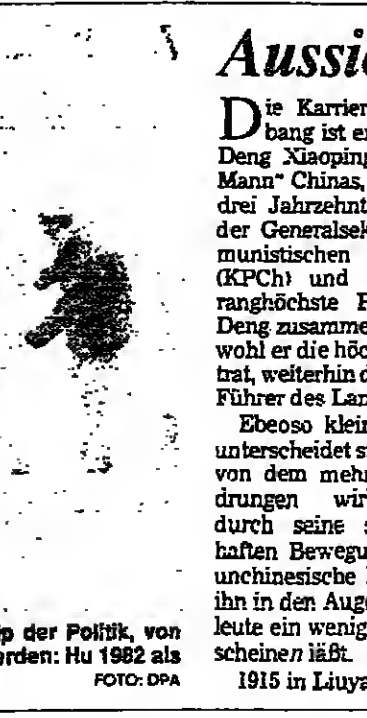
nan) geboren, trat Hu schon im Alter von 15 in die Kommunistische Jugendliga ein, in der er drei Jahre später erste Führungsaufgaben übernahm. Sein Vertrauensverhältnis zu Deng entstand während des Bürgerkriegs, als Hu zum Direktor der Politabteilung jener Armee-Einheit aufstieg, der auch Deng als Politkommissar angehörte. Nach der Gründung der Volksrepublik 1949 bekleideten Hu und Deng in Südwestchina hohe Parteiposten, um dann 1952 gemeinsam nach Peking berufen zu werden. Während Deng unaufrichtig in die obersten Ränge von Regierung und Partei vorstieß, übernahm Hu die Jugendorganisation der KPCh. 1956 wurde er mit 41 Jahren als jüngstes Mitglied ins ZK berufen.
1964 trennten sich die Wege von Deng und Hu, als dieser in Shandao das Amt des 1. Parteisekretärs übernahm. In der Kulturrevolution teilte er jedoch wieder das Schicksal seines Mentors: Als „Anti-Partei-Elemente“ wurden beide in den politischen Abgrund gestoßen.
1973 wurde Deng von Ministerpräsident Zhou Enlai aus der Versenkung geholt. Er betrieb seinen langjährigen Vertrauten Hu Yaobang als engen Mitarbeiter zu sich und übertrug ihm die Aufgabe, die Mißstände im Bildungswesen und der Wissenschaft aufzudecken.
Tatenlos mußte Hu mit ansehen, wie Deng Xiaoping 1976 erneut in Acht und Bann getan wurde. Als jedoch nach dem Tode Mao Zedongs und der Ausschaltung der „Vierbande“

Deng innerhalb kürzester Zeit zum mächtigsten Politiker Chinas wurde, stieg auch der Stern Hu Yaobangs wieder, der von Deng persönlich - neben Ministerpräsident Zhao Ziyang - zur ersten Garde der Nachfolger bestimmt wurde.
1978 entmachtete Deng den Mao-Nachfolger Hua Guofeng, übernahm selber die Führung der Partei, und Hu stieg ins Politbüro auf. 1980 war er bereits Mitglied im Ständigen Komitee des Politbüros, und schließlich folgte 1982 die Wahl zum Generalsekretär der Partei.
Wenn Hu Yaobang auch die legendäre Aura seines politischen Mentors vermissen läßt, so gilt er dennoch als einer der aussichtsreichsten Anwärter für die Deng-Nachfolge.
JOCHEN HEHN

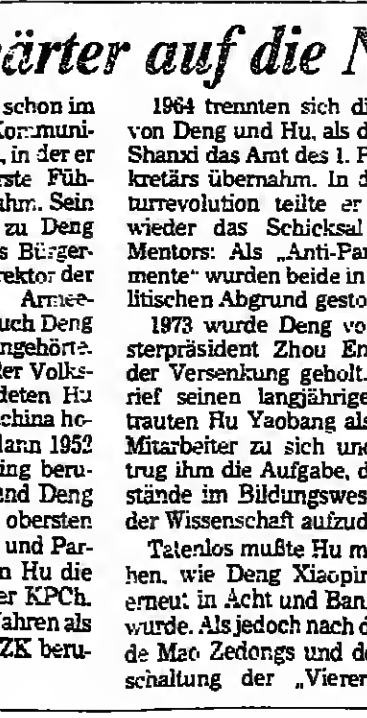
Die Nähe zum Volk muß, als Prinzip der Politik, von Zeit zu Zeit im Alltag vorwirllich werden: Hu 1982 als Straßenkehrer
FOTO: DPA



Die Nähe zum Volk muß, als Prinzip der Politik, von Zeit zu Zeit im Alltag vorwirllich werden: Hu 1982 als Straßenkehrer
FOTO: DPA



1915 in Liuyang (Provinz Hu-



1915 in Liuyang (Provinz Hu-

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/50 41, Telex 8 85 714

Basler Gefahrenpotential

„Schon 1981 wurde Sandoz über Sicherheitsmängel informiert“, WELT vom 12. November

An der Dreiländerecke Basels konzentrieren sich auf engstem Raum Weltfirmen einer einzigen Branche: Ciba-Geigy, Sandoz und Hoffmann-La Roche.

Das damit verbundene Gefahrenpotential ist der Basler Bevölkerung nicht nur seit Generationen bewußt, sondern sie hat auch längst gelernt, damit umzugehen. Dazu gehört auch die Bereitschaft, neben den Vorteilen dieser einzigartigen Wirtschaftsstruktur auch die damit unvermeidlicherweise verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen.

So ist es denn auch zu verstehen, daß die äußerst unruhliche internationale Odyssee der Dioxin-Fässer aus Seveso ohne Widerstand der Basler Bevölkerung aufgrund behördlicher Anordnung in Basel ihr Ende gefunden hat. Voraussetzung dazu war allerdings die Gewißheit, über das technische Know-how sowie die Sicherheit zu verfügen, daß diese Giftquellen gefahrlos beseitigt werden können.

Es ist deshalb auch zu verstehen, daß in der Region Basel der Widerstand gegen ein schweizerisches Kernkraftwerk in unmittelbarer Nähe am Rhein besonders stark ist, weil die hiesige Bevölkerung mit der Chemie schon genügend belastet ist.

Im Lauf der Jahrzehnte sind die hauptsächlichsten Produktionsstätten der Basler Chemie aus der Rheinstadt verschwunden. Mit der Forschung ist aber ein Zweig der chemischen Industrie noch immer in Basel beheimatet, welcher ein Restrisiko an Gefahren mit sich bringt.

Der außerhalb des baselstädtischen Einflussesbereichs geschehene Großbrand vom 1. November hat allerdings mit einem erträglichen Restrisiko nichts mehr zu tun. Eine derartige Umweltkatastrophe darf sich ganz einfach nicht mehr wiederholen. Die Betroffenheit in der Bevölkerung der ganzen Region ist zu groß, um nicht zu weitgehenden Konsequenzen zu führen.

Zwar ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh, um vor dem Vorliegen genauerer Untersuchungsergebnisse bereits abschlie-

ßende Maßnahmen zu ergreifen. Die notwendigen Sofortmaßnahmen sind selbstverständlich eingeleitet. Mit hektischer Betriebsamkeit und pausenloser Konferenztätigkeit allein wird jedoch nicht mehr Sicherheit erreicht.

Gewiß ist jedoch jetzt schon, daß im Raum Basel von der Bevölkerungsmehrheit kein Kreuzzug gegen die Chemie und schon gar kein „Ausstieg“ gepöbelt wird, sondern daß die



Karl Schnyder

verantwortlichen und zuständigen Behörden zusammen mit den Chemiefirmen mit Bezug auf den vorbeugenden Brandschutz, die Lagerung giftiger Chemikalien sowie die entsprechenden Informationen darüber, einschneidende Maßnahmen ergreifen werden, um die Wiederholung eines derartigen Ereignisses tatsächlich auszuschließen. Nur so wird im übrigen die Basler Bevölkerung auch weiterhin ihre Chemie tragen und ertragen.

Karl Schnyder, Mitglied der baselstädtischen Kantonsregierung, Demokratisch Sozialer Partei, Vorsteher des Polizei- und Militärdepartements, Basel

Wort des Tages

99 Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird. 99

Franz Etsel, deutscher Politiker (1902-1970)

Mit Aufruhr

„Die Verummten kommen mit Feuer und Flamme“, WELT vom 14. November

Unsere Obrigkeit sollte ein Einreiseverbot für „Zukunftsforscher“ Jungk aussprechen. Haben wir es nötig, uns in dieser gemeinen Art und Weise beschimpfen zu lassen? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Mensch durch Demonstrationen und Sitzblockaden geistig schwer gelitten hat. Er gehört hinter Schloß und Riegel.

U. Horstmann, Göttingen

Wann wird endlich das Demonstrationsstrafrecht verschärft? Wo befinden wir uns eigentlich, und was müssen wir uns noch alles von diesem nichtsinnigen Gesindel gefallen lassen?

Professor Jungk sollte für seine Äußerungen des Landes verwiesen werden und ein für allemal deutschen Boden nicht mehr betreten dürfen. Wehalb hat die Polizei ihn nicht an Ort und Stelle festgenommen, ebenso die verummten Gestalten, die wie im Rausch alles kurz und klein geschlagen haben?

Greift unsere Regierung nicht bald zu schärferen Maßnahmen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis Bürgerwehren gebildet werden, und was dann passiert, kann sich jeder an seinen fünf Fingern abzählen.

Hochachtungsvoll Gisa Pfeiffer, Göttingen

Zug um Zug

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Bundestagsdebatte am 6. 11. 1986 sprach der CSU-Abgeordnete Klein aus München das Völkerrecht an. Dabei erwähnte er auch die besonders schlechte Behandlung der Deutschen in Rußland und in Polen, die einen Ausreiseartrag gestellt hätten. Zu ändern sei dies schon, wenn den im Osten lebenden Deutschen die Nationalität anerkannt würde.

Ich bin der Auffassung, daß im Fall der Anerkennung der Nationalität viele Deutsche in ihrer Heimat hieblen würden. In der Schweiz leben doch auch vier Nationalitäten miteinander.

Wahrscheinlich würde diese Forderung schnell erfüllt, wenn den Polen keine D-Mark gegeben würde, ehe

diese Forderung erfüllt ist. Unverständlich bleibt mir, daß keine der bisherigen Regierungen diese Forderung bisher angesprochen hat, den Polen aber D-Mark in Millionen-Höhe gewährt haben.

Dr. Karl-Rudolf Jacobi, Mari

Nicht im Griff

„Piloten stellen dem Airbus ein gutes Zeugnis aus“, WELT vom 7. November

Die Flugstrecke Manila-Bangkok-Osaka, bekannt als Waffenroute, wird wahrscheinlich auch weiterhin auf lange Sicht von japanischen Gangstersyndikaten als Waffenschmuggelroute genutzt werden können, da die Korruption trotz Regierungswechsel auf den Philippinen nicht in den Griff zu bekommen ist.

Im Manila-Airport fällt auf, daß die Flughafenpolizei keine Waffen trägt. Ein Beamter - nach dem Grund befragt - antwortete: „Manila-Airport ist ein sicherer Flughafen. Die Kontrollen sind so gut (nur Fluggäste dürfen das Gelände betreten und keine Besucher), daß wir innerhalb des Gebäudes keine Waffen mehr benötigen.“

Eine Messingplakette des Polizisten zog meinen Blick auf sich. Sofort kam die Frage des Beamten, ob ich interessiert wäre, für 100 Peso die Plakette zu kaufen.

Solange die Korruption nicht zu stoppen ist, werden die Gangstersyndikate diese Situation zu nutzen wissen, da das Monatseinkommen der Philippinen in keiner Relation zu den Lebenskosten steht.

Mit freundlichen Grüßen R. Herrmann, Mülheim/Ruhr

Beliebt?

„Mancher Ansehensritzel ist wohl besser als sein rassistischer Herr“, WELT vom 23. Oktober

Sie berichten über eine Gießener Studie, den Beliebtheitsgrad bundesdeutscher Universitäten betreffend. Zu den neun beliebtesten Hochschulen gehört demnach auch die FU Berlin, was mich - nach einem Blick auf die daneben abgedruckte Spalte „Studienplatz-Tausch“ sehr erstaunte, denn von 114 tauschwilligen Studenten beabsichtigen 33 die FU Berlin zu verlassen, und das sind fast 29 Prozent der Angebote.

In Ihrer Tauschbörse vom 4. November lag das Verhältnis ähnlich hoch.

Ingeborg Häusler, Fulda/L 2

Personen

STIPENDIUM

Das Märkische Stipendium für Musik 1987 erhält der 25jährige Gitarrist Jürgen Ruck aus Freiburg im Breisgau. Dies teilte die Geschäftsstelle der Märkischen Kulturkonferenz mit, die alljährlich das Stipendium für die Bereiche bildende Kunst, Musik und Literatur vergibt. Die in jeder Sparte mit 24 000 Mark prämierte Auszeichnung gehört zu den höchstdotierten Stipendien in der Bundesrepublik Deutschland. Jürgen Ruck hatte bereits den ersten Platz beim Deutschen Musikwettbewerb in Bonn errungen.

EHRUNGEN

Für seine Verdienste um die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen ist dem Vorsitzenden des Auschwitz-Clubs ehemaliger KZ-Häftlinge in Krakau, Kazimierz Sowa, die Bonifatius-Plakette der Deutschen Bischofskonferenz verliehen worden. Sowa, der als Jugendlicher vier Jahre Lagerinsasse war, hatte sich schon bald nach Kriegsende zur Zusammenarbeit mit dem Freiburger Maximilian-Kolbe-Werk, einer katholischen Einrichtung zur Unterstützung überlebender KZ-Häftlinge, bereitgefunden und so eine Brücke zwischen den Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland und Polen geschlagen. Freiburgs Erzbischof Oskar Saier, der die seltene Auszeichnung dieser Tage im Namen von Kardinal Höffner überreichte, sagte in seiner Laudatio, daß Kazimierz Sowa durch sein unermüdetes Versöhnungswerk zu einem „lebendigen Evangelium“ geworden sei.

Drei Musikwissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum ist in Rom die Ehrendoktorwürde des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik verliehen worden. Die Auszeichnungen erhielten Professor Dr. Joseph Knickert, Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission des „Internationalen Instituts für Hymnologische und Musikethnologische Forschungen“ in Maria Laach, Professor Dr. Max Lütolf, Universität Zürich, und Professor Dr. Josef Friedrich Doppelbauer, Vizedirektor des Salzburger Mozarteums. Die drei Wissenschaftler, alle Mitarbeiter des Maria Laacher Instituts, wur-

den für ihre Forschungsarbeit auf dem Gebiet der liturgischen und religiösen Musik mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet.

GEBURTSTAG

Für die älteren Theaterbesucher war und ist sie „die Frau von Heinrich George“, viele jüngere Menschen kennen sie aber nur als „die Mutter von Schimanski“. Die Schauspielerin Berta Drews, die eigentlich doch immer unverwechselbar „die Drews“ hieß, feiert am Mittwoch ihren 85. Geburtstag, außerhalb von Berlin. „Den Trübel hal-



Berta Drews

te ich nicht aus“, sagt die „Doyenne der Berliner Staatsbühnen“, wie sie sich selber nennt. Die 1901 in Berlin geborene Berta Drews wuchs in Stettin und Posen auf. Sie ging an die Schauspielschule von Max Reinhardt in Berlin, spielte bei Otto Falckenberg an den Kammerspielen München und trat 1931 an der Ensemble der Berliner Volksbühne ein, wo sie als Partnerin von Hans Albers in Franz Molnars „Liliom“ einen vielbeachteten Erfolg erzielte. Am Berliner Staatstheater am Gendarmenmarkt spielte sie die Adelheid in Goethes „Götz von Berlichingen“ und begegnete dabei dem Mann, den sie 1932 heiratete und der ihr „zweites Leben“ prägen sollte: der „geniale Feuerkopf“ Heinrich George, der 1938 Intendant des Berliner Schiller-Theaters wurde. George starb 1946 im sowjetischen Konzentrationslager Sachsenhausen. Nach dem Krieg begann ihr „drittes Leben“, wie sie es selber sieht, in der inzwischen legendären Ara unter Boleslaw Barlog, später auch unter Karl Heinz Stroux, Hans Lietzmann bis zu Boy Gobert und Her-

bert Sasse. Die Ausdruckspalette der Schauspielerin reicht von derb-komischen über boshafte bis zu herzlich-menschlichen Rollen.

KIRCHE

Zum neuen Vorsitzenden der amerikanischen Bischofskonferenz ist der 64jährige Bischof von Saint-Louis, John May, bisher Vizepräsident des Episkopats, gewählt worden. Zu seinem Stellvertreter wurde der Bischof von Cincinnati, Daniel Pitarzkyk, gewählt.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. Hans-Jürgen Sonnenberger von der Universität Augsburg ist auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleich in der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München berufen worden. Er tritt die Nachfolge von Professor Dr. Erik Jayme an, der vor einiger Zeit an die Universität Heidelberg berufen worden ist.

GESTORBEN

Johannes Linthorst Homan, Mitglied des Dreimännergremiums, das 1940 nach dem Einmarsch der Deutschen die zunächst kooperationswillige „Niederländische Union“ gründete, ist im Alter von 83 Jahren in Rom gestorben. Die „Niederländische Union“ war stark umstritten, weil sie an die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht glaubte. Dennoch hatte sie starken Zulauf, da viele Niederländer in ihr eine gute Alternative zur „National-Sozialistischen Bewegung“ (NSB) von Adrian Mursset sahen. Zeitweilig hatte die „Union“ 400 000 Mitglieder. Linthorst Homan, der sich nach dem Krieg als „europäischer Optimist“ bezeichnete, war von den Deutschen nach kurzer Zeit desillusioniert. Er bot im August 1940 seine Demission an. Die „Union“ mußte sich im Dezember 1941 auflösen, als sie sich weigerte, die Deutschen gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Linthorst Homan war nach dem Krieg niederländischer Delegierter bei EG und Euratom in Brüssel und Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Die Steinkohle zum Thema „Arbeitsplätze“

17.000 unserer Jugendlichen denken nur an Kohlen.

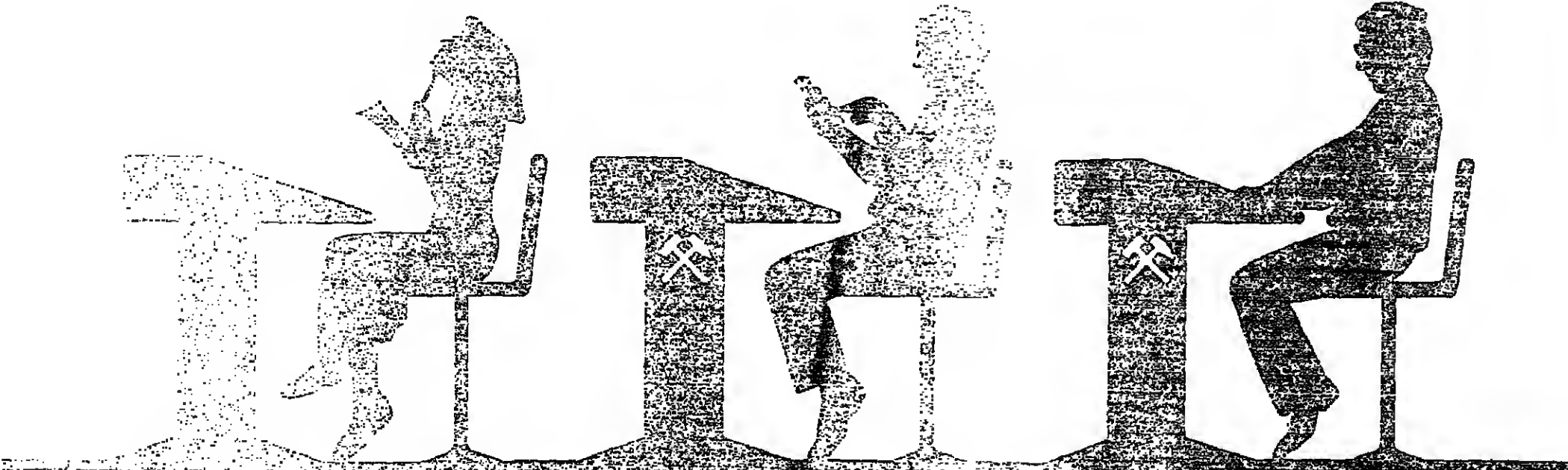
Die Steinkohle macht Schule. Der deutsche Steinkohlenbergbau gibt rund 17.000 Jugendlichen die Chance, eine fundierte Ausbildung zu bekommen.

In bergmännischen, technischen und kaufmännischen Berufen. Als Bergmechaniker, Elektroniker oder kaufmännische Angestellte zum Beispiel.

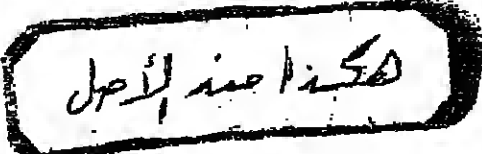
Damit ist der deutsche Steinkohlenbergbau einer der größten industriellen Ausbildungsstellenanbieter unseres Landes. Aber nicht nur das.

Insgesamt beschäftigt die deutsche Steinkohle rund 180.000 Mitarbeiter. Und sorgt auch in anderen Wirtschaftszweigen für Arbeit: in der Bauwirtschaft, im Maschinenbau und in Gewerbebetrieben. Über eine Million Menschen leben von unserer Kohle.

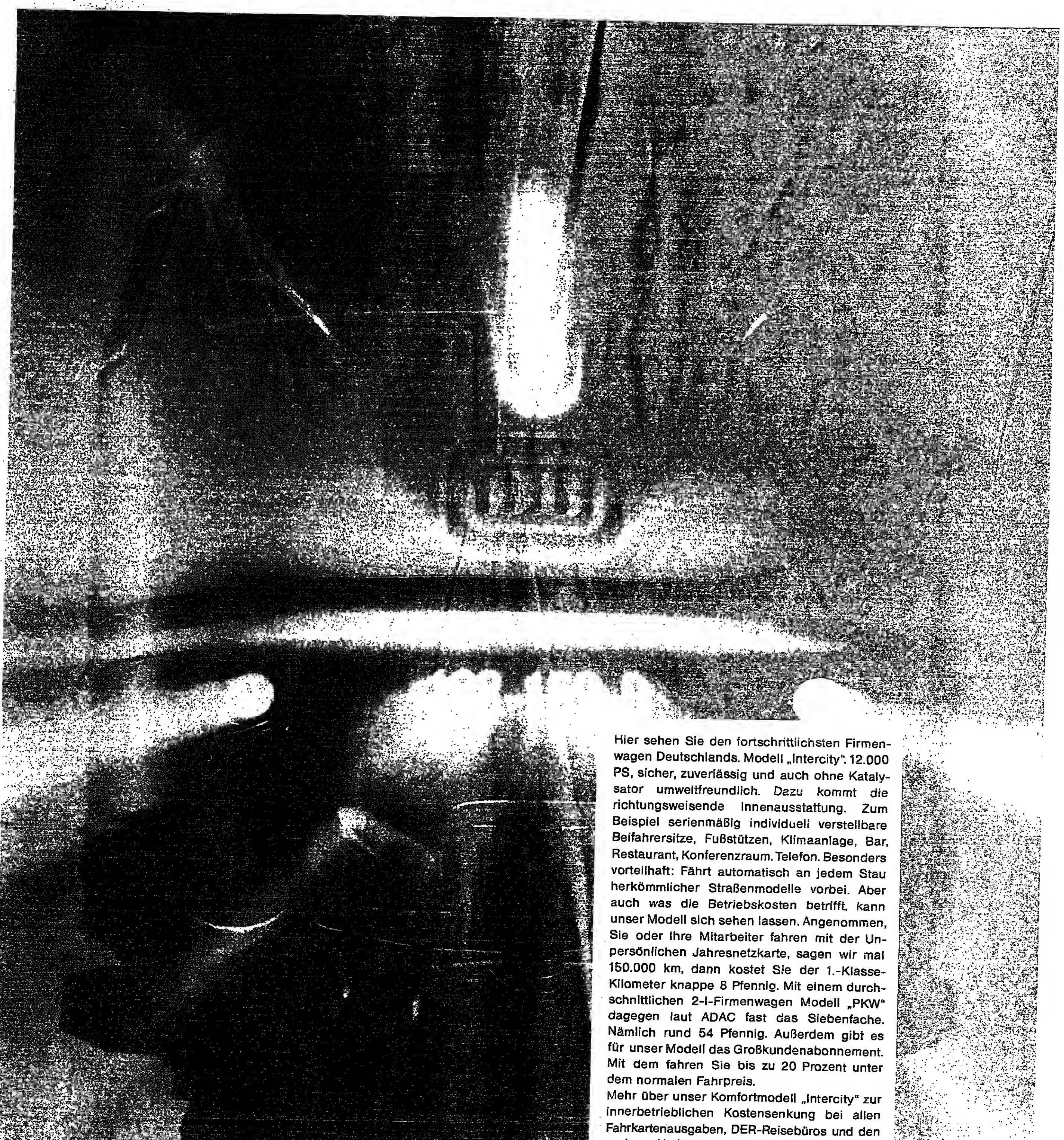
Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen.



Unsere Kohle. Ein Vorbild an Energie.



Bleifrei, abgasfrei, wartungs- frei, staufrei, streißfrei.



Hier sehen Sie den fortschrittlichsten Firmenwagen Deutschlands. Modell „Intercity“: 12.000 PS, sicher, zuverlässig und auch ohne Katalysator umweltfreundlich. Dazu kommt die richtungsweisende Innenausstattung. Zum Beispiel serienmäßig individuell verstellbare Beifahrersitze, Fußstützen, Klimaanlage, Bar, Restaurant, Konferenzraum, Telefon. Besonders vorteilhaft: Fährt automatisch an jedem Stau herkömmlicher Straßenmodelle vorbei. Aber auch was die Betriebskosten betrifft, kann unser Modell sich sehen lassen. Angenommen, Sie oder Ihre Mitarbeiter fahren mit der Unpersönlichen Jahresnetzkarte, sagen wir mal 150.000 km, dann kostet Sie der 1.-Klasse-Kilometer knappe 8 Pfennig. Mit einem durchschnittlichen 2-l-Firmenwagen Modell „PKW“ dagegen laut ADAC fast das Siebenfache. Nämlich rund 54 Pfennig. Außerdem gibt es für unser Modell das Großkundenabonnement. Mit dem fahren Sie bis zu 20 Prozent unter dem normalen Fahrpreis. Mehr über unser Komfortmodell „Intercity“ zur innerbetrieblichen Kostensenkung bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsagenturen der Bahn.

DB Die Bahn

ere Kohle
orbild
nergie.

Auch von Klitzing gegen Tests von Atomwaffen

AP, Hamburg

Naturwissenschaftler aus West und Ost haben auf einem wissenschaftlichen Friedenskongress in Hamburg Vorschläge zur Abrüstung vorgelegt. Die „Hamburger Abrüstungsvorschläge“ werden von Forschern aus den USA, der Sowjetunion, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie aus anderen Ländern unterstützt. Zu den Unterzeichnern gehört auch der deutsche Physik-Nobelpreisträger Klaus von Klitzing. Die Wissenschaftler gehen in ihren zehn Thesen davon aus, daß ein Verbot von Atomwaffentests und von Weltraumwaffen sowie einschneidende Verringerungen der Zahl der Atomwaffen mit den vorhandenen technischen Möglichkeiten weltweit überprüft werden können. In informelle Kreise war vermutet worden, daß die DKP eine wichtige Rolle bei der Organisation des Kongresses spielte (WELT v. 14.11.).

London dankt USA für Sanktionen

Frau Thatcher fordert Reagan auf, bei Null-Lösung an Kurzstreckenwaffen zu denken

FRITZ WIRTH, Washington

Drei Stunden lang diskutierten am Samstag Margaret Thatcher und Ronald Reagan zumeist unter vier Augen in Camp David aktuelle Weltprobleme. Als die britische Premierministerin am Nachmittag wieder nach Washington zurückkehrte und sich der Presse stellte, strapazierte sie nicht ein einziges Mal die Formel von den „speziellen Beziehungen“ zwischen beiden Ländern, doch sie signalisierte mit jedem Satz, daß sie zumindest unter diesen beiden Regierungschefs noch inaktiv sind und blühen. Es gab ein hohes Maß an Übereinstimmung und gegenseitiger Unterstützung.

Frau Thatcher weigerte sich, auch nur ein kritisches Wort über die jüngste umstrittene Iran-Initiative Präsident Reagans zu sagen. „Ich habe nichts zu der sehr klaren Fernsehrede des Präsidenten zu diesem Thema hinzuzufügen“, sagte sie. „Ich glaube an die totale Integrität des Präsidenten in dieser Sache.“ Weitere öffent-

che Erörterungen dieses Themas ließ sie nicht zu. Sie stellte lediglich fest: Es ist unsere Politik, keine tödlichen Waffen an den Iran oder Irak zu senden. Im übrigen dankte sie Ronald Reagan für die jüngsten amerikanischen Sanktionsmaßnahmen gegen Syrien, die sie „sehr effektiv“ nannte. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Rüstungskontrollfragen im Licht des jüngsten Gipfeltreffens in Reykjavik. Beide Seiten stimmten überein, daß in künftigen Abrüstungsverhandlungen ein Abkommen über Mittelstreckenraketen, eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen der USA und der Sowjetunion sowie ein Verbot aller chemischen Waffen Priorität gegeben werden sollte.

Es fiel auf, daß in dieser gemeinsamen britisch-amerikanischen Erklärung nicht von der in Reykjavik diskutierten völligen Abschaffung aller ballistischen nuklearen Raketen innerhalb von zehn Jahren die Rede war. Die britische Premierministerin

äußerte sich optimistisch über die Chancen eines Mittelstreckenraketenabkommens und über die Möglichkeit, daß die Sowjets zumindest in diesem Bereich ihre SDI-Vorhaben fallen lassen. Sie sprach sich dabei für die in diesem Bereich in Island vorgeschlagene europäische Null-Lösung aus, betonte jedoch zugleich, daß das Problem des sowjetischen Übergewichts an nuklearen Kurzstreckenwaffen und an konventionellen Waffen gelöst werden müsse. Auf fallend war, wie häufig und nachdrücklich Frau Thatcher in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Verifizierbarkeit dieses Abkommens betonte.

Die britische Premierministerin überbrachte Reagan zugleich eine Botschaft Generalsekretärs Gorbatschow, die ihr am Donnerstag über den sowjetischen Botschafter in London zugegangen war. Sie enthielt lediglich, daß diese Botschaft Gorbatschows Standpunkt zu den Gesprächen in Reykjavik darstelle.

USA: Syrien an 46 Anschlägen beteiligt

rr, Washington

An 46 Terroranschlägen, die während der vergangenen drei Jahre verübt wurden, hat es nach Darstellung des amerikanischen Außenministeriums Verhindungen zu Syrien gegeben. Eine jetzt veröffentlichte Aufstellung belegt die syrische Verwicklung in Anschläge und die Unterstützung von Terroristen. Bis 1983 seien syrische Stellen direkt in terroristische Aktionen, die sich meistens gegen andere arabishe Staaten richteten, verwickelt gewesen. Ende 1983 habe die Regierung in Damaskus dann entschieden, keine eigenen Leute mehr für diese Operationen einzusetzen, sondern sich auf nichtsyrische Terrorgruppen zu stützen. Es gebe Beweise dafür, daß Syrien seitdem in der Regel Terroristen unterstütze, deren Vorgehen im Interesse Syriens liege. Es gebe aber auch weiterhin die Bereitschaft zur direkten Beteiligung an Anschlägen.

Irans Botschafter stellt sich auf die Seite Reagans

Kongress ist entschlossen, die Teheran-Affäre heiß zu halten

wth, Washington

Angesichts der zum Teil scharfen Kritik, auf die die Iran-Initiative Präsident Reagans vor allem im Senat und in den Medien gestoßen ist, haben leitende Beamte des Weißen Hauses gestern eine Publicity-Kampagne gestartet. Nach 18monatigen Schweigen sollen die Hintergründe und die Motive der diplomatischen Annäherung an den Iran aufgeleuchtet werden. Dabei wies Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, vor allem auf den starken psychischen Druck hin, dem der Präsident in den vergangenen Monaten ausgesetzt war. „Da sind die Angehörigen der Geiseln, die uns anflehen, ihr müßt etwas tun, da sind Vorwürfe, in der Öffentlichkeit wir seien gefühllos. Doch wenn wir etwas tun, wird uns Menschenhandel vorgeworfen. Dieser Präsident aber ist ein Mann des Mitgefühls. Es verging fast keine Morgenkonferenz, die er nicht mit der Frage nach dem Schicksal der Geiseln begann“, erklärte Regan.

Zu den Verteidigern des Präsidenten in dieser Affäre gehören außer der britischen Premierministerin Thatcher und dem israelischen Außenminister Peres, der auf das große moralische Dilemma Ronald Reagans in diesem Konflikt hinwies, auch der iranische UN-Botschafter Chorassani, der von einem Wendepunkt der amerikanischen Iran-Politik sprach, „die nunmehr die strategische Macht und kulturelle Identität der islamischen Republik anerkennt“. Diese Äußerung wurde jedoch inzwischen durch den iranischen Präsidenten Ali Khamenei deutlich abgeschwächt, der

sagte, daß es keine Kompromisse mit den USA gebe, solange sie nicht „ihre aggressive Politik im Nahen Osten einstelle“.

Die Kritik an der Iran-Aktion des Präsidenten kommt vor allem aus jenen Kreisen, die von den Informationen des Weißen Hauses ausgeschlossen waren. Dazu gehören vor allem führende Politiker, die sich übergangen fühlen. So forderte der demokratische Senator Moynihan wiederholt den Rücktritt des Sicherheitsberaters Admiral Poindexter. Der Kongress ist im übrigen offenbar entschlossen, durch Anhörungen im Senat und Repräsentantenhaus die Affäre heiß zu halten.

Inzwischen hat der ehemalige Sicherheitsberater McFarlane, der in dieser Affäre eine Schlüsselrolle spielte, einige der wildsten Gerüchte zurückgewiesen, wonach er mit einem gefälschten Paß und mit einer Bibel und einem Kuchen als Gastgeschenk nach Teheran geflogen sei. „Wir wurden von den Iranern in Teheran mit normalem und üblichem Protokoll empfangen“, erklärte McFarlane. Er habe seine iranischen Gesprächspartner vor allem auf die Verwundbarkeit Irans durch die Sowjetunion hingewiesen.

Es schält sich immer deutlicher heraus, daß weder die CIA noch die Stabschefs im Pentagon in die Iran-Initiative eingeweiht und daß Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Shultz nur in groben Zügen informiert waren. Beide haben sich in den vergangenen Tagen mit öffentlichen Äußerungen zu dieser Affäre betont zurückgehalten.

Dohnanyi setzt sich durch

Hamburgs SPD gegen Neuwahlen / In Sachfragen mit CDU

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg
Neuwahlen sind in Hamburg für die SPD kein Thema - mit diesem Ergebnis ging der Landesvorstand nach einer Nachtsitzung auseinander. „Wir waren alle der Meinung, man könne das Wahlergebnis nicht verwerfen und dem Wähler zurückgeben“, sagte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi der WELT. Der Verlierer der Bürgerschaftswahl vom vergangenen Sonntag hat sich bei dem Führungsgremium mit seiner Linie durchgesetzt. Sie lautet: Keine Vereinbarung mit der GAL, aber auch keine Große Koalition. Die Sozialdemokraten streben allerdings eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der CDU in Sachfragen an. Nach der Bundestagswahl will die SPD der CDU ein Sachprogramm vorlegen. Schwerpunkte sind eine Wirtschaftspolitik, mit der die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft werden soll; eine Politik der Umweltsanierung; der Ausstieg aus der Kernenergie; eine Politik der „inneren Liberalität und Festigkeit“ und eine Politik, die die Gleichstellung der Frau vorantreibt.

Eine Senats-Beteiligung der CDU, die aus der Wahl als stärkste Partei hervorgegangen ist, lehnt die SPD ab. Sie will die Verhandlungen mit dem CDU-Wahlsieger, Hartmut Perschau, zwar „mit Respekt und in Bescheidenheit“ führen, doch Fraktionschef Henning Voscherau stellte auch klar: „Wir wollen aus den Gesprächen mit Herrn Perschau nicht mit dem Kopf unterm Arm herauskommen.“

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi hatte in der zehntägigen Sitzung seinen Genossen klar gemacht, daß vorrangiges Ziel die Regierungsfähigkeit der Hansestadt sein müsse. „Ich will nicht Reichsverweser einer verwesenen Stadt sein“, sagte der Präsident des Minderheits-Senats. Ob Dohnanyi die Handlungsfähigkeit zurückgewinnt, gilt innerhalb der SPD-Führung als zweifelhaft. Fraktionsvorsitzender Voscherau betonte ausdrücklich, daß die SPD sich auch „die Option der Opposition“ vorbehalte. Gerade diese Aussage dürfte auf dem Sonder-Parteitag Ende November bei den Genossen für Unruhe sorgen.

Stuttgarter Minister unter Beschuß

dpa, Stuttgart
Der baden-württembergische Umweltminister Gerhard Weiser (CDU) ist jetzt erstmals aus den eigenen Reihen wegen seiner Informationspolitik im Zusammenhang mit der Rheinvergiftung kritisiert worden. Ludger Reddemann, CDU-Abgeordneter im Stuttgarter Landtag und Präsident des südbadischen Bauernverbandes, erklärte, er selbst sei „von vorneherein“ von größeren Schäden informiert gewesen, als sie zunächst von Umweltminister Weiser herausgestellt worden seien.

Denkschrift „Friede mit der UdSSR“?

dpa, Berlin
Eine seelsorgerliche Wegweisung für die Kirchengemeinden zum Thema „Friede mit der Sowjetunion“ will die Regionalsynode West der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg auf der Frühjahrstagung '87 vorbereiten. In den Diskussionen über die geplante Schrift wurde jedoch keine Einigung darüber erzielt, ob von Frieden oder von Versöhnung mit der UdSSR gesprochen werden soll. Die Schrift dient gleichzeitig als Anregung für eine Denkschrift der EKD zu diesem Thema.

„Beim DGB einmischen“

Blüm-Aufruf an Arbeitnehmer / Parallele zu Biedenkopf

UR, Bonn
Nach dem Aufruf des nordrhein-westfälischen CDU-Chefs Kurt Biedenkopf an Arbeitnehmer, die CDU wählen, in die Gewerkschaften einzutreten (WELT v. 28.10.), hat sich nun auch die Bonner Parteispitze der Christdemokraten mit dem Verhältnis zum DGB auseinandergesetzt. Dabei wurde deutlich, daß nach der Bundestagswahl Möglichkeiten einer Klima-Verbesserung und einer Wiederbelebung gemeinsamer Gespräche gesehen werden.

„Wenn der Zustand der Gewerkschaften nicht gefällt, soll eintreten“, sagte Blüm laut dpa. Auch Biedenkopf hatte seinem Aufruf an die CDU-Mitglieder eine Analyse über den Zustand des DGB vorangestellt. Der unorthodoxe und in seinen eigenen Reihen nicht unumstrittene CDU-Vordenker hatte aus der „hausgemachten“ Gefährdung der Einheitsgewerkschaft den Schluß gezogen, Christdemokraten müßten jetzt die Chance wahrnehmen, ihre Vorstellungen in den DGB einzubringen.

So sagte CDU-Chef Helmut Kohl im Südwestfunk, er sei bereit, offiziell mit dem DGB zu reden, wenn der Rauch der Schlacht der Bundestagswahl verzogen sei. Der Kanzler belegte dieses Signal an den DGB mit einem Bekenntnis zu den Gewerkschaften: Sie hätten wichtige und konstruktive Beiträge zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Die Tatsache, daß Blüm nun den Faden aufgriff, belegt die Einschätzung der IG Bergbau, wonach Biedenkopfs Vorstoß insbesondere auf die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) gemünzt war - nicht zuletzt, um deren Stellenwert innerhalb der Union zu verbessern.

Von scharfen Tönen geprägt war hingegen eine Erklärung von CSU-Chef Franz Josef Strauß: Mit dem Skandal um die Neue Heimat hätten die „verflüchtigen Genossen“ des DGB und der mit ihm eng verbundenen SPD ihre Glaubwürdigkeit verloren. SPD und DGB hüteten nunmehr eine „ehrenwerte Gesellschaft“.

Liebe Mitbürger,

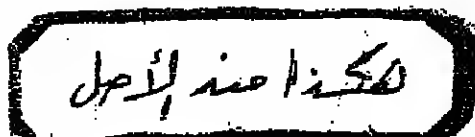
das Unglück in der Schweiz ist ein Rückschlag nicht nur für den Rhein, sondern auch für unsere Bemühungen, das Vertrauen in die Chemie durch unsere steten Umwelleistungen zu stärken. In den letzten zehn Jahren hatte sich die Wasserqualität des Rheins deutlich verbessert.

Wir, die deutsche chemische Industrie, bedauern diesen Unfall und seine Folgen. Wir sind fest entschlossen, auch in Zukunft mit aller Energie daran zu arbeiten, derartige Rückschläge zu vermeiden.

Wir haben in der deutschen Chemie einen hohen Sicherheitsstandard erreicht. Die bisher erzielten Erfolge bestärken uns in unserer Verantwortung für Mensch und Umwelt.

DIE CHEMISCHE INDUSTRIE informiert Sie. (Karlstraße 21, 6000 Frankfurt/Main)

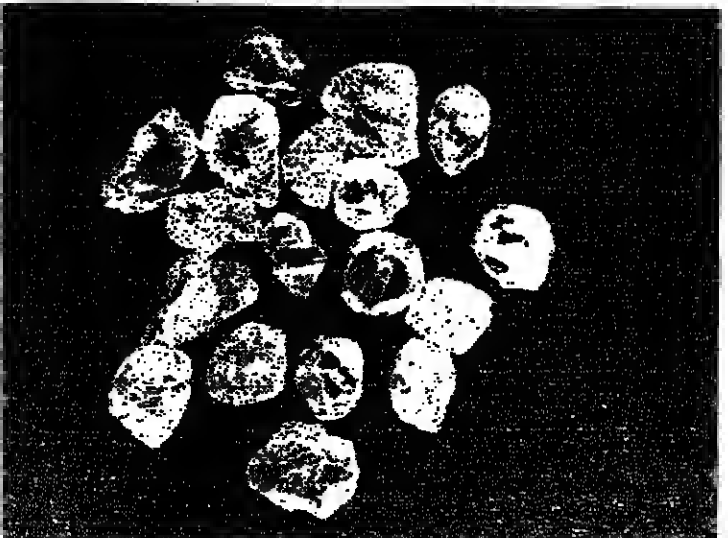
Fordern Sie die Umwelt-Leitlinien der Chemie an. Zum Ortstarif. ☎ 0130-5599



150 Jahre

Montag, 17. November 1986
Nr. 268

WELT DER WIRTSCHAFT



Diamanten aus Südafrika: Nach Aussage von Zac de Beer, einem der geschäftsführenden Direktoren des Industriegiganten Anglo American Corp., eignet sich für diese Edelsteine weder eine Drosselung der Exporte noch die Bildung von Kartellen mit der UdSSR als Mittel gegen Sanktionen. (S. 12)
FOTO: SVEN SIMON

WELTWIRTSCHAFT

Krise: Unbefriedigender Auftragsgang, sinkende Preise, der teure Yen und die Konkurrenz aus Südkorea haben die Lage in der japanischen Wertpapierindustrie 1986 weiter verschlechtert. (S. 12)

Schweiz: Eine Finanzinnovation, mit der erstmals auch Ausländer über Optionen Zugang zu eigenem Aktienmarkt bekommen sollen, findet bei institutionellen und privaten Anlegern großen Anklang. (S. 12)

Outlook: Die Wirtschaft der westlichen Industriestaaten wird nach einem Vorbericht der OECD in diesem Jahr voraussichtlich weniger wachsen als erwartet. (S. 12)

50 Jahre: Diese Frist forderte die Konferenz von 36 Entwicklungsländern in Lima von den Gläubigern als Obergrenze zur Rückzahlung der Schulden.

Ägypten: Der neue Ministerpräsident Ataf Sidki hat für Dezember ein umfassendes Wirtschaftsreformprogramm angekündigt.

Inflation: 4,4 Prozent im Oktober, Dies ist in Kanada die höchste Preissteigerungsrate seit Januar.

USA: Ein steiler Anstieg der Rückstellungen für Kreditverluste hat im dritten Quartal 1986 zu hohen Verlusten bei den amerikanischen Landwirtschaftsbanken geführt.

Konjunktur: Entgegen der Prognose im Herbstgutachten rechnen die deutschen Sparkassen für 1987 mit einem nachlassenden Wachstumstempo.

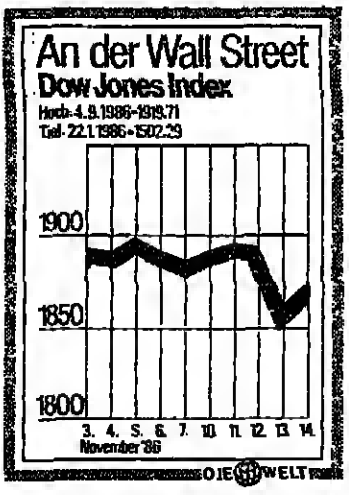
FÜR DEN ANLEGER

Zinsen: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) paßt die Konditionen für ihr KfW/ERP-Exportfinanzierungsprogramm an. Von heute an gilt für neue Bestellerkredite (ohne vorherige Reservierung) ein Zinssatz von 6,82 (6,68) Prozent p.a., für verbindliche Reservierungen werden 7,02 (6,88) Prozent verlangt.

Diskontsatz: Der frühere Finanzminister Hans Apel (SPD) hat die Bundesbank aufgefordert, bei der Zentralbankratsitzung am Donnerstag den Diskontsatz von 3,5 auf 3 Prozent zu senken.

Höchststrafe: Eine Geldstrafe in Höhe von 100 Mill. Dollar wurde jetzt gegen den New Yorker Börsenkaufmann Ivan F. Boesky wegen Insiderhandels verhängt. (S. 12)

Big Bang: Um den Insider-Handel besser bekämpfen zu können, hat der britische Handelsminister Paul Channon überraschend bereits am Wochenende schärfere



UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Bud: Das Aalener Unternehmen stellt jede zweite in der Bundesrepublik verkaufte Schneekette her. (S. 13)

IFC: Auf 34 Mrd. Kubikmeter stieg die Gas-Nachfrage der Kleinverbraucher. Der Absatz an die Industrie nahm um 4 Prozent auf 27 Mrd. Kubikmeter zu.

Bolzano: Mit Kurssteigerungen ihrer Aktien um fast 25 Prozent auf 88,10 hat die holländische Fondsgesellschaft das Geschäftsjahr 1985/86 (31. 8.) abgeschlossen. (S. 13)

Liquidation: Die Transworld Corp. die vor mehreren Jahren ihre Fluglinie Trans World Airlines (TWA) verkauft hat, löst sich auf. (S. 13)

Elektronica 86: Mit 121 000 Besuchern aus 67 Ländern verbauchte die Münchener Fachmesse für elektronische Bauelemente und -gruppen einen Zuwachs der Interessenten um acht Prozent.

HDW: Bei der Kieler Werft steht mittlerweile ein Führungswechsel bevor. Daß Michael

Deutsche Werftindustrie erhält großzügige Subventionen aus Bonn

Regierungshilfe für bis zu fünf Containerschiffe und für Bestellungen der Marine

HEINZ HECK, Bonn

Trotz der Einsparungen im Regierungsetat des 87er Bundeshaushalts wird die deutsche Schiffbauindustrie großzügig unterstützt. Dadurch sollen deutschen Werften amerikanische Aufträge für bis zu fünf Containerschiffe gesichert werden. Hinzu kommen Bestellungen der Bundesmarine für das dritte Flottendienstboot und für die Modernisierung von zehn U-Booten. Über die Details der Bonner Subventionen ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ende Oktober wurde gemeldet, daß die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, bei einem Auftrag der American President Lines (APL) für die Lieferung von drei Containerschiffen nicht zuletzt dank des persönlichen Einsatzes des Kanzlers gut im Rennen liegt. Um die internationale Konkurrenz aus Japan, Südkorea und Taiwan ausstechen zu können, genügt die hochmoderne HDW-Technik („Schiff der Zukunft“) allein nicht.

Für den Auftrag von rund einer Milliarde Mark, der der geschrumpften HDW-Belegschaft und den Zulieferern Auslastung für geraume Zeit sichert (Liefertermin Ende 1988), müssen der Bund und das Land Schleswig-Holstein tief in die Tasche greifen.

Die HDW-Muttergesellschaft, der bundeseigene Salzgitterkonzern, soll für den Ausgleich „zu erwartender Verluste“ bei HDW 112,5 Millionen Mark Bundeszuschüsse erhalten, erläuterte Manfred Carstens (Emstek), haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, die Beschlüsse Schleswig-Holstein muß ein Drittel der Summe, also 37,5 Millionen, dazu. Weitere 50 Millionen steuert der Verteidigungsminister aus seinem Etat bei. Davon erhält er 20 zusätzlich, die restlichen 30 muß er „aus eigenem Fleisch schneiden“, bemerkte Carstens.

Der Verteidigungsetat wird deshalb in Anspruch genommen, weil die NATO die Schiffe bei Nachschubproblemen in Anspruch nehmen kann. Andererseits, so ist zu hören, versüßen die USA das Geschäft mit der Zusage, bei deutschen Rüstungsaufträgen für 40 Millionen für antieiliger Forschungskosten zu verzichten.

Überraschend ist in letzter Minute noch die Auftragsvergabe für zwei weitere Containerschiffe ins Gespräch gebracht worden. Im Interesse der politischen Balance ist dabei nach Kiel jetzt an die Bremer Vulkan AG gedacht, wobei die Finanzierung nach den Äußerungen Carstens noch nicht abschließend geregelt zu sein scheint. Offenbar will sich der Bund nicht an der Finanzierung beteiligen.

Probleme hat auch die Bestellung des dritten Flottendienstboots bereitet, mit dem die Marine erst in den 90er Jahren gerechnet hatte. Die ersten beiden waren bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (FSG), dem größten Werftbetrieb der in Konkurrenz gegangenen Hermsdorf-Gruppe, bestellt worden. Deren Auffanggesellschaft, die „FSG neu“, so hieß es in Bonn, könne nun mit der Zusage auch des dritten Auftrags die beiden ersten ausführen. Für das dritte Boot wurden jetzt 181,5 Millionen zugesagt.

650 Millionen Mark wurden für die Modernisierung von zehn U-Booten der Klasse 206, davon je fünf bei der HDW in Kiel und der Thyssen Nordseewerke GmbH in Emden, bewilligt.

Bund bezieht aus Beteiligungen 323 Mill. Mark

HH, Bonn

Der Bund rechnet für 1986 mit Bruttoerträgen aus seinen Beteiligungen in Höhe von rund 323 Millionen Mark. Für die Erhöhung gegenüber 1985 von 37,5 Millionen nennt die Bundesregierung in der jetzt veröffentlichten Übersicht über „Beteiligungen des Bundes 1985“ die höheren Gewinnausschüttungen vor allem bei Viag, Veba, Volkswagen und der Industrieverwaltungsgesellschaft.

Bei der Beurteilung der Einnahmehöhe sei zu berücksichtigen, daß zahlreiche Unternehmen mit Bundesbeteiligung Zuwendungsempfänger seien oder bei ihrer Gewinnverwendung gesetzliche Beschränkungen zu beachten hätten. So stünde die Dividende aus der VW-Beteiligung (1985 rund 32,2 Millionen) unmittelbar der Stiftung Volkswagenwerk zu.

Die Zahl der bedeutenderen mittelbaren und mittelbaren Beteiligungen des Bundes und seiner Sondervermögen (mindestens 25 Prozent Anteil und 100 000 Mark Nennkapital) ist 1985 gegenüber dem Vorjahr von 474 auf 453 zurückgegangen. Schwerpunkte der Beteiligungen sind Industrie, Banken, Verkehrswesen, Wohnungswirtschaft sowie Forschungs- und Entwicklungspolitik. Die Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes oder seiner Sondervermögen sowie Veba und VW (Minderheitsbeteiligung) beschäftigten Ende 1985 517 600 (503 200) Menschen.

1986 hat der Bund unter anderem seinen unmittelbaren Anteil an der Viag auf 47,44 Prozent verringert; 12,56 Prozent hält die Kreditanstalt für Wiederaufbau.

AUF EIN WORT

Ein noch weiteres Absinken des Anteils der Rentenversicherung an der Finanzierung der Krankenversicherung der Rentner würde zu einer Überstrapazierung des Solidaritätsprinzips zwischen aktiv im Berufsleben stehenden Versicherten und Rentnern führen.

Friedrich-Wilhelm Sinsel, Vorstandsvorsitzender der Kantonsärztlichen Krankenkasse (KKKH), Hannover.
FOTO: HAASE

Opec nimmt sich Ölpreis von 18 Dollar vor

DW, Quito

Das Preiskomitee der Organisation erdölproduzierender Länder (Opec) hat am Wochenende einstimmig empfohlen, wieder einen Opec-Richtpreis für Rohöl von 18 Dollar je Barrel (159 Liter) einzuführen. Gegenwärtig kostet Erdöl zwischen 13 und 15 Dollar je Faß. Die Opec hatte vor einem Jahr das seit ihrer Gründung praktizierte System fester Preise aufgegeben, um ihren Marktanteil auszuweiten. Durch die von der Opec seit Ende März vorgenommene Erhöhung der Opec-Preise ist der Marktanteil der Opec-Länder gegenüber mehr als 50 Dollar vor dieser Entscheidung.

Über die Empfehlung des Ausschusses wird am 11. Dezember eine Opec-Ministerversammlung in Genf stattfinden. An einer Zustimmung sei „nicht zu zweifeln“, so daß der neue Richtpreis „spätestens am 1. Januar 1987“ in Kraft treten könne, hieß es in Opec-Kreisen.

Zweites Thema der Genfer Konferenz wird die Frage sein, ob die Opec-Staaten eine neue gemeinsame Höchstfördermenge festlegen sollen. Hierzu erklärte der stellvertretende Energieminister Ecuadors, Santos, daß die tägliche Gesamtfördermenge der Opec auf 17 Millionen Faß beschränkt werden müsse, soll ein Anstieg des Ölpreises erreicht werden.

Das Ölkartell hat gegenwärtig ein gemeinsames Produktionslimit von 16,8 Millionen Barrel pro Tag vereinbart, doch sollen mehrere Mitgliedsstaaten die ihnen zugewiesene Förderquote deutlich überschreiten. Die Erhöhung des Ölpreises auf 18 Dollar war von dem neuen saudischen Ölminister Naser vorgeschlagen worden.

Träume in Öl

Bm. - Es ist eine alte Weisheit, daß der Mensch in unentrinnbaren Situationen in Träume flieht. So auch die Opec, die Interessengemeinschaft von 13 ölfördernden Ländern. In Quito hat sie jetzt vereinbart, die Ölförderung auf 17 Millionen Faß pro Tag, das sind 850 Millionen Tonnen im Jahr, zu beschränken und den Preis allmählich auf 18 Dollar je Faß zu erhöhen.

Fromme Wünsche, denn schon bei gegenwärtigen Ölpreisen zwischen 14 und 15 Dollar je Faß und einer vereinbarten Quote von 16,8 Millionen Tonnen schwappt der Weltölmarkt über. Die Opec hat sich dem Gesetz des Marktes zu beugen, und das konstatiert, daß sie nur noch knapp 30 Prozent des Weltölbedarfs deckt nach einmal über 50 Prozent.

Aber nicht nur das Mengen-Einmaleins durchkreuzt die Opec-Wünsche. Die diffuse Interessenstruktur des Öl-Clubs, der niemals ein Kartell war, blockiert die Rückkehr zur Macht. Die einzelnen Länder halten sich nicht an die vereinbarten Quoten, immer wieder werden Mengen angeboten, die das Limit überschreiten - natürlich zu Preisen, die

Lebensgefahr

hg - Das Leben ist gefährlich - darauf sind in diesen Tagen auch die Grünen gekommen. Um uns vor dem Schlimmsten zu bewahren, fordern sie eine Ergänzung der Werbung für Autos nach dem Muster der Zigarettenwerbung: „Der Bundesverkehrsminister: Autofahren gefährdet Leben, Gesundheit und Umwelt.“ Wieso eigentlich nur Autofahren? Fliegen kann auch ganz schön gefährlich werden. Die Eisenbahn baut hin und wieder Unfälle, beim Radfahren gibt es gelegentlich böse Verletzungen, und selbst der Fußgänger ist seines Lebens nicht immer sicher. Mithin müßte die Werbung für Flugreisen, Bahnfahrten, Fahrräder und Schuhe auch diesen Hinweis tragen. Nicht zu vergessen die für Schlafzimmer, denn die meisten Menschen sterben im Bett.

Teure Gesundheit

Von THOMAS LINKE

Wird die Krankenversicherung bald noch teurer? „Krankenkassen läuten die Alarmglocken.“ „Blüm fordert Opfer von allen Beteiligten.“ So lauten regelmäßig die Überschriften in den Gazetten zu einer Versammlung, die einmal im Frühjahr und Herbst die Gemüter beschäftigt: Die konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen.

Heute ist es wieder so weit. Und auch das Sujet ist nicht neu: Der drohende finanzielle Kollaps beschäftigt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Ärzte, Zahnärzte, Vertreter der Krankenkassen, der Pharmaindustrie und der Krankenhäuser. Allein in diesem Jahr droht ein Defizit von rund 1,5 Mrd. Mark in der gesetzlichen Krankenversicherung. In den zwei Jahren davor haben die Kassen bereits 5,4 Milliarden Mark mehr ausgegeben als eingenommen. Die Beitragssatzanhebungen zu Anfang dieses Jahres sind noch in Erinnerung. Wieviel Sprengstoff auch diesmal im Vorfeld mit schwang, haben die Tage vor dem Treffen gezeigt.

Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Streit zwischen Krankenhäusern und Ärzten, wer denn nun für die um eine halbe Million auf 12,62 Millionen angestiegenen Krankenhausauffälle verantwortlich ist. Die niedergelassenen Ärzte seien durch den Konkurrenzdruck vermehrt zu Einweisungen gezwungen, meinte die Deutsche Krankenhausesellschaft. Als „töricht“ wies die Kassenärztliche Bundesvereinigung dies zurück, da es wohl keinen Patienten gäbe, der freiwillig ins Krankenhaus geht.

So kurz vor der Bundestagswahl wird es bei den Gesprächen keine revolutionären Schritte geben. Geplant ist lediglich eine gemeinsame Stellungnahme zu dem rasanten Kostenanstieg im Bereich Heil- und Hilfsmittel - im ersten Halbjahr 8,5 Prozent. Wie problematisch daran über hinaus Festlegungen sind, hat ein Streit dieses Jahres gezeigt: Haben die Krankenhäuser nun gegen eine „Empfehlung“ verstoßen oder eine „Erwartung“ nicht erfüllt, als ihre Ausgaben mit fast sechs Prozent doppelt so stark wuchsen wie die Arbeitseinkommen? Tatsache bleibt, daß die Hospitaler, die ein Drittel der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung verursachen, für den Ausgabenanstieg Hauptverantwortlichen sind.

Kurzum: Wenn sich die geplagten Gesundheitsfunktionäre am späten Abend auf den Weg machen, werden sie keine Musterlösung im Koffer haben. Diese wird hoffentlich

die nächste Legislaturperiode bringen. Spätestens zur Halbzeit der vier Jahre müssen konkrete Maßnahmen auf den Tisch.

Dann wird man auch an den Leistungen nicht mehr vorbeikommen. Müsse es denn wirklich sein, daß nun auch die Leuchtkugel am Rollstuhl oder das Bedürfnis nach Yoga-Übungen von der Kasse finanziert wird, fragte dieser Tage ein Arztfunktionär nicht ohne Berechtigung? Sicher sollten wir das Anspruchsdenken wieder näher an den knappen Finanzen orientieren, damit das Gesundheitssystem - auch im Ausland als eines der besten der Welt angesehen - weiterhin finanzierbar bleibt.

Auch wenn Finanzminister Stoltenberg es nicht gerne hören mag: Der Ruf nach einem Bundeszuschuß für die chronisch defizitäre Krankenversicherung der Rentner wird lauter. Höhere Beiträge der Rentner sind jedenfalls erstmalig ab dem 1. Juli 1987 gleich wieder 0,7 Prozent mehr für ihre Krankenversicherung bezahlen müssen.

Dann sind sie mit dem zur Hälfte von der Rentenversicherung bezahlten Beitrag bei insgesamt 11,8 Prozent. Eine Angleichung auf den im nächsten Jahr sicher nochmals auf 12,5 bis 12,8 Prozent gestiegenen Durchschnittsbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung läßt sich politisch einfach nicht verkaufen.

Das wohl heikelste Thema bleibt die Selbstbeteiligung. Die eingeführte Selbstbeteiligung von 2 Mark pro Medikament hat in vielen Fällen dazu geführt, daß nun größere Packungen verschrieben werden. Auch daß die Patienten nun sogenannte Bagatelldarstellungen wie die Gruppe der Arzneimittel bei Erkältungskrankheiten selbst bezahlen müssen, hat zu bedenkliehen Substitutionsverordnungen von harten Medikamenten geführt.

Will man den Patienten stärker an seinen Gesundheitskosten beteiligen, muß dies beachtet werden. Auch eine Selbstbeteiligung ohne soziale Komponente ist im Grunde nicht vorstellbar - denn die Älteren der Gesellschaft, die häufig Kranken und auch die mit vielen Kindern werden überproportional stärker zur Kasse gebeten. Auch wenn das Grundprinzip nur heißen kann, mehr Markt in den „Unmarkt“ Gesundheitswesen zu bringen, die Folgen sind genau zu überlegen.

Berg- und Talfahrt der Aktienkurse

Wall Street schafft die 1900-Punkte-Marke wieder nicht - Neue Übernahmegegerichte

G. BRÜGGEMANN, New York

Die Aktienkurse an der Wall Street bewegten sich in der vergangenen Woche wie auf einer Berg- und Talfahrt. Nach mäßigen, aber stetigen Gewinnen in den ersten Tagen gab es am Donnerstag einen starken Kurseinbruch, der den Dow-Jones-Industrieindex um mehr als 31 Punkte fallen ließ.

Zwar ging es am Wochenschluß dann wieder nach oben, aber der erhoffte Durchbruch zur 1900-Punkte-Marke konnte wieder nicht erreicht werden. Im Gegenteil, im Wochenvergleich verlor der Dow-Jones-Index 12,94 Punkte auf 1873,59. Auch die breiter angelegten Indizes der Nyse und Standard Poors 500 gaben in der Woche um 0,78 auf 140,72 Punkte und 1,27 auf 244,50 Punkte nach.

Sowohl der Kurseinbruch am Donnerstag wie auch die Erholung vom Freitag waren nicht auf geänderte ökonomische Daten zurückzuführen. Sie beruhten weitgehend auf veränderten Einschätzungen von Übernahmepekulationen. Während sich am Donnerstag die Ansicht durchgesetzt hatte, daß zahlreiche anvisierte Über-

nahmen nicht zustande kommen würden, wodurch der große Abgabedruck entstand, fachten zum Wochenschluß neue Gerüchte die Phantasie der Anleger wieder an.

Dabei hatte es im Verlauf der Woche Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung gegeben, die durchaus Beachtung verdient hätten. In erster Linie ist hier der scharfe Rückgang der Einzelhandelsumsätze im Oktober um 19 Prozent zu nennen.

Fachleute weigern sich allerdings, aus dieser bemerkenswert hohen Zahl auf einen nachhaltigen Rückgang der Verbrauchernachfrage zu schließen, weil vor allem im September durch Sonderaktionen die stark forcierten Automotivverkäufe wieder auf Normalmaß zurückgingen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch warnende Stimmen, die im kommenden Jahr mit niedrigeren Konsumausgaben rechnen, weil die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer kaum noch wachsen.

Gute Nachrichten gibt es über die Preisentwicklung. Auf der Großhandelsebene sind die Preise im Oktober um 0,3 Prozent nach 0,4 Prozent im

RUHRKOHLE - ENERGIE UND WIRTSCHAFTSFAKTOR

Ruhrkohle - eine sichere und umweltfreundliche Energie. Arbeit für mehr als 100.000 Menschen. Und darüber hinaus: Impulse für die übrige Wirtschaft. An jedem Arbeitstag kauft die Ruhrkohle für 30 Millionen DM ein. Bei Maschinenherstellern genauso wie bei Computerfirmen. Ruhrkohle - Existenz für insgesamt 1 Million Menschen. SICHER UND SAUBER.



Wintersport als Umsatzmotor

Schneeketten-Hersteller Rud will den Export verstärken

n. Aalen. Der Wintersport ist für uns ein wesentlicher Motor... konstant Hansjörg Rieger, geschäftsführender Gesellschafter der Rud-Kettenfabrik Rieger & Dietz GmbH u. Co. KG, Aalen-Untertochern.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) hat das Unternehmen seinen Umsatz weiter um 4,1 Prozent auf 126 (Vorjahr: 121) Mill. DM gesteigert. Der konsolidierte Gruppenumsatz (einschließlich der brasilianischen Produktionsstätte) hat auf 136 (130) Mill. DM zugenommen.

Das gute Börsenklima genützt

Fondsgesellschaft Rolinco erzielte hohe Kurssteigerung

Py. Düsseldorf. Die Einnahmen aus Dividenden und Zinsen betragen 1985/86 79,5 (100,2) Mill. hfl. Der Gewinnsaldo belief sich auf 66,2 (90,9) Mill. hfl. Aus dem steuerlichen Gewinn von 71 (98) Mill. hfl. muß nach den Bestimmungen der Niederlande 1,16 hfl pro Aktie ausgeschüttet werden.

Das Rolinco-Vermögen nach Gewinnverteilung erreichte 1985/86 rund 5,13 (4,99) Mrd. hfl. Davon waren nach Branchen 30 (27) Prozent in Aktien von Herstellern von Verbrauchsgütern angelegt.

Nach Ländern führten bei den Anlagen die USA (28 Prozent) vor Japan (27), den Niederlanden (8) und der Bundesrepublik (7 Prozent).

Ehrgeiziges Kreditprogramm bis 1990

Interamerikanische Entwicklungsbank lobt die Zahlungsmoral der Schuldnerländer

INGE ADHAM, Frankfurt. Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) will ihre Ausleihungen an lateinamerikanische Entwicklungsländer in den kommenden vier Jahren auf 20 bis 25 Mrd. Dollar steigern.

Das bedingt natürlich auch entsprechend hohe Kapitaleinzahlungen und Zusagen der 44 Mitgliedsländer, über die zur Zeit noch diskutiert wird, ebenso wie über die geplante Neuausrichtung der Bank und einen stärkeren Einfluß der Geberländer bei der Kreditvergabe.

Die Stimmeneinheit in den Exekutivorganen der Entwicklungsbank liegt bei den lateinamerikanischen Mitgliedsländern. Ziel der jetzt diskutierten Änderungen ist eine größere Flexibilität der Bank, die in Zukunft nicht nur bestimmte Projekte, sondern auch mit etwa einem Fünftel

Hilton-Hotels werden verkauft

Muttergesellschaft Transworld Corp. löst sich auf

dpa/VWD, New York. Die Transworld Corp., die vor mehreren Jahren ihre Fluglinie Trans World Airlines (TWA) verkauft hat, löst sich auf. Wie der Hotel- und Gaststättenkonzern am Wochenende überraschend mitteilte, soll die Tochtergesellschaft Hilton International Co. für mindestens eine Milliarde Dollar zum Verkauf ausgeschrieben werden.

Neben den Hotels will Transworld auch den Rest der Gesellschaft veräußern. Dies betrifft die Kantinenbetriebsgesellschaft Carleton Corp. ebenso wie die Tochtergesellschaft Sparan, die mehr als 300 Schnellrestaurants („Hardes“) und 200 Steakhäuser („Quincy's Family“) betreibt.

Der Erlös aus dem Hilton-Verkauf soll den Aktionären in der Form einer Dividende zukommen. Allein der

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Ralf Horn: Alle wichtigen Tests zur Auswahl von Bewerbern. Heyne Verlag, München 1986. 155 S., 9,80 Mark.

Or Schüler, Azubi oder Karriere-macher - niemand kommt mehr an Tests vorbei. Sie messen von Intelligenz und Ausdauer bis zu Engagement und Durchsetzungsvermögen (fast) alles. Viele Kandidaten begegnen ihnen mit Mißtrauen, Angst und Nervosität, während der Tester häufig kompromißlos auf die Resultate vertraut.

André Kostolany: Kostolany's Börsenlexikon. Econ Verlag, Düsseldorf 1986. 248 S., 39,80 Mark.

Mit diesem Buch liegt der wohl erfahrenste Börsenprofi, André Kostolany, die Summe seiner in mehr als 50 Jahren an den großen Börsen dieser Welt erworbenen Erfahrungen vor. Neben den drei großen G's - Geld, Geduld und Glück - gehören, um an

PERSONALIEN

Reinhold Schulte (38) wird am 1. Januar 1987 stellvertretendes Vorstandsmitglied der Signal Versicherungen, Dortmund. Er ist Nachfolger von Gerd Diehl, der in den Vorstand der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG berufen wurde.

Dr. Klaus Heiss, Dr. Peter Hoch und Dr. Martin Schäffle werden mit Wirkung vom 1. Januar 1987 von stellvertretenden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Bayerischen Hypothek- und Wechselbank AG, München, berufen.

Dr. Gerhard Müller, Vorstandsmitglied der Bayerische Rückversicherung AG, München, tritt zum Jahresende in den Ruhestand und wird sich der in Gründung befindlichen Allgemeinen Familien-Lebensversicherung AG, München, als Vorstandsmitglied zur Verfügung stellen. Seine Nachfolge tritt Inge Mahstedt an.

Dr. Oswald Hager, geschäftsführender Gesellschafter der Hager Elektro GmbH & Co., Enselheim-Saar, vollendete am 16. November sein 60. Lebensjahr.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Philipp Maier, Doronrup; Düsseldorf: Pils Verlag u. Werbemaschinen; Frankfurt: Nachl. d. Helmut Kahl; Fünke; Gelsenkirchen: Gabriele Homuth; Hamburg: Freight Services (Europa) GmbH; Inzebe; Ing. grad. Günter Beermann GmbH; Krefeld: EBM; Nachl. d. Franz Waffenschmidt; Ludwigshafen: Nachl. d. Herbert Ubrecht; Mannheim: La Romana Lebensmittel-Import GmbH; Paderborn: Oldenburg Orga-Kopiersysteme GmbH; Passau: Bau- und Möbelschneiderei Stürmer & Flein GmbH; I. L. Grafenau; Reutlingen: Gottlieb Bazlen, Kaufmann, Metzinger; Schweinfurt: Nachl. d. Maria Marika Maibach, geb. Komarek; Bad Kissingen: Straubing Gebel GmbH; Stuttgart: Nachl. d. Lothar Löffler.

Anschluss-Konkurs eröffnet: Bonn: Wandermagazin-Verlag GmbH; Düsseldorf: MJO Heizungs-Rohrleitungs-GmbH; Göttingen: König und Partner GmbH; Osterholz-Scharmbeck: Maritime Internationale Expedition und Handelsgesellschaft mbH; Worswede: Strittger; Hugo Scherbenke, Schneidermeister, Püdderhausen; Vergleich beantragt: Seesen: Kossas KG; Wetzlar: Meiser Vertriebs-ges. mbH & Co. KG.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Vergleich beantragt

Pinneberg/Husum (VWD) - Der Kaugummihersteller All Sweets GmbH (Marke „OK“), Husum, hat überraschend beim Amtsgericht Husum Vergleichsantrag gestellt. Das Unternehmen, das in Pinneberg produziert, erzielte 1985 mit 350 Mitarbeitern einen Inlandsumsatz von etwa 70 Mill. DM und ist damit nach eigenen Angaben der größte Kaugummihersteller der Bundesrepublik.

Hako übernimmt

Ottistoe (VWD) - Die Hako-Werke GmbH & Co. in Oldesloe hat die Übernahme der Hiko-Chemie B. V. durch die holländische Hako-Tochter Hako-Holland Holding B. V. bekanntgegeben. Hiko produziert in den Niederlanden Reinigungs-Chemie und vertreibt gewerbliche Reinigungsgeräte.

Danfoss entläßt

Flensburg (VWD) - Die Danfoss-Werke in Flensburg und Schleswig werden bis zum 1. März 1987 insgesamt 180 Mitarbeiter entlassen.

Ifo: Japan bleibt schwierig

München (dpa/VWD) - Japans historische gewachsene Bezugs- und Verteilungssysteme in der Wirtschaft diskriminieren ausländische Hersteller zwar nicht gezielt, erschweren aber jedem Neuling den Marktzugang. Japan bleibe trotz eines individuellen Konsumverhaltens wegen seiner Beziehungsgeflechte zwischen Lieferanten und Abnehmern ein schwieriger Markt, auf dem nur Dauer-Präsenz Erfolg verspreche, ergab eine Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München.

Sperry Aerospace verkauft

Detroit (VWD) - Honeywell Inc. wird von Unisys Corp. den Raumfahrtbereich von Sperry übernehmen. Der Kaufpreis wird mit 1,025 Mrd. Dollar angegeben. Sperry Aerospace erzielt mit 9000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 700 Mill. Dollar. Über den Verkauf von zwei weitere

2000 Stellen unbesetzt

Hamburg (dpa/VWD) - Bei der Deutschen Bundespost sind nach den Worten des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Postingenieur, Peter Noeske, etwa 2000 Ingenieurstellen unbesetzt. Der Ingeniemangel verhindere einen zügigen Ausbau von Zukunftstechniken wie dem Breitband-Kommunikationsnetz ISDN. Es sei daher nötig, über eine bessere Bildung Ingenieure von der Industrie abzuwerben. So verdiene ein Ingenieur im gehobenen fernmeldetechnischen Dienst im 1. Berufsjahr 1092 DM brutto, in der Industrie aber 3500 bis 4200 DM.

Messe in Kamerun

Jaunde (AFP) - In Anwesenheit von Bundesentwicklungshilfeminister Jürgen Warnke hat der Präsident von Kamerun, Paul Biya, am Wochenende Samstag in Jaunde eine deutsche Verbrauchermesse eröffnet. An rund 100 Ständen präsentieren etwa 80 Firmen aus der Bundesrepublik bis zum 23. November auf rund 5000 Quadratmetern einen Querschnitt der deutschen Wirtschaft. Nach Angaben der Veranstalter handelt es sich um die größte Wirtschaftsmesse, die seit 1960 in Schwarzafrika organisiert wird.

Wochenschlußkurse

Table with columns for New York, Toronto, and Tokyo stock market closing prices. Includes various company names and their corresponding prices.

Advertisement for Gold Maple Leaf. Text: 'Kaufen Sie jetzt Gold vom Feinsten: den Maple Leaf aus Kanada.' Includes an image of a gold coin and a large upward-pointing arrow graphic.

BUNDESLIGA / Thomas Allofs schwer verletzt, aber Schiedsrichter hatte kein Foul von Kaltz gesehen

Der 14. Spieltag in der Statistik: Nur 23 Tore

Leverkusen - Mannheim	0:0
Bremen - Schalke	0:0
Flautern - Düsseldorf	2:1 (2:0)
Nürnberg - Berlin	2:2 (2:1)
München - Homburg	3:0 (2:0)
Frankfurt - Uerdingen	1:0 (0:0)
Bochum - Stuttgart	0:1 (0:0)
M'gladbach - Dortmund	2:2 (1:1)
Hamburg - Köln	1:0 (0:1)

Bochum - Stuttgart 0:1 (0:0)
 Bochum: Zumbrock - Kempe - Gascio, Kree - Ruckers, Oswald, Gb Schulz, Benatelli, Lameck, Wozek - Neff 95, Wegmann, Leifeld, - Stuttgart: Imme, Schuler - Gb Schulz, Buntzsch, Allgower, Seifried, - 100 Pusch, Hartmann, Müller, - Kilmann, Morke, - Schiedsrichter: Mierzwang, Uetzer, - Tore: 01. F. Müller (89. Min.) - Zuschauer: 18.000 - Gelbe Karte: Wozek (84.), Schröder (83.), Zischewitz, Allgower.

Bremen - Schalke 0:0
 Bremen: Burdenski - Schorr - Rulländer, Otten - Schraf, Hermann, Volava, Burgsmüller, Meier - Wöller, Erdmann - Schalke: Puskas - Harnes - Krause, Jakobs - Rahn, Bietram, Klingpinger, Patzsch, Thien - Wamann (89. Min.) - Schiedsrichter: Schiedsrichter: Eos (Friedrichsdorf) - Zuschauer: 25.000 - Gelbe Karte: Harnes (14. Min.)

M'gladbach - Dortmund 2:2 (1:1)
 M'gladbach: Kamps - Brund - Wink, Hild, Borowka - Krass (73. Min.), Kohnen, Balogh, Lison (82. Min.), Franzke - Rahn, Trinius - Dortmund: de Beer - Pungelsoff - Srock, Hupf, Kuzowski (86. Min.), Lusch, Zorc, Raducanu, Helmur - Dickel (70. Min.), - Schiedsrichter: Eutschor, Eschweiler, - Tore: 01. Rahn (12. Min.), 11. Rahn (21. Min.), 21. Rahn (85. Min.), 22. Srock (89. Min.) - Zuschauer: 22.000 - Gelbe Karte: Zorc (81.)

Leverkusen - Mannheim 0:0
 Leverkusen: Volloor - Horster - Zarter, Reinhardt - Golt, Schriber, Hausmann, Hinderberger (53. Min.), Rolfi - Wasa, Tschä, - Mannheim: Zimmermann - Sebers - Köhler, Zemanits, Dickhäuser, Quastner, Borchers, Scholz, Houn - Bührer, Walter (80. Min.), - Schiedsrichter: Umbach (Köln) - Zuschauer: 11.000 - Gelbe Karte: Hinderberger (14. Min.), Golt (12. Min.), Bührer (14.)

München - Homburg 3:0 (2:0)
 München: Pfaff - Augenthaler - Eder - Naeblweik, Mathias, Erehmu, Pfleger, Baumgärtel (74. Min.), - Homburg: Hoenes, Lunde - Homburg: Scherer - Wölschell - Lebong (80. Min.), Müller, Mördorf, Beck - Knoll, Buncol, Dooley, Jambu, Franken - Schäfer (80. Min.), Freiler, - Schiedsrichter: Eroska (Gelsenkirchen) - Tore: 10. Mathias (11. Min.), Handl (50. Min.), 20. Wölschell (40. Min.), 30. Naeblweik (83. Min.) - Zuschauer: 24.000 - Gelbe Karte: Jambu.

Frankfurt - Uerdingen 1:0 (0:0)
 Frankfurt: Gundeloch - Bornhold - Köberl, Krass - Sievers, Müller, Kraus, Falkenauer, Bina (70. Min.), Mitchell, Smolok, - Uerdingen: Vollack - F. Funke - Dörmann (78. Min.), W. Funke, Wolfram - van de Loo, Klingner, Büllinger, Edvasson, Bommer (83. Min.), Kirchhoff, Kuntz, - Schiedsrichter: Osmer (Bremen) - Tore: 10. Müller (90. Min.) - Zuschauer: 12.500 - Gelbe Karte: Sievers (12. Min.), Vollack (12. Min.), van de Loo, Wölschell.

Nürnberg - Berlin 2:2 (2:1)
 Nürnberg: Kogke - Reuter - T. Brunner - Giese (75. Min.), Grabmann, Schwab, Geper, Lieberwirth (88. Min.), Philippowski - Stenzel,

Knoppe Punktstände an der Spitze der Tabelle garantieren Spannung - aber noch lange keine Qualität. Der 14. Spieltag ist der Beweis. Die vier führenden Mannschaften quälten sich mit wechselndem Erfolg durch ihre Heimspiele. Leverkusen und Bremen mußten sich mit einem 0:0 begnügen, Münchens 3:0 über Homburg war glanzlos, Hamburgs 1:0 über den 1. FC Köln glücklich.

Am Tabellenende scheint eines schon deutlich zu werden: Ein Trio setzt sich noch unten ab. Blau-Weiß Berlin sorgte dafür, daß Nürnberg sein Bundesliga-Rekordergebnis einstellen konnte. 7:2 gewannen die Nürnberger schon einmal in der Saison 1965/66 - gegen Tasmania 1900 Berlin, den späteren Absteiger. Homburgs und Düsseldorf's Niederlagen entsprachen den Erwartungen.



Kritik und Beleidigungen für die Schiedsrichter stunden auch wieder einmal auf dem Spielplan. Zeigen „Spitzenleistungen aus dem Bereich der Fäkalisprache“ (DFB-Chefankläger Kindermann) den Weg in immer neue Brutalitäten auf. Uerdingens Torwart Vollack über Schiedsrichter Osmer: „Der Schweinehund.“ In Hamburg wurde der Kölner Thomas Allofs bei einem Foul von Manfred Kaltz schwer verletzt.

Uwe Rahn und die Wandlung

B. WEBER, Mönchengladbach
 Der Sportinformations-Dienst (sid) nennt ihn den „neuen König vom Bökelberg“. Bild am Sonntag bewertete den Auftritt von Borussia Mönchengladbachs Nationalspieler Uwe Rahn beim 2:2 gegen Borussia Dortmund mit der Note eins. Das heißt Weltklasse. Und bei allen besteht Einigkeit darüber: daß sich Rahn, der am Samstag wieder zwei Tore erzielte und der mit nunmehr neun Treffern die Torschützenliste anführt, in der Form seines Lebens befindet.

Was der so hochgelobte Rahn selbst als „sensationell“ und beinahe unheimlich“ bezeichnet. Sein Trainer Jupp Heynckes ist hingegen weniger überrascht von dem seltenen Ausstieg. Der sei die logische Konsequenz der Ernsthaftigkeit, mit der Rahn seine persönlichen Niederlagen bei der Weltmeisterschaft aufgearbeitet habe. Dazu Jupp Heynckes: „Es hat zwar lange gedauert, aber Uwe hat inzwischen wohl eingesehen, daß er in Mexiko viel zu empfindlich reagiert hat, als er von Teamchef Franz Beckenbauer nicht berücksichtigt wurde. Er hat damals resigniert, statt um seinen Platz in der Mannschaft zu kämpfen.“

Tatsächlich bot der Mönchengladbacher bei der Weltmeisterschaft ein meist jammervolles Bild. Den Kopf ließ er zum Schluß meistens zwischen den Schultern hängen. So schlichen in Mexiko 1,87 Meter Selbstzweifel über den Trainingsplatz. Von Beckenbauer fühlte sich Rahn maßlos enttäuscht. Das Gespräch mit dem Teamchef suchte er nicht, „weil ich ja schließlich auch meinen Stolz habe“. Und auf die Beckenbauer-Aussage: „Uwe, in der Zukunft baue ich auf dich.“ In Mexiko-Rückflug, da reagierte der Gladbacher erst kritisch. Diese Haltung verstärkte Uwe Rahn noch, als er beim ersten Länderspiel nach der Weltmeisterschaft, beim 2:0 in Dänemark, zunächst wiederum nur auf der Ersatzbank saß. Zu Hause im Verein ließ er ebenfalls nicht. Die Mönchengladbacher begannen die neuen Saison mit einem geradezu klassischen Fehlstart. Und wieder reagierte Rahn fast depressiv.

Die Trendwende wurde erst eingeleitet, als sich Heynckes seinen Mittelfeldspieler richtig zur Brust nahm. Der Trainer machte dem 24jährigen eindringlich klar, daß er nun aufgerufen sei, Verantwortung zu übernehmen. Rahn meinte heute: „Da ist mir zum erstenmal die Vorbildfunktion, die mir Heynckes anvertraut hatte, so richtig klar geworden. Und ich habe alles daran gesetzt, den Trainer nicht zu enttäuschen. Dazu war ich schon deshalb verpflichtet, weil der in meinen vorangegangenen Krisen stets bedingungslos zu mir gestanden hat.“

Dem Blondschock kann, als er quasi am Scheideweg seiner Karriere stand, zugute, daß er in Mönchengladbach eine neue Position einnehmen mußte. Weil Stürmerkollege Hans-Jörg Criegs nach einer Operation ausfließen verlagerte Rahn seinen Tätigkeitsbereich vom vorderen Mittelfeld direkt in die Angriffsspitze. Dort konnte er dann seine Möglichkeiten am besten entfalten. Seine Form stieg stetig.

Jupp Heynckes dankte es Rahn bei der letzten Trainingspause, als er sich intensiv mit Beckenbauer unterhielt und ihm empfahl, dem „geifteten Uwe“ einen Stammplatz im Nationalteam einzuräumen. Doch was dieses Thema betrifft, bleibt der Torjäger reserviert. „Ich habe Zweifel, daß es dazu kommen wird.“ Die größte Sorge von Rahn freilich scheint ausgeräumt. Er befürchtet, daß Heynckes den Verein am Saisonende verlassen könnte. Das hat gewiß im Raum gestanden, ist aber wohl nicht mehr aktuell. Der Trainer in einem Gespräch mit der WELT: „Ich werde meinen Vertrag verlängern.“

Trotzig sagt der Übeltäter: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt“

Von ULRICH DOST
 Die Diagnose im Kölner Krankenhaus war niederschmetternd für Thomas Allofs (26): In seinem rechten Knie waren die Kreuzbänder gerissen. In der Nacht zum Sonntag wurde der Kölner Stürmer noch bis 1.30 Uhr operiert. Für Thomas Allofs beginnt damit ein langer Leidensweg, dessen Ende nicht abzusehen ist. Für den Verein aber steht heute schon fest: Der für 1,7 Millionen Mark vom 1. FC Kaiserslautern verpflichtete einmalige Nationalspieler wird in dieser Saison nicht mehr spielen können. Manager Michael Meier (37): „Wir gehen davon aus, daß Thomas Allofs ebenso lange ausfallen wird wie in der vorigen Saison Stefan Engels, der mehrere Monate nicht zur Verfügung stand.“ Der Rib der Kreuzbänder ist so ziemlich die schwerwiegendste Verletzung, die sich ein Fußballspieler zuziehen kann, weil bis zur Heilung eine sehr lange Therapie vonnöten ist.

Zugefügt hat dem Kölner die Verletzung der Hamburger Manfred Kaltz (23). Bei einer vollkommen harmlosen Szene fast an der Mittellinie stieg der 69jährige Nationalspieler überaus hart gegen Thomas Allofs ein. Die Chance, an den Ball zu kommen, war für Kaltz gleich Null, weil Allofs schneller war. Dennoch griff Kaltz mit gestrecktem Fuß an und traf das Bein seines Gegners. Stefan Engels, der direkt daneben stand, wollte auf Kaltz losgehen, der aber verschwand vom Tatort. Engels: „Da gibt es überhaupt nichts. Das war klare Arbeit von Kaltz. Ich habe ihm gesagt, daß er ein Arsch ist.“ Allofs aber blieb am Boden liegen.

erklärend, was er angerichtet hatte. Vor dem Mikrofon des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sagte er, daß er noch nie jemand absichtlich verletzt habe. Später wurde er gefragt, ob er sich nicht bei seinem Kollegen entschuldigen wolle. Kaltz, ganz eiskalt, entgegnete: „Bei mir hat sich auch noch niemand entschuldigt.“ Kaltz war der Ansicht, er habe Allofs lediglich am Schienbein getroffen. Die Verletzung habe er ihm zugefügt, als er auf ihn gefallen sei.

nach dem Spiel: „Also da hört es irgendwo auf. Und Kaltz kriegt noch nicht einmal die Karte gezeigt.“ Klaus Allofs (29), der ältere Bruder von Thomas, schimpfte über den Hamburger: „Er ist doch ein erfahrener Spieler, der weiß, was passiert, wenn man derart hart einsteigt. Ich habe nichts gegen ein hartes Spiel, das kann immer etwas passieren, aber irgendwo sind Grenzen.“ Im ersten Augenblick haben die Allofs-Brüder daran gedacht, Kaltz zu verklagen. Doch dann hat es sich Klaus Allofs überlegt: „Das bringt doch nichts.“



Die Schmerzen des Thomas Allofs und vorausweisende Kölner Blicke zum Schiedsrichter

Ud auch Torwart Harald Schumacher (32) war erzürnt: „Einen schönen Gruß an Herrn Kindermann. Das ist doch eine Schweinerei, daß unsere Spieler wie Olaf Janßen wegen Mackern oder Stefan Engels wegen Zeitschindens die gelbe Karte bekommen, während der Kaltz ungestraft davonkommt.“ Es ist unwahrscheinlich, daß Hans Kindermann (64), Chefankläger des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), lügt wird.

Feldkamp (52), der vor Erregung nicht zur Pressekonferenz ging, meinte: „Wenn es ein internationales Spiel wäre, würde ich loslegen wie Beckenbauer, aber national führt das bei uns ja zur Höchststrafe.“

erdgas
 IST EINE SAUBERE SACHE.

Samstag, 22. 11., 14.30 Uhr:
 Homburg - Leverkusen (1-1)

Samstag, 22. 11., 15.30 Uhr:
 Mannheim - Berlin (1-1)
 Köln - Klautern (1:1)
 Düsseldorf - M'gladbach (2:0)
 Dortmund - Bremen (1:1)
 Schalke - Bochum (4:2)
 Stuttgart - Frankfurt (2:1)
 Uerdingen - München (1:0)
 Hamburg - Nürnberg (1:1)
 In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Pokal-Achtelfinale
 Bereits vor dem 15. Spieltag der Fußball-Bundesliga findet in dieser Woche das Achtelfinale im Pokal statt. Nur noch acht Bundesliga-Mannschaften sind beteiligt. Aus der Auslosung ergibt sich: Zwei weitere scheiden auf alle Fälle aus, zwei Mannschaften der zweiten Liga erreichen auf alle Fälle das Viertelfinale. Das ist der Spielplan: Dienstag 118. November: Fortuna Düsseldorf - Bayern München, Walsenscheid 09 - Eintracht Frankfurt (20.00 Uhr), Fortuna Köln - Darmstadt 98, Blau-Weiß Berlin - Karlsruher SC, Hamburger SV - FC St. Pauli (alle 15.00 Uhr), Alemannia Aachen - Borussia Mönchengladbach (15.30 Uhr), Bayer Uerdingen - 1. FC Homburg (18.00 Uhr).

Was nun vollkommen überraschte: FIFA-Schiedsrichter Karl-Heinz Tritschler (37) aus Freiburg wollte von einem Foulspiel nichts gesehen haben. Ohne Unterbrechung wurde das Spiel fortgesetzt, bis es einet Einwurf für die Hamburger gab. Tritschler wollte zu dem Vorfall nichts sagen. Doch aus seinem Verhalten war zu ersehen, daß er einah, daß er womöglich doch eine Fehlentscheidung getroffen hat. Erging nach dem Spiel mehrmals in die Kölner Kabine und erkundigte sich nach dem Befinden von Thomas Allofs und entschuldigte sich sogar bei ihm. Und Manfred Kaltz? Der hielt es nicht für nötig, sich einmal danach zu

er nach dem 0:1 bei Eintracht Frankfurt über Schiedsrichter Haas Osmer (38) aus Bremen alles losgelassen haben, müßte eigentlich Kindermann auf den Plan rufen. Als hätten sie alle von Teamchef Franz Beckenbauer (41) gelernt, dem beim Länderspiel in Wien auch die Hutschnur gepulst ist über den Italiener Luigi Agnoliti (39), legten die Uerdingen los. Mannschaftsführer Friedhelm Funkel (32): „Der Schiedsrichter gehört aus dem Verkehr gezogen. Wie der sich dargestellt hat, eine Katastrophe, eine Frechheit. 90 Prozent seiner Entscheidungen waren für die Heimmannschaft.“ Trainer Karl-Heinz

zu seinem Sprint in die Kabine sagte Haas Osmer: „Ich wollte ungenutzte Diskussionen ausweichen. Die führen doch zu nichts. Wir Schiedsrichter sind an einem Punkt angelangt, wo wir uns nicht mehr alles gefallen lassen. Mit einem Sprint wollte ich die Uerdingen vor folgen-schweren Wortgefechten schützen.“ Wie auch immer: Was die Uerdingen Spieler ihm an den Kopf geworfen hätten, kann Kindermann nun in der Zeitung nachlesen. Vielleicht war es aber auch eher so, wie es Feldkamp sah: „Der hatte wohl Angst vor der eigenen Courage.“

Fünf Spieler gesperrt - Körbel feiert - Unterschied zwischen München und Homburg

	Heim	Auswärts
1. Leverkusen	14 9 2 29 10	20 8 15 11 7 7
2. München	14 7 5 28 16	20 8 17 11 11 9 5
3. Homburg	14 7 5 27 15	19 9 17 14 10 11 14 9
4. Bremen	14 7 5 25 12	18 10 16 7 11 10 15 7 7
5. Flautern	14 6 5 26 16	17 11 18 7 12 2 8 9 5 9
6. Stuttgart	14 6 5 25 15	17 11 18 3 11 3 7 12 6 8
7. Frankfurt	14 4 7 17 15	15 13 13 5 11 5 4 10 4 10
8. Dortmund	14 4 7 5 21 21	14 14 19 5 10 4 12 16 4 10
9. M'gladbach	14 4 6 24 20	14 14 15 9 6 6 9 11 6 8
10. Uerdingen	14 4 5 4 20 21	14 14 14 10 4 6 11 4 10
11. abin	14 5 3 6 20 20	13 15 10 6 9 5 10 14 4 10
12. Bochum	14 3 7 4 16 18	13 15 9 5 9 5 7 13 4 10
13. Schalke	14 5 6 25 29	13 15 14 10 9 5 9 19 4 10
14. Mannheim	14 3 5 5 20 24	12 16 13 9 10 4 7 15 2 12
15. Nürnberg	14 5 5 6 26 29	11 17 13 9 8 7 16 2 12
16. Hamburg	14 3 8 9 28	9 20 8 7 7 1 23 1 13
17. Düsseldorf	14 3 10 18 42	7 21 12 15 7 7 6 27 10 14
18. Berlin	14 1 5 8 14 38	7 21 8 14 5 9 6 24 2 12

0 Trotz der nahezu idealen klimatischen Bedingungen wurde am 14. Spieltag die Grenze von 20000 Besuchern nicht erreicht. Zu den neun Spielen kamen insgesamt 185 646 Zuschauer, wodurch die Gesamtbeucherzahl auf 2,84 Millionen anwuchs. Das entspricht einem durchschnittlichen Besuch von 22 590 Fans pro Spiel und dürfte die Kassierer bisher zufriedengestellt haben. Doch der statistische Mittelwert sagt nichts aus über die großen Unterschiede zwischen den Vereinen: Bayern München beispielsweise registrierte schon 296 000 Zuschauer, der FC Homburg dagegen nur 73 711.

0 Ein Mittelfeldspieler macht neuerdings den Stürmern der Bundesliga vor, was eigentlich deren Aufgabe ist: das Torschießen. Der Mönchengladbacher Nationalspieler Uwe Rahn personifiziert seit einigen Wochen den allgemeinen Aufwärtstrend seiner Mannschaft, indem er regelmäßig Tore schießt. Zwei Treffer gelangen ihm beim 2:2 gegen Dortmund - jetzt führt er die Torschützenliste mit insgesamt neun Treffern an. In seinem Gefolge drei Mittelfeldspieler: Die beiden Dortmunder Frank Mill und Norbert Dickel sowie der Leverkusener Nationalspieler Herbert Wos mit je acht Toren.

0 Gleich fünf Spieler sind nach jeweils vier Verwamungen für das nächste Spiel gesperrt: Florian Hinterberger (Leverkusen), Karl-Heinz Bührer (Mannheim), Wilfried Hannes (Schalke), Morkus Schupp (Kaiserslautern) und Lothar Waack (Bochum). Insgesamt waren seit Saisonbeginn acht Spieler nach Erreichen der Verwahrungshöchstzahl gesperrt: Michael Kutzop, Norbert Meier (beide Bremen), Günter Kutowski (Dortmund), Rudolf Wajtowicz (Düsseldorf), Hans-Werner Moser (Kaiserslautern), Roland Dickgiesser (Mannheim), Lothar Matthäus (München) und Jörn Andersen (Nürnberg).

0 Der Frankfurter Karl-Heinz Körbel feierte beim 1:0 über Bayer Uerdingen ein Jubiläum, das vor ihm erst 12 Spieler in der 23jährigen Bundesliga-Geschichte erreicht hatten. Er bestritt sein 450. Meisterschaftsspiel. Und er machte alle Spiele - das ist außergewöhnlich in diesem Gewerbe - für denselben Klub. Für Eintracht Frankfurt. Bei seinem Debüt 1972 war Körbel 17 Jahre alt und mußte gleich gegen den damals erfolgreichsten Mittelstürmer der Bundesliga, gegen den Münchener Gerd Müller, antreten. Körbel löste seine Aufgabe tolllos - Frankfurt besiegte München damals 1:0.

Delta Air Lines neuer „Circle South“-Tarif. Ein preiswerter Weg, Amerikas sonnigen Süden kennenzulernen.

Delta Air Lines bietet Ihnen einen Rundflug-Sondertarif. Damit können Sie für nur \$ 59 pro Flugabschnitt bis zu 8 Städte besuchen, die von Delta Air Lines im sonnigen Süden angefliegen werden. Transatlantikflüge nicht eingeschlossen. Wählen Sie unter 50 Städten in acht Staaten - Florida, Georgia, Süd-Carolina, Nord-Carolina, Alabama, Mississippi, Louisiana und Tennessee. Erleben Sie herrliche Landschaften, Berge, Wälder und Badestrände.

Zusätzlich das Kultur- und Unterhaltungsangebot solch großer Städte wie New Orleans, Atlanta, Miami und Orlando mit Disneyland und dem EPOT-Center. Der Süden bietet Ihnen alles.

Rundflügeisen mit dem aktuellen „Circle South“-Tarif müssen vor dem 31. Dezember 1987 angetreten werden. Die Reiseroute muß in Atlanta beginnen und enden. Einzelheiten über die detaillierten Bestimmungen für diesen Sondertarif erhalten Sie in Ihrem Reisebüro. Oder rufen Sie Delta Air Lines direkt an. Die Tel.-Nr. in Frankfurt (069) 256030, in München (089) 1299061, in Stuttgart (0711) 2262191. Delta Stadtbüros sind in der Friedenstraße 7, 6000 Frankfurt; Main, Maximiliansplatz 17, 8000 München 2. Königsstraße 1b, 7000 Stuttgart 1. Tarifänderungen vorbehalten.

Delta. The Airline Run By Professionals.

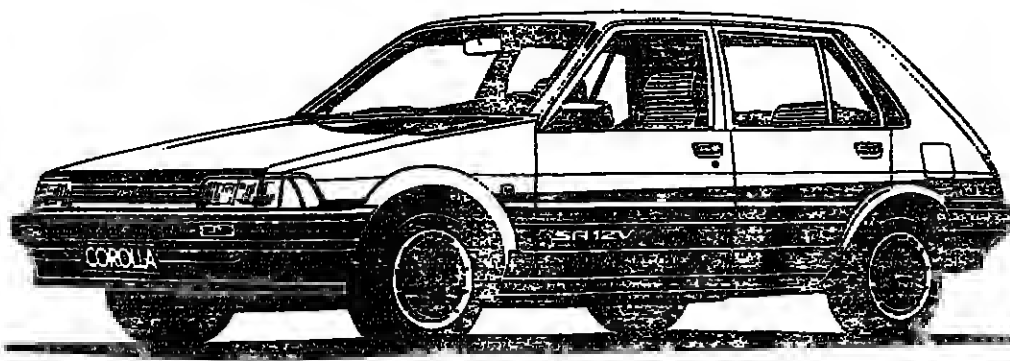


Delta Air Lines

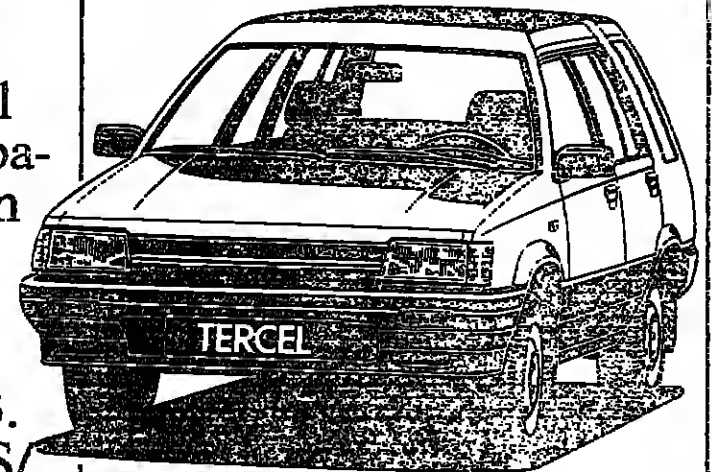
50 كذا من الود

Bis 31.12. 86 zulassen. Danach wird der Steuervorteil geringer.

Wer in den Genuß der vollen Steuer-Einsparungen kommen will, muß sein Auto noch 1986 zulassen. Denn ab 1987 wird der Steuervorteil um einiges geringer. Wenn Sie jedoch jetzt noch zu Toyota kommen, ist Ihnen der volle Steuervorteil sicher. Denn bei Toyota können Sie in jeder Fahrzeugklasse sparen. Einige Beispiele sehen Sie hier. Aber nicht vergessen: Eile ist geboten!

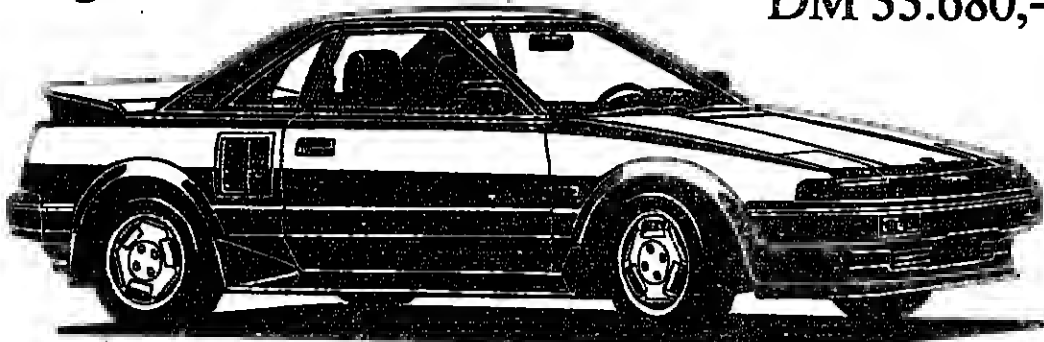


Corolla Compact Diesel 1,8, 64 PS/47 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 8 Monaten. Ab DM 17.890,-*.



Tercel Allrad 1,5, Kat. 68 PS/50 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 10 Monaten. Ab DM 22.400,-*.

MR 2 1,6, Kat. 16 Ventile, 116 PS/85 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 33.680,-*.



Corolla Compact SR 1,3. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 15.970,-*.

EILE

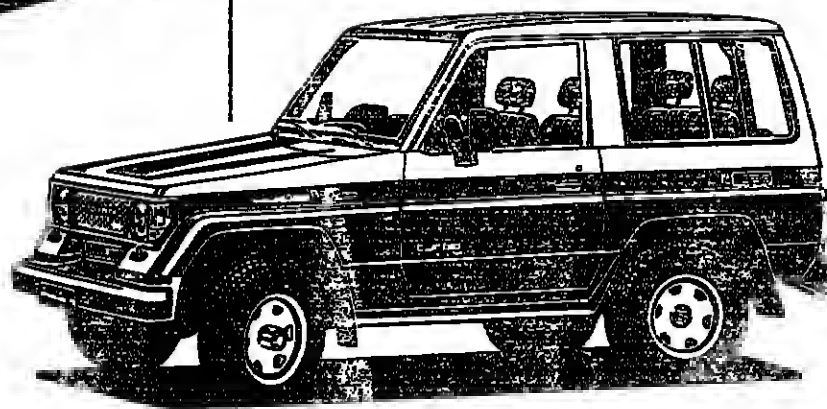
Toyota Btx: *40063 #.



Carina Liftback Diesel 2,0. 69 PS/51 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 6 Monaten. Ab DM 21.990,-*.



Starlet 1,0. 54 PS/40 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 3 1/2 Jahren. Ab DM 13.290,-*.



LandCruiser Turbo-Diesel 2,4. 86 PS/63 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 1 Monat. Ab DM 33.480,-*.

Starlet 1,3 S. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 16.070,-*.

Carina Liftback 1,6, Kat. 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 20.490,-*.

Wir können Ihnen hier nur eine kleine Auswahl aus unserem Steuerspar-Programm zeigen. Ihr Toyota Händler berät Sie gern ausführlicher.

*Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.



Celica GT 2,0, Kat. 16 Ventile, 140 PS/103 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 34.490,-*.



Camry Liftback 2,0, Kat. 99 PS/73 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,-

in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 26.720,-*.

TOYOTA
Wenits ist unmöglich

BUNDESLIGA / Bochums erste Heimmiederlage der Saison - großes Pech

Kempes Alpträume und böse Trainer-Worte

ULFERTSCHRÖDER, Bochum. Das sind die Alpträume. Thomas Kempe will den Ball an seinen Torwart geben. Er sieht sich, nippt mit der Stirn ans Leder. Aber er tippt nicht fest genug. Der Stuttgarter Mittelfeldmann wird ausverkauft und schickt den Ball ins Tor.

Über, er weiß noch nicht, was er zu erwarten hat. Die ersten Augenblicke in der Kabine haben ihm gutgetan. Die (laut Gerüchten) Kameraden haben ihm gesagt, daß die Niederlage allein auf seine Kappe geht. Darüber müsse er sich klar sein. Aber deshalb würden sie ihn nicht "verdrängen".

Franz träumt, aber schön

Die Liga soll den Bayern helfen. Maradona zu finanzieren. Wo sind wir denn, Franz, wo? Was der Teamchef Franz Beckenbauer manchmal träumt, mit offenen Augen träumt, hat er nie verbergen können. Deshalb mögen ihn die Menschen.

2. Liga Hannover: Vier Treffer von Siegfried Reich

Hannover 96 hat seinen Vorsprung als Tabellenführer der Zweiten Liga weiter ausgebaut. Nach dem erfolgreichen 2:1-Pokalsieg über die Amateure des VfL Renschede präsentierten sich die Mannschaft beim 4:1 über Aufsteiger St. Pauli wieder in jener hervorragenden Form, in der sie bereits 13 andere Klubs besiegt hatte.

DIE ERGEBNISSE. Tabelle mit 10 Spalten: Klub, Tore, Punkte. Zeilen: Kassel - Braunschweig, Ulm - Freiburg, Karlsruhe - Solingen, Köln - Wattenscheid, Oberhausen - Aachen, Hannover - St. Pauli, Stuttgart - Bielefeld, Salmrohr - Darmstadt, Saarlouis - Essen, Osnabrück - Aachen.

DIE TABELLE. Tabelle mit 10 Spalten: Klub, Sp, S, G, U, N, P, T. Zeilen: 1. Hannover, 2. Osnabrück, 3. Aachen, 4. Darmstadt, 5. Stuttgart, 6. Saarbrücken, 7. Karlsruhe, 8. Freiburg, 9. Ulm, 10. Oberhausen, 11. St. Pauli, 12. Wattenscheid, 13. Braunschweig, 14. Solingen, 15. Essen, 16. Aachen, 17. Darmstadt, 18. Köln, 19. Bielefeld, 20. Salmrohr.

DIE VORSCHAU. Tabelle mit 10 Spalten: Samstag, 22. 11., 14.30 Uhr, Sonntag, 23. 11., 15.30 Uhr. Zeilen: Aachen - Braunschweig, Köln - Darmstadt, Osnabrück - Bielefeld, Oberhausen - Aachen, Ulm - Sonntag, 24. 11., 15 Uhr, Hannover - Karlsruhe, 18 Uhr, Wattenscheid - St. Pauli, Essen - Salmrohr, Solingen - Saarbrücken.

TENNIS / Heute beginnt das Masters-Finale

Keine absurde Wertung Erfolg für Steffi Graf

G. N. New York. Das letzte große Spektakel dieses Jahres im Damen-Tennis kann heute wie geplant beginnen. Denn alle Hauptdarstellerinnen haben endgültig zugesagt. Auch Steffi Graf, die 17jährige Weltranglisten-Dritte aus Bülh, wird beim Masters-Turnier der 16 Weltbesten im New Yorker Madison Square Garden zu ihrem ersten Spiel gegen die Texanerin Lori McNeil antreten. Bestens vorbereitet, ehrgeizig und, wie versichert wird, unbeeindruckt von den Querelen und Boykottandrohungen dieser Woche, über die zuerst die WELT berichtete.

So gehen die Beteiligten in New York endlich zum sportlichen Teil über. Dennoch hat das Gerangel dieser Tage deutlich gemacht, daß ein Emporkömmling wie Steffi Graf im nach wie vor von Amerikanerinnen beherrschten Damen-Tennis-Zirkus nicht nur mit Aufschlag und Schmetterball bedrängt wird. Diesen Kampf braucht Steffi Graf längst nicht mehr zu fürchten. Aber gegen solche Machenschaften, sagte ihr Vater, muß man sich wehren, wenn man nicht untergebetet werden will.

GALOPP Sachsenhain von Black Bottom noch abgefangen

K. GÖNTZSCHE, Gelsenkirchen. 5720 m lang führte der zehnjährige Wallach Sachsenhain auf der Gelsenkirchener Galopprennbahn das Feld des Raab-Karner-Jagdrennens an. Auf den letzten Metern wurde er von Black Bottom noch abgefangen und um eine dreiviertel Länge auf den zweiten Platz des längsten Amateur-Jagdrennens der Welt verwiesen. Im Sattel des Siegers saß der engische Reiter Tim Thomson-Jones (39), neuer Europameister der Amateurreiter.

BEBAUEN · BEWAHREN. Ob in Indien, Brasilien oder im Sahel. Die ökologische Zeitbombe tickt. Brot für die Welt fördert Maßnahmen zur Aufforstung und zur Wiedereinführung bodenschonender, kostengünstiger Landbausysteme. Postfach 476, 7000 Stuttgart 1. Brot für die Welt.

Hotel Landhaus Hohen. Das Haus für anspruchsvolle Tagungen und Festlichkeiten. Verpflegungsgünstig im Dreieck Hamburg-Hannover-Bremen. Komfortable Zukunft.

Wir sorgen für die Gräber. Wir betreuen die Angehörigen. Wir arbeiten für Versöhnung und Frieden. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Werner-Hilfen-Straße 2 - 3500 Kassel. Postgironummer 4300-603 Frankfurt/Main - BLZ 50010060.

Vergleich Mercedes 300 E gegen BMW 535i. In puncto Technik gibt's zwischen dem Mercedes 300 E und dem BMW 535i ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen. Bei der Karosserie und dem Komfort gibt's Unterschiede. Der große Vergleich in AUTO-BILD. Europas größte Auto-Zeitung.

Komfortable Zukunft. Komfort für Haus und Garten mit Produkten aus Kunststoff - das bietet eine beim Handel und Konsumenten sehr erfolgreiche Firma. Der Erfolg soll weiter ausgebaut werden. Mit einer neuen Produktgruppe. Für einen Topverkäufer und „Macher“ im Außendienst eine ungewöhnliche Chance, als Verkaufsleiter national an diesem Erfolg mitzuwirken.

Heute Neu AUS-TAUSCH-MOTOREN. Kann man ihnen vertrauen? Gebrauchter, generalüberholter oder teilbehandelter Motor? Welcher Austauschmotor ist für Ihr Fahrzeug der richtige? AUTO-BILD verrät, worauf Sie achten müssen! Europas größte Auto-Zeitung.

Handwritten signature or note at the bottom of the page.

150 Jahre

NACHRICHTEN

Langer fiel zurück

Melbourne (GAB) - Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) fiel bei der Australien-Open in Melbourne zurück und endete mit 89-70-72-71-282 Schlägen bei Par 73 an siebter Stelle.

Strafe für Gladbach

Zürich (sid) - Borussia Mönchengladbach wurde von der Europäischen Fußball-Union mit einer Geldstrafe von 1500 Schweizer Franken belegt.

Rad: Erneut Weltrekord

Paris (sid) - Die zweimalige französische Weltmeisterin Jeannine Longo stellte erneut einen Weltrekord auf.

Boxen: Zweimal Gold

Istanbul (sid) - Die Auswahl des Deutschen Amateurbox-Verbandes kam im Finale des Box-Turniers von Istanbul durch Thorsten Spürzin (Halbschwergewicht) und Hans Georg Meiling (Halbmittelgewicht) zu zwei Goldmedaillen.

Ausländer siegten

Majnsch (sid) - Der Niederländer John Bosch und sein Beifahrer Rudolf Osterbaan gewannen auf Audi Quattro die Internationale ADAC-Rallye Köln - Ahrweiler.

Badminton-Niederlage

Grimsby (sid) - Die Badminton-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor ihr Länderspiel gegen Gastgeber England mit 2:5.

Zum achten Mal Meister

Wolfsburg (dpa) - Der VfL Wolfsburg wurde zum achten Mal Mannschaftsmeister der Bundesrepublik Deutschland im Judo.

Cash scheitert an Svensson

London (sid) - Der australische Tennis-Profi Pat Cash schied im Viertelfinale des Grand-Prix-Turniers von London mit 6:7, 7:6, 3:6 gegen den Schweden Jonas B. Svensson aus.

Reitsport: Vier Sieger

Hannover (sid) - Vier Sieger gab es am Freitagabend beim internationalen Reit- und Springturnier von Hannover.

Erfolg für Kühnen

Helsinki (sid) - Der Mannheimer Tennis-Profi Patrik Kühnen hat sein erstes internationales Turnier gewonnen.

Schach: Zwei Siege

Dubai (dpa) - Mit zwei Siegen begann für die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland die 27. Schach-Olympiade in Dubai.

Lieutenant's Lark vorn

Washington (sid) - Lieutenant's Lark mit Robbie Davis im Sattel gewann das 35. Washington D. C. Galopprennen.

Thurau gab auf

Paris (sid) - Der Frankfurter Rad-Profi Dietrich Thurau hat vor der vierten Nacht des Sechstagerrennens wegen Sitzbeschwerden aufgegeben.

TURNEN / Andreas Japtok zum ersten Mal deutscher Meister im olympischen Zwölfkampf - Der Streit geht weiter

Routinier wehrte die Jugend noch einmal ab - Talente begeisterten

dpa/SPELLING, Künzelsau Im neunten Anlauf hat Andreas Japtok endlich sein Ziel erreicht: Der inzwischen 26 Jahre alte Medizinstudent aus Hannover erturnte in Künzelsau erstmals die deutsche Meisterschaft im olympischen Zwölfkampf.

Schwäbischen Turner-Bundes, bei dem Japtok als Mitglied im Verein der Turner-Kameradschaften (TK) Künzelsau, wurde er zum ersten Mal deutscher Meister im olympischen Zwölfkampf.

Es kriselte wieder einmal bedenklich bei den deutschen Meisterschaften der Kunstturner in Künzelsau. Kurz vor den Titelkämpfen veröffentlichten sieben Aktive einen Brief an Bundeskunstwart Professor Klaus Zschunke.

Mit dem fünften Durchgang hatte Japtok, der in den letzten zwei Wochen wegen einer starken Erkältung nur fünfmal trainieren konnte, die Führung übernommen. Er profitierte dabei von den frühen Patzern der favorisierten Andreas Agular (Reck-Pflicht 7,50, Reck-Kür 8,00).

Den vollzogenen Generationswechsel in seinem Heimatort betrachtet Mit-Organisator und Reck-Weltmeister Eberhard Gienger (Jetzt bekommen die Alten endlich mal Feuer unter dem Hintern) auch als Hoffnung, daß aus den Nachwuchstalenten bald ein neuer Eberhard Gienger entstehen könnte.

Die Turner werfen dem Mathematikprofessor nicht nur mangelnde Kompetenz, sondern auch Einmischung in innere Angelegenheiten, schlechte Terminplanung, mangelnde finanzielle Absicherung sowie das Fehlen eines Mannschaftsarztes vor.

Japtok wurde erstmals Zwölfkampf-Meister, nachdem er 1983 und 1985 bereits die Nr. 1 am Reck und im Vorjahr auch Bester am Barren gewesen war. Sein Lohn: Er wird am nächsten Wochenende im japanischen Nagoya beim Chunichi-Cup (Da wollte ich unbedingt noch einmal hin) die deutschen Farben vertreten.

„Ich bin seit 18 Jahren Bundestrainer, aber so viele vielversprechende Talente haben wir noch nie gehabt“, freute sich Cheftrainer Vaclav Kuhlka, der schon über die Olympischen Spiele 1988 hinaus an die Weltmeisterschaften 1989 in Stuttgart denkt.

„Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke.

Die Jugend ist im deutschen Kunstturnen auf dem Vormarsch. Rund 1000 Zuschauer in der Eberhard-Gienger-Halle erlebten den von Bundestrainer Vaclav Kuhlka vorhergesagten „Kampf der Generationen“.

Voraussetzung ist dafür allerdings, daß Talente wie Kern, Hornung und Beckmann im wahrsten Sinne des Wortes bei der Reckstange bleiben.

„Versprochen wurde uns viel, aber nichts gehalten“, erklärten die Aktiven. Kritik an dem Bundesfachwart gab es auch von dem Sieger-Vertreter Uli Hager (wegen der Terminplanung der neuen Bundesliga-Saison).

GEWICHTHEBEN / Nerlinger: Gold und Silber

Purzelbaum der Freude mit 141 kg Gewicht

Die „Operation 250“ schlug zwar fehl, doch auch mit 245 kg erfüllten sich die Träume des Manfred Nerlinger. Bei den 57. Gewichtheber-Weltmeisterschaften in Sofia gewann der Superschwergewichtler vom TSV München-Neuaußing mit eben jener Last die Goldmedaille im Stoßen.

„Mit Manfreds Gold hatte von uns eigentlich keiner gerechnet“, freute sich Bundestrainer Ewald Spitz, der zuvor die Parole herausgegeben hatte: „Wir wollen beste westeuropäische Nation werden.“



Die Freude eines schweren Mannes: Nerlinger

Das Loh des Bundestrainers für Nerlinger: „Es hat bei uns noch nie einen Menschen gegeben, der so hart wie Manfred trainiert hat.“

„Ich war zwar auf 250 kg vorbereitet, aber der Wettkampf wurde dann zu sehr von der Taktik geprägt. Auch mit 245 kg bin ich überaus zufrieden.“

Zu den beeindruckendsten Hebern dieses Championats avancierten der erst 19 Jahre alte Federgewichtler Naum Schalamanov (Bulgarien) und der sowjetische Schwergewichtler Jurij Zacharewitsch.

Zschunke zu den Vorwürfen: „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“

Es kriselte wieder einmal bedenklich bei den deutschen Meisterschaften der Kunstturner in Künzelsau. Kurz vor den Titelkämpfen veröffentlichten sieben Aktive einen Brief an Bundeskunstwart Professor Klaus Zschunke.

Die Turner werfen dem Mathematikprofessor nicht nur mangelnde Kompetenz, sondern auch Einmischung in innere Angelegenheiten, schlechte Terminplanung, mangelnde finanzielle Absicherung sowie das Fehlen eines Mannschaftsarztes vor.

„Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke.



Kraft und Eleganz: Andreas Japtok. FOTO: SVEN SIMON

Kunstturnwart Klaus Zschunke gestern den neuen A-Kader mit zehn Turnern: Andreas Japtok, Andreas Agular (beide Hannover), Ralph Kern (Leingarten), Uwe Hornung (Oberrad), Kurt Szilber (München), Mike Beckmann (Gevelsberg), Manfred Wittner (Herbolzheim), Bernhard Simmelbauer (Mühlrad), Daniel Winkler (Hausenstamm) und Wolfgang Wagner (Amberg).

„Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke.

„Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke.

„Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke. „Das ist alles falsch, davon stimmt nichts“, erklärte Zschunke.

Advertisement for Dunhill International cigarettes, featuring the text 'Dunhill hat sich erlaubt, Ihnen etwas entgegenzukommen.' and images of Dunhill packs.

Vertical text on the left edge of the page, including 'senhain von Bottom abgefangen' and 'Zeitung'.

150 Jahre

G. Troeller berichtet über Minderheiten der USA Salatplatte oder Tiegel?

Der Engländer Israel Zangwill sagte 1908 in seinem damals viel gespielten Theaterstück „Der Schmelztiegel“: „Amerika ist Gottes Feuerprobe, der große Schmelztiegel, in dem alle Rassen Europas eingeschmolzen und neugeformt werden.“ Der Vergleich schmeichelt Amerika, wo jeder Einwanderer schnellstens wie ein „geborener Amerikaner“ sein wollte.

Man gebraucht das Wort „Schmelztiegel“ heute oft mit skeptischem Lächeln. Für die Angehörigen der Rassen Afrikas (zwei Prozent der Bevölkerung) zum Beispiel gab es in ihm keinen Platz. Asiaten wurden sogar lange Zeit ganz von Amerikas Küsten ferngehalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem es um den Kampf gegen jeglichen Rassenhaß gegangen war, mußte man sich damit auseinandersetzen, daß der „Schmelztiegel“ nur für Weiße arbeitete, nie für Schwarze und nur selten für Lateinamerikaner (wahrscheinlich neun Prozent der Bevölkerung).

Der „Schmelztiegel“ roch nach Rassismus: Er sprach von erfolgreich amerikanisierten Europäern und

nur elf Prozent der Bevölkerung der Stadt doch sind. Auch religiöse Gruppen der USA sind für die meisten keine Minderheit mehr und gehören zum „Hauptstrom“. Andere Gruppen hingegen suchen mit Leidenschaft den Status als Minderheit, weil sie sich „unterdrückt“ fühlen.

Die wichtigsten Neuzankömmlinge in der Bewegung der Minderheiten waren in den 70er Jahren wohl Amerikas Frauen – obwohl es fünf Millionen mehr Frauen als Männer gab. Sie schafften es und gelten oft als „Minderheit“, weil sie geringere Rechte als Männer haben.

Viele begrenzen deshalb die authentischen Minderheitsbewegungen auf „ethnische Gruppen“. Alle aber verlangen einen „kulturellen Pluralismus“. Amerika sei kein „Schmelztiegel“, sondern eine „Salatplatte“, heißt es. Auch die ethnischen Minderheiten – Indianer, Neger, Lateinamerikaner, Chinesen, Indianer, Japaner, Philippinos, Vietnamesen usw. – können gelegentlich die Rolle der Mehrheit spielen. Das entdeckte die demokratische Partei: Sie sicherte sich lange Zeit eine Wählermehrheit durch ein politisches Wahlbündnis mit den Minderheiten, deren Forderungen sie in ihr Programm aufnahm. Das funktioniert jedoch in den 80er Jahren nicht mehr richtig. Nicht wenigen Angehörigen der Minderheiten gelingt der Durchbruch zu Amerikas Mittelstand. Die Zurückgebliebenen werden radikal und wollen den Kurs der Partei diktieren, wie ein Führer der Neger, Jesse Jackson, es vorzuzieht.

Auf der anderen Seite gibt es neue Konflikte: Kalifornien erklärte vor zwei Wochen in einem Volksentscheid Englisch als offizielle Sprache des Staates. Die USA haben keine gesetzlich verankerte Landessprache, und vielen Amerikanern jagt das Festhalten der „Lateiner“ an der spanischen Sprache Angst ein.

Die Entwicklung steht jedoch nie still: Immer mehr Asiaten strömen jetzt in die USA, und ihre Kinder finden den Weg zu den großen Universitäten der Elite. Amerika will zeigen, daß die Angehörigen aller Rassen friedlich beisammen leben können. Bietet die „Salatplatte“ bessere Aussichten als der „Schmelztiegel“? Die Leidenschaft, mit der man an diese Aufgabe immer wieder herangeht, läßt manchen mit Goethe sagen: „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte.“

GÜNTER FRIEDLÄNDER

Kinder der Welt - ARD, 21.15 Uhr

schloß alle anderen von der Amerikanisierung aus. In den sechziger Jahren, der Blütezeit der Protestbewegungen in dem immer mehr über sich selbst nachdenkenden Amerika, erinnerte man sich der vergessenen schwarzen Bevölkerung Amerikas und anderer Rassen. Man sprach von ihnen als „Minderheiten“.

John F. Kennedy nannte den Ausschluß der Neger aus der Gesellschaft „eine tägliche Beleidigung“ des Ideals des „Schmelztiegels“. Eine viel beachtete Studie der Bevölkerung New Yorks fand, daß die Gruppen nach Beispiel der Iren, Italiener und Puertoricaner mehr unterschiedliches als Gemeinsames aufwiesen. Der „Schmelztiegel“ funktionierte nicht oder mindestens nicht mehr.

Dem Problem war semantisch nicht beizukommen. „Minderheit“ wurde ein Euphemismus für die nicht assimilierte, nicht weiße Bevölkerung Amerikas, und Euphemismen haben einen schwer zu unterdrückenden, gefühlgeladenen Kern. Der Sprachforscher William Safire macht darauf aufmerksam, daß niemandem es einfallen würde, New Yorks „weiße angelsächsische Protestanten“ Minderheit zu nennen, was sie mit

Raucher schaffen Fakten, Nichtraucher eben nicht

Heute abend wird man erfahren können, was die Leute über Raucher und Nichtraucher denken. Gesetzliches Rauchverbot in Gegenwart von Nichtrauchern? Oder mehr freiwillige Rücksichtnahme? Die Abstimmung über zwei Telefonnummern läuft seit zwei Wochen. Das Ergebnis kann man allerdings wohl schon voraussagen. Die Mehrheit wird für Rücksicht und Freiwilligkeit sein. Der simple Grund: Nichtraucher sind im Durchschnitt toleranter. Die Raucher haben sie oazu erzogen.

Daß Rauchen schädlich ist, darüber gibt es keinen Streit. Welche Mortalitätsstatistik man zugrunde legt, die über den Lungenkrebs, über die Herzinfarkte oder über die chronische Bronchitis, ist nur noch Ansichtssache. Gut, sagen die meisten Raucher, doch der freie Bürger müsse auch die eigene Todesursache frei wählen können. Aber wie weit reicht das Menschen Freiheit? Und was ist, wenn das Freiheitsrecht des Rauchers die Freiheit des Nichtrauchers beeinträchtigt?

Schon vor 30 Jahren, als die Raucher nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in der öffentlichen Meinung noch die herrschende Klasse bildeten, gab es Nichtraucher. Sie litten stumm. Kaum je hörte man Protest. Dies hat sich grundlegend geändert. Das gesundheitliche Risiko des Passivrauchens, der Nichtraucher in Restaurants, Eisenbahnhöfen, Flugzeugen, Büros, ja sogar in Familienwohnräumen ist in aller Munde. Es gilt seit Jahren als ausgesprochen chic und sozialverträglich, für die Nichtraucher einzutreten, selbst wenn einem dabei die glimmende Zigarette im Mundwinkel klebt.

Daß sich jetzt eine Gegenbewegung formiert, daß die Raucher wieder forscher und fordernder auftreten, ist keine Überraschung. Sogar Hohn und Spott geht teilweise auf die armen Nichtraucher mit ihren Protesten nieder. Die Waffen sind eben ungleich verteilt. Der Raucher kann die Macht der Fakten einsetzen: er raucht. Nichtraucher ist kein Faktum.

So ergeben sich viele Nichtraucher in ihr Los. Wer ruft schon gern die Polizei? Verbote sind, wenn es hart auf hart geht, sowieso nur schwer durchzusetzen. Schließlich gab es Päpste, die den Rauchern mit Exkommunikation drohten, im alten Rußland soll verbotswidrig Rauchernden zur Strafe sogar die Nasenspitze abgeschnitten worden sein. Und auch die in manchen „Spiegel“-Stories zwischen den Zeilen suggerierte Hoffnung, man müsse nur alle Aktionäre und Manager der Zigarettenindustrie einsperren, um die Welt in ein Nichtraucherparadies zu verwandeln, scheint unrealistisch.

JOACHIM NEANDER

KRITIK Bericht des Apfels über die Birne

Einem ganzen Abend widmete West III dem Sowjet-Fernsehen: Von der Westgrenze bis Wladivostok ließ ein Portrat zwischen dem Spielfilm. Darin vermischt Begriffe: „Kollegen“ wurden die Mitarbeiter von „Gosteleradio“ genannt, obwohl – allerdings sehr bedäuflich – von Walter Erasmij erwähnt wurde, daß sie einem Ministerium zugehörig sind und Partei-Aufträgen Folge leisten. „Die kulturelle Umgestaltung“ im Sinne der Oktober-Revolution, der „erhabensten gesellschaftlichen Umgestaltung unseres Jahrhunderts“, sei ihre Hauptaufgabe, wurde erklärt. Und zwischendurch, so war zu sehen, hüpfen und quaken Schlagensars und Zeichentrick-Mäuse ganz

wie im Westen. Folklore aus Usbekistan und anderswo soll nationale Unabhängigkeit vorkommen. Kollegiale Gefühle mochten in der Tat aufkommen, als gesagt wurde, daß im Sowjetfernsehen aus dem Westen nichts Gutes gemeldet werde – nur Demos, Unglück, Katastrophen. Der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg werde viel Platz eingeräumt – wie? „Darauf wollen wir nicht eingehen“, sagte Erasmij, ohne Angabe eines Grundes. Übrigens: Krimis und Sex kommen nicht vor. Und was sollte der Beitrag? So tun, als ob West- und Ost-Fernsehen doch so ziemlich gleich sind? Dann hat der WDR eine schlechte Meinung von der eigenen Unabhängigkeit. da

7.45 Rotenbohn Touristik	11.30 Die Knoff-hoff-Show
10.00 Boote	12.15 Umschau
10.30 Das letzte Wort hat Tibby	12.45 Die Welt von der wir leben
Amerikanischer Spielfilm (1972)	12.55 Pressschau/bouste
15.30 Tagesschau	16.00 heute
16.00 Der Feind (6)	16.04 Mischtracht (11)
16.25 Die Stadt aus ihrem Leber	Kündigung wegen Eigenbedarfs
Menschen über 60 (6)	16.59 Tüte für Aktive
17.40 Vortag bei Rentnern	Themen: Man hat's im Köpfechen.
17.55 Regionalprogramm	Wenn's passiert ist: Verkehrsunfall
18.05 Tagesschau	17.20 Beste / Aus den Ländern
18.15 Ausposten (5)	17.35 Tele-illustrierte
Serie mit Charles Aznavour	17.45 Agonia mit Herz
Julius will beweisen, daß er das	19.00 heute
Opfer einer Intrige war. Vier Bau-	19.30 Der Schrei nach Leben (1)
arbeiter kamen ums Leben, als ein	Dreiteiliger Fernsehfilm
von Julien geplantes Haus infolge	Nach Martin Gray, Max Gallo
eines Erdstöttes einstürzte.	Mit Michael York, Jacques Penot
21.15 Kinder der Welt	Drehbuch, Regie: Robert Enrico
Gordian Troeller berichtet über	In Südfrankreich verliebte ein Mann
ethnische Minderheiten der USA	bei einem Waldbrand seine Frau
22.00 Sketchup	und vier Kinder. Er ist Amerikaner,
Mit Iris Berben, Diether Krebs	ein Jude polnischer Herkunft. Ein
22.30 Tagesschau	Schriftsteller überredet ihn, ein
23.00 Der Krieg meines Vaters	Buch zu schreiben. So entsteht ein
Deutscher Spielfilm (1984)	Dokument über Juden im Zweiten
Buch, Regie: Nico Hofmann	Weltkrieg
Alles bleibt auf der Strecke. Das	21.05 Ratschlag für Kinogänger
Denken, die Vernunft, die Gefühl-	„Der Untergang des amerikanischen
le. Alles was man hat, ist stecke in	Imperiums“
einer Uniform und habe mich	21.15 WDR
selbst verloren.“ Dies findet Hans	DGB-Gemeinnutz. Kleingedruck-
1947 im Tagebuch seiner Vaters,	tes in Versicherungen. Rhein-Git.
der vor der Einberufung seines	21.45 heute-journal
Sohnes in Frankreich gefallen ist.	22.05 Se nach, so fern
23.55 Tagesschau	Christian Graf Kraackow berichtet
0.00 Nachgedanken	über Pommer und Preußen
A. Polgar Dank unbekannt Soldat	22.55 5 nach 10
23.55 heute	Freier Rauch für freie Bürger!
	23.55 heute

Am 9. 11. 1986 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin, Frau

Margot Zimmermann

gebore am 18. 6. 1932

Frau Zimmermann war 11 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1979 im Ruhestand.

Wir schätzen sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 18. 11. 1986, um 12 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Hamburg-Bergstedt statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden

Telefon: Hamburg (0 40) 3 47-43 80 Berlin (0 30) 25 91-29 31 Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24 Telex: Hamburg 2 17 001 777 as d

KURATORIUM FÜR UNFALLVERLETZTE ZNS

MIT SCHÄDEN DES ZENTRALEN NERVENSYSTEMS E.V.

ZNS-Schäden können jeden treffen - deshalb sollte auch jeder helfen.

Unfälle verursachen jährlich bei etwa 200.000 Menschen Kopfverletzungen. Betroffen ist dabei vor allem das Zentrale Nervensystem (ZNS). Die seelischen, geistigen und körperlichen Schadensfolgen könnten oft genug gemildert oder sogar beseitigt werden. Tragen Sie mit Ihrer Spende dazu bei.

Hannelore Kohl
Hannelore Kohl - Präsidentin - KURATORIUM ZNS

Unser Spendenkonto 'KURATORIUM ZNS' hat die

Konto-Nr. 3000

bei der Deutschen Bank Bonn
bei der Dresdner Bank Bonn
bei der Bayerischen Vereinsbank Ludwigshafen
bei der Sparkasse Bonn
bei der Volksbank Bonn
Konto 3000-504 beim Postcheckamt Köln

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar

Zeig beim Porto Herz & Verstand. Kauf Wohlfahrtsbriefmarken

Abonnieren Sie DIE WELT

- Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertriebs, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30, Telefon: 040/347 38 13

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Benutz: _____
Vorw./Tel: _____
Datum: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30

Unterschrift: _____

Lesenswerter denn je DIE WELT

Sie haben das Recht, eine Abbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.

Eine Königliche Kostbarkeit.

Exklusiv von der Berliner Morgenpost.

Für Kenner.

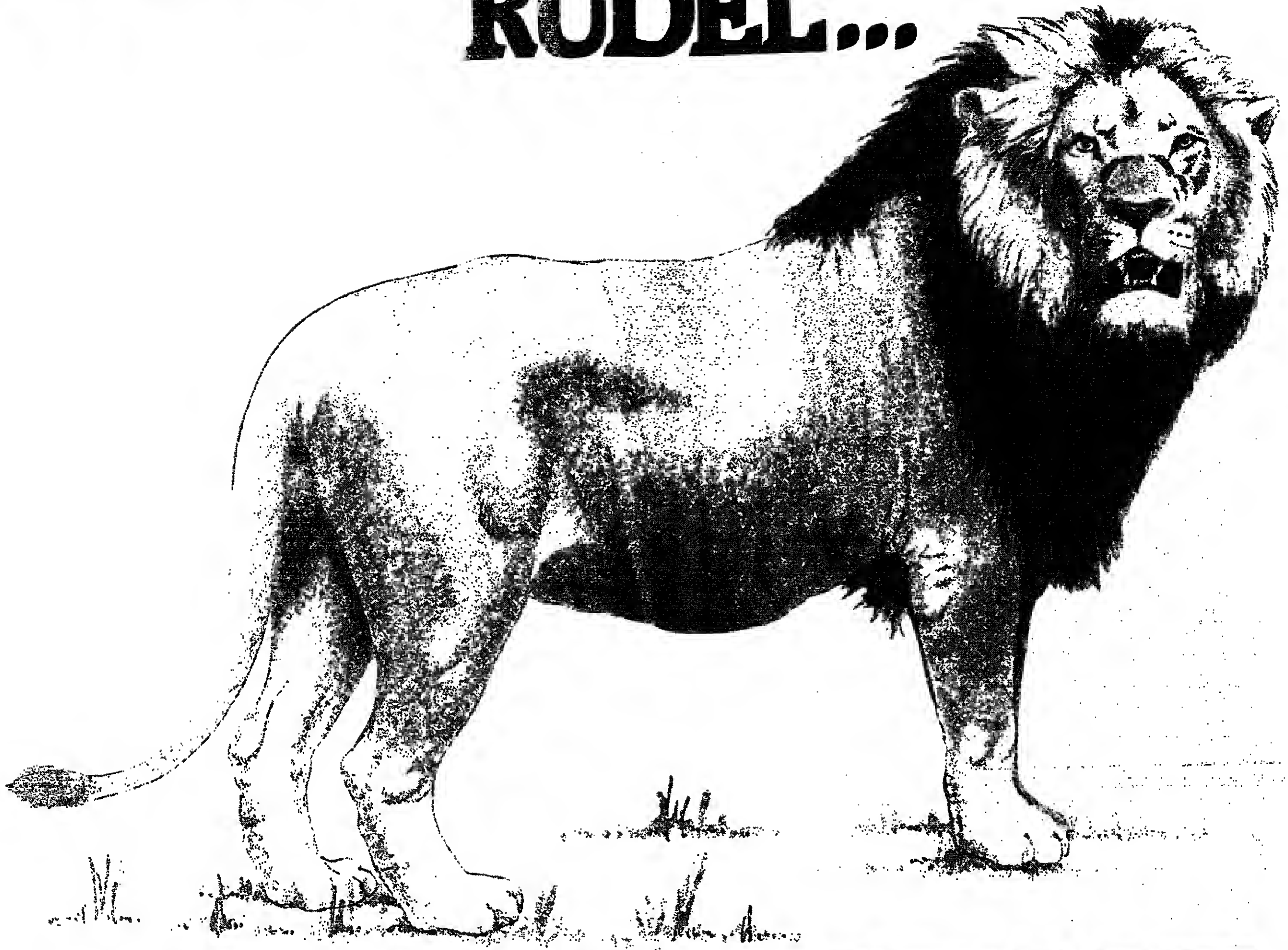
Der große Preußenkönig auf einem wertvollen Gedenk-teller der Staatlichen Porzellan-Manufaktur (KPM) Berlin. Nach einem Original des bekannten zeitgenössischen Radierers und Kupferstechers Daniel Chodowiecki. Der in Handarbeit aufgetragene 24 karätige Goldrand betont das über 200 Jahre alte klassische Kurfürst-Dekor und das Motiv in besonderer Weise. Die Aufgabe ist limitiert. Wir bitten Sie deshalb schon jetzt um Verständnis, daß Bestellungen nur in der Reihenfolge ihres Eintreffens bei uns berücksichtigt werden können. Der Gedenk-teller (Ø 20 cm) kostet DM 64,-

Coupon abschneiden an: Berliner Morgenpost, Reiter-Str. 10, Postfach 50, 1000 Berlin 61

Mit dem Bestellen bestelle ich einen Gedenk-teller der Größe Ø 20 cm zum Preis von DM 64,- inkl. MwSt. plus DM 6,- Versandkosten. Die Lieferung erfolgt umgehend nach Zahlungseingang. Ich wähle den schnellsten, postbestimmten Weg und lege meine Bestellung einem Verrechnungsscheck bei. Ich überweise den Betrag an die Deutsche Bank, Deutsche Bank AG, Konto-Nr. 25 00 00, oder Postgkto Berlin West, Konto-Nr. 123-123

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Datum/Unterschrift: _____

LÖSEN SIE SICH AUS DEM RUDEL...



UND ENTDECKEN SIE SÜDAFRIKA SELBST.

Warum wollen Sie sich das Recht vor-
enthalten, Südafrika kennenzulernen?
Sie können doch morgen schon dort
sein - mit einem Dutzend oder mehr inter-
nationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber
anstecken und von Städten faszinieren, die
auf Gold und Diamanten gegründet wurden.
Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt
werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Verän-
derungen, die in Südafrika vor sich gehen,
angenehm überrascht sein. Allein dies
zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den
günstigen Wechselkurs von ganz beson-
derem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum,
dieses wunderschöne Land zu erleben,
und lassen Sie sich von seinem Zauber ge-
fangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber,
was Südafrika dem Besucher zu bieten hat,
finden Sie in dem neuen SAA-tours Hand-
buch für Südafrika-Reisen.

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAA-tours
Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name _____

Adresse _____

DW 17/11

Pankraz, das Klima und der ApO-Kongress

Unter der Abbildung der Büsten von Marx, Engels und Lenin, über denen sich eine Regenwolke ausschüttert, knallt weiß auf rot die Zeile: „Prima Klima. Wieder den Zeitgeist. Erste gnadenlose Generaldebatte zur endgültigen Klärung aller unzeitgemäßen Fragen.“ Es ist keine postmoderne „New Age“-Gruppe, die auf diese Weise zu ihrem Kongress nach Frankfurt einlädt, sondern der harte, DKP-nahe Kern der marxistischen Linken in der Bundesrepublik, ehemalige ApO-Aktivisten zumeist, die zu Professoren von Reformuniversitäten wurden, Almar Altvater, Claus Offe, Jürgen Seifert, Oskar Negt, Ulrich K. Freuß, dazu von den Grünen Antje Vollmer und Eva Demski.

Die Leute meinen es bitter ernst. Ihr Humor reicht gerade fürs Deckblatt. Schon die nächste Seite der Einladung enthüllt, daß es sich um einen Galgenhumor handelt. Die „Protestbewegung“ von einst sei „zerstreut“, heißt es da anklagend, die „emanzipatorischen Gehalte im öffentlichen Vordenken verkümmert“. Und schlimmer noch: „Eingreifendes kritisch-theoretisches Denken ist an den Rand der politischen Praxis abgedrängt“. Deshalb also der Ruf nach der „Generaldebatte“. „Wir wollen die geschichtlichen Voraussetzungen und Handlungsmöglichkeiten emanzipatorischer Politik und außerparlamentarischer Opposition diskutieren und neu bestimmen. Wir wollen diskutieren, wie wir ein neues Konzept der realen Utopie einer befreiten Gesellschaft denken können.“

Na, dann diskutiert mal schön, kann man da nur sagen. Herauskommen wird sowieso nichts. Das ganze Vokabular des Einladungsgeistes zeigt ja bereits überdeutlich, daß die auf dem Deckblatt versprochene „Gnadenlosigkeit“ gegen sich selbst überhaupt keine Chance haben wird. Es wird statt dessen wieder einmal darum gehen, die alten Begriffs-Klappern in Bewegung zu setzen und die soziale Wirklichkeit so lange verbal zu vermageln und nach ausgedehntem Schnittmusterbogen gnadenlos zu zerschneiden, bis sie sich scheinbar in die Schablonen einfügt. Wie gut, daß es bei der bloßen Verbalität bleiben wird. In Weltgegnung, wo man durch die unverhoffte Gunst des historischen Augenblicks zum „Eingreifen“ übergehen konnte, ist die Gesellschaft da durch so tief beschädigt worden, daß sie seitdem nur noch wie im Koma vor sich hinsiechen kann.

Wenn die Frankfurter Anti-Zeitgeister und notorischen Klimaverwahrloster zur Einsicht fähig wären, müßten sie realisieren, daß ihr Standardkonzept des „Eingreifens“, des Umbaus der Menschennatur im Namen der „Utopie“, nicht nur partiell und aktuell, sondern insgesamt und ein für allemal gescheitert ist. Die Naturwissenschaften könnten ihnen dabei Vorbild sein, denn diese wissen mittlerweile, daß man nichts gegen die Natur, sondern alles nur mit ihr erreichen kann, daß man sie weder zwingen noch überlisten darf. Genau das ist die Erkenntnis, die sich nun endlich auch in den Sozialwissenschaften durchsetzen sollte.

Der Mensch ist zweifellos ein Teil der Natur. Wer ihn partout verändern will, muß ihn in seinen natürlichen Grundlagen, in seiner Gene-

tik, verändern; über die soziale Wünschbarkeit und ethische Zulässigkeit derartiger Eingriffe entfaltet sich gerade die Diskussion. Eingriffe von der Politik her sind dagegen nicht nur wirkungslos, sondern aktiv, mobilisieren natürliche Abwehrkräfte bei denen, die verändert werden sollen, wecken natürliche Macht- und Aggressionsinstinkte bei denen, die verändern wollen. Was als Emanzipation gemeint sein mochte, verwandelt sich im Nu in Krieg und Grausamkeit und - im Falle eines (temporären) Sieges der „Befreier“ - in eine tyrannische Einparteiensherrschaft, die sich wie tödliche Vulkanasche über die natürliche Vegetation legt.

Eine Absage an den politischen Utopismus bedeutet nie und nimmer Verzicht auf allgemeinere soziale Zielsetzungen, im Gegenteil, sie macht den Blick erst frei für die Notwendigkeit mittelfristiger, die natürliche Energie und die Lebensfreude der Völker beflügelnder Visionen (die man denn, wenn man unbedingt will, um Gottes willen auch „reale Utopien“ nennen mag). Wo keine Vision ist, vergeht das Volk“, heißt es schon in der Bibel (Sprüche 29,18). Eine solche Vision, eine solche „reale Utopie“ ist im Europa von heute durchaus lebendig: Pankraz meint die ungeheure, sich immer schneller akkumulierende Sehnsucht der Europäer, speziell der Mittel- und Osteuropäer, nach Überwindung der Jalta- und der Mauer- und Stacheldrähte und Todesstreifen, nach der Rückkehr zur alten Einheit des Kontinents und zu seiner traditionellen Freiheit.

Hier wäre für die utopieveressenen Frankfurter doch ein lohnendes Feld, hier könnten sie darangehen, einer realen Utopie ihr theoretisches Kleid zu schneidern. Angehängt haben sie ja besonders gute Beziehungen zu osteuropäischen Intellektuellen, und jedes Gespräch mit einem von denen müßte sie eigentlich davon überzeugen, daß es für diese Menschen nur noch darum geht, die völlig geistlose Formel des Sozialismus gegen die reingebrachte Utopie eines freien Europa einzutauschen. Aber gerade das wollen unsere Frankfurter nicht. Sie sind im Gegenteil bestigst damit beschäftigt, dem alten Formelkram neues (Schein-)Leben einzublasen, weil wissend, daß mit seiner Hilfe Millionen europäischer Landsleute versklavt und gedemütigt werden.

Soll man sich da noch wundern, daß ihnen die Anhänger davonzulaufen beginnen? Soll man vielleicht gar noch Respekt aufbringen vor ihrem Galgenhumor und vor ihrer gespielten Tapferkeit vor dem Zeitgeist? Nein, jedes Mitleid mit ihnen wäre verschwendet. Es sind verbohrt, lernunfähige Doktrinäer, die sehenden Auges die Geschäfte der sowjetischen Diktatur über Ost- und Mitteleuropa besorgen. Ihre Fragestellungen sind nicht nur unzeitgemäß, sondern reaktionär, natur- und menschenfeindlich. Man kann nur hoffen, daß es ihnen weiterhin auf die Gipsbüsten regnet.

Wenn die Frankfurter Anti-Zeitgeister und notorischen Klimaverwahrloster zur Einsicht fähig wären, müßten sie realisieren, daß ihr Standardkonzept des „Eingreifens“, des Umbaus der Menschennatur im Namen der „Utopie“, nicht nur partiell und aktuell, sondern insgesamt und ein für allemal gescheitert ist. Die Naturwissenschaften könnten ihnen dabei Vorbild sein, denn diese wissen mittlerweile, daß man nichts gegen die Natur, sondern alles nur mit ihr erreichen kann, daß man sie weder zwingen noch überlisten darf. Genau das ist die Erkenntnis, die sich nun endlich auch in den Sozialwissenschaften durchsetzen sollte.

Der Mensch ist zweifellos ein Teil der Natur. Wer ihn partout verändern will, muß ihn in seinen natürlichen Grundlagen, in seiner Gene-



Schreibt klar, leicht und leise: Der italienische Schriftsteller Mario Soldati. FOTO: ANSA

Mario Soldati wird 80

Ein Autor der sanfteren Brüderlichkeit

Soldati hat auf alles, worauf er ein Grundlegendes Recht hatte, verzichtet: nämlich darauf, den Leser an sich festzubinden, ihn zu besitzen, eine uneingeständene Autorität über ihn auszuüben. Die absolute „Leichtigkeit“ der Schrift Soldatis bedeutet Brüderlichkeit. Seine Beziehung zum Leser ist nicht autoritär, sondern von sanfter Brüderlichkeit“, schrieb Pier Paolo Pasolini 1974.

Möglicherweise ist genau dies der Grund, weswegen man Mario Soldati eigentlich viel zu wenig kennt. Er gehört nicht zu jenen Autoren, die sich nach vorne drängen, die den Leser mit hochdramatischen Handlungen oder skurrilen Einfällen provozieren. Soldati schreibt so, wie er lebt: kohärent, klar, richtig und leise.

Es gibt noch einen weiteren Grund, der dazu beigetragen haben könnte, daß Soldati nicht zur literarischen Prominenz gehörte: Sein Werdegang innerhalb der italienischen Literatur des 20. Jahrhunderts ist atypisch. Soldati läßt sich nicht einordnen, in keine Tendenz oder Bewegung hineinzwängen, keine Verwandtschaft mit anderen Autoren anhängen. Man könnte ihn übersehen.

Nicht übersehen wird er dagegen von Kennern italienischer Kulturkreise. Bereits für sein erstes Werk, das im Alter von 19 Jahren geschriebene Drama in drei Akten „Platò“, erhielt er einen Preis seiner Heimatstadt Turin. Bis zu seinem nächsten Buch vergingen zehn Jahre: 1935 er-

scheint die Erzählung „America prima amore“, inspiriert von einem zweijährigen USA-Aufenthalt. 1950 erscheint die Trilogie „A cena col commendatore“, Soldatis wohl größter Erfolg. 1954 folgt „Le lettere da Capri“, das den „premio Strega“ erhält, 1970 bekommt er für „L'attore“ den „premio Campiello“.

Soldatis Schaffen beschränkte sich nicht nur auf seine schriftstellerische Produktion: Er begann für den Film zu arbeiten. Er realisierte als Regisseur verschiedene Filme nach Romanvorlagen, u. a. von Fogazzaro, Balzac und Moravia. Gleichzeitig begann er für Zeitungen zu schreiben, erst sporadisch, dann regelmäßig für „Il giorno“.

Mario Soldati lebt heute in einem kleinen Ort über dem Golf von Lerici, ruhig und leise, aber sicher produktiv. PATRICIA ENGELHORN

Bisheriger Höhepunkt des Züricher Mozart-Zyklus: „Die Zauberflöte“ unter Ponnelle und Harmoncourt

Im vollen Lauf die Richtung gewechselt

Die Züricher Aufführungen des Opern Mozarts, musikalisch betreut von Nikolaus Harnoncourt und szenisch von Jean-Pierre Ponnelle, haben gute Chancen, nachhaltige Wirkung auszuüben. Schließlich leisten sie in der Praxis das, worüber seit Jahrzehnten theoretisiert wird: die Befreiung Mozarts vom Gedankengut des 19. Jahrhunderts, seine Wiedereinbürgerung im 18. Jahrhundert, in der musikalischen Klassik. Rein äußerlich wurde das schon daran deutlich, daß Zürich erstmals die frühen italienischen Serio-Opern gleichberechtigt neben die Meisterwerke aus Mozarts Wiener Zeit stellte, so den klassischen Grundtenor in Mozarts Werken betonte.

Nun also „Die Zauberflöte“, das schwierige Spätwerk, in der Hand von Ponnelle und Harnoncourt. Den Weg der musikhistorischen Theorie in die Praxis hat vor allem Harnoncourt geebnet, indem er auf übertriebene historische Genauigkeit, etwa bei der Mensurierung und Besaitung der Streichinstrumente, verzichtete, das historische Klangbild mit einem regulären Opernorchester herstellte. Eine Ausnahme machen dann nur die Naturhörner, deren Klang eben ganz anders ist als der eines modernen Ventilhörns. Das fürs Naturhorn typische Herausplatzen von Tönen und das rauhe Timbre bestimmen den Klang dieser „Zauberflöte“ über weite Strecken.

Überhaupt klingt sie bei Harnoncourt natürlich ein gut Stück anders als gewohnt. Gerade „Die Zauberflöte“ ist ja im Laufe der Jahrzehnte in eine besonders dicke Instrumentierung eingepackt worden. Nichts hatte falscher sein können für ein Stück, das für ein Privattheater in der Wiener Vorstadt konzipiert worden war, bei dem an allen Ecken gespart wurde, insbesondere bei den Instrumenten, bei den Streichern. Ein „Zauberflöten“-Orchester mit zwölf ersten Geigen ist einfach ein Witz.

Genau da hakt Harnoncourt ein, spielt mit kleiner, schlanker Besetzung, bei der die Bläser ein deutliches Übergewicht über die Streicher gewinnen. Zuweilen hört sich das Orchester dieser Züricher „Zauberflöte“ schon an wie die Harmoniemusiken, die Mozart als Bearbeitung seiner Oper für Bläserensembles zu schreiben pflegte.

Die Musik eines Volkstheaters und nicht eines Freimaurertempels, das war es wohl, was Harnoncourt erreichen wollte. Entsprechend schnell, ja, oft flott und vergnügt klingt das Stück unter seiner Hand, deutlich ein



Zurück zur Musik des Volkstheaters: Schlante Besetzung im Orchester, aber euphorisch bei den Stimmen (hier: Cheryl Lichter als „Königin der Nacht“ in der Züricher „Zauberflöte“). FOTO: NIKOLAUS STAUSS/KEYSTONE

Singspiel der unterhaltensamen Art. Der Erfolg ist verblüffend: Obwohl der sonst kräftig zusammengestrichene Dialog Schikaneders hier fast vollständig gesprochen wird, dauert die Aufführung inklusive Pause nur drei einhalb Stunden, und von denen werden einem kaum fünf Minuten lang. Das will bei der „Zauberflöte“, die sonst vor Bildungshuberei nur schwer von der Stelle kommt, viel heißen.

Das ist natürlich auch das Verdienst von Jean-Pierre Ponnelle, der für Regie und Bühnenbild sorgte, so wie seines Kostümbilders Pet Halmen. Ponnelle hat ja einige „Zauberflöten“ in den letzten Jahren inszeniert: in Köln noch ganz streng und barock. In der Salzburger Felsenreitschule gelang die vollkommene Synthese von Welt- und Volkstheater. Nun in Zürich geht Ponnelle den Weg in die theatralischen Historismen noch weiter. Er wird ganz bescheiden, sein Bühnenbild kommt mit Ersatzsitzkissen, Requisiten vor schwarzen Hängern aus. Flüssiger kann auch Ponnelle das von Mozart mit heißer Nadel gestrickte Machwerk nicht gestalten. Es wechselt nun einmal im vollen

Lauf die Richtung, aus der guten Mutter wird die böse Königin der Nacht, aus dem frechen Mädchenräuber Sarastro der Herr des Weisheitstempels, und auch sonst bleibt vieles unklar und unmotiviert. Es kam eben Mozart und Schikaneder nur auf Sing- und Spielsituationen an, nicht auf den logischen Handlungsstrang.

Ihre Einheit findet die „Zauberflöte“ eben erst auf dieser Meta-Ebene des Theaters. Schlüssig, nicht als Werk, aber als ein Stück Vorstadttheater, ist sie nur in der Aufführung. Eben hier sieht Ponnelle seinen Ansatz. Über die Mittel kann man streiten, über den Zweck nicht. In einigen Szenen macht die Aufführung den Eindruck, als habe die Probenzeit nicht ganz ausgereicht. Aber im Volkstheater sind es wohl legitime Mittel, dem bösen Monostatos das „teufliche“ Lachen eines J. R. Ewing als Markenzeichen mitzugeben oder als Running Gag Papageno vor jedem Auftritt etwas unrennen zu lassen, was dann mit Gepolter und Geldröte zu Boden fällt.

Das Ensemble, das Zürich für die „Zauberflöte“ zusammengebracht hat, ist vorzüglich. Mit hellstrahlen-

dem Tenor singt Gösta Winberg den Tamino. Barbara Bonneys heller Sopran erfüllt die Partie der Pamina vollkommen. Anton Scharinger ist der Papageno mit junger, gesunder Stimme und einem fröhlichen Spielertalent: Er wird in dieser Partie wohl bald die Runde machen durch die großen Opernhäuser.

Cheryl Lichter gibt den Koloraturen der nächtlichen Königin silbernes Feuer. Matti Salminen verkündet profunde Lehren mit profunder Stimme. Thomas Hampson läßt in der Partie des Sprechers einen Bariton von Wohlklang und Substanz vernehmen. Tölzer Singknapen erledigen die Aufgaben der drei Genien auf souveräner Weise, das Damentertzen klingt gut zusammen.

Es geht also weiter mit Züricher Mozart-Glück. Als Claus-Helmut Drese, Opernchef in Zürich ehedem und nun in Wien, seine Loge betrat, gab es Begrüßungsapplaus. Tatsächlich: Der Abend ist noch ein Nachzügler der A. Drese. Auf dem Konto des neuen Direktors Christoph Groszer ist er noch nicht zu verbuchen. Das bleibt einstweilen weiß.

REINHARD BEUTH

Forschung und praktische Pädagogik: Zehn Jahre Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur

Mal ist der Hase, manchmal auch der Igel schneller

Die Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur in Volkach verleiht morgen ihren „Großen Preis“ an die Internationale Jugendbibliothek in München, der „Volkacher Taler“ geht an Hans Böcker, den Vorsitzenden des Friedrich-Böcker-Kreises.

Die Preisverleihung in Volkach ist zugleich eine Geburtstagsfeier zum zehnjährigen Bestehen der Akademie. 1976 schlossen sich Autoren, Graphiker, Journalisten und Professoren zusammen, um Grundlagenforschung und praktische literarisch-pädagogische Arbeit sinnvoll zu verbinden. Sie wollten durch wissenschaftliche Seminare und Veröffentlichungen über den Rahmen der Hochschularbeit hinaus Anregungen geben und zudem regelmäßig Buchempfehlungen für einen möglichst breiten Interessentenkreis veröffentlichen.

Alljährlich sollte auch ein „Großer Preis“ verliehen werden, der nicht als Konkurrenz, sondern als sinnvolle Ergänzung zum „Deutschen Jugendbuchpreis“ gedacht war. Während dieser nämlich einzelne Bücher aus der jeweils neuesten Produktion prämiert, zeichnet der Akademie-Preis das Gesamtwerk einzelner Autoren oder Graphiker aus, hebt Pädagogen, Bibliothekare oder Journalisten hervor, die in der Bundesrepublik vor-

bildlich das gute Jugendbuch gefördert haben, prämiert aber auch Wissenschaftler wie etwa 1985 die beiden Gebirder-Grimm-Forscher L. Denck und H. Böhle oder den Komponisten Cesar Bresgen für seine Verbindung von Musik und Kinderbuch.

Die Mitglieder der Akademie waren nicht so weltfremd, daß sie anzuhängen, allein mit Idealismus und Arbeitsbereitschaft ihre Ziele erreichen zu können. Sie fanden Unterstützung bei der kleinen fränkischen Weinstadt Volkach. Dort meinten Bürgermeister und Stadtrat, wenn sich andere Städte einen eigenen „Stadtschreiber“ hielten, warum sollten sie dann nicht die Jugendbücher unterstützen, und stifteten den alljährlichen „Großen Preis“ und zusätzlich den „Volkacher Taler“. Die Akademie bedankt sich für dieses originale Mäzenatentum, indem sie ihre jährlichen Seminare in Volkach abhält, die prämierten Autoren zu Lesungen einlädt und die Belegexemplare der von ihr regelmäßig empfohlenen „Bücher des Monats“ der Jugendbücherei der Stadt übergibt.

Inzwischen sind das schon mehr als 400 Titel, ein repräsentativer Querschnitt durch das Kinderbuchschaffen eines Jahrzehnts. Sicher trägt er auch den Stempel subjektiver Auswahlen, aber manchmal erinnern diese

Empfehlungen, die sich vorwiegend auf Neuerscheinungen konzentrieren, schon ein wenig an das Märchen vom Hasen und Igel; denn wenn die jährlichen Auswahlen zum Deutschen Jugendbuchpreis erscheinen, können die Volkacher - wie sie manchmal teils herablassend, teils wohlwollend genannt werden - darauf hinweisen, daß mehrere der Titel schon unter ihren Monatsbüchern genannt wurden.

Die Ergebnisse der verschiedenen Seminare wie beispielsweise „Das Bild des Juden in der Volks- und Jugendliteratur“ oder „Buch und Bildschirm“ werden in der Zwischenzeit auf neun Bände angewachsen. Schriftreihen der Akademie veröffentlicht. Der neueste Titel, „Märchen, Mythen und moderne Zeit“, erscheint in diesen Tagen und bringt eine Reihe wichtiger, neuer Aufsätze für älteren und modernen Jugendliteratur.

Im Lauf der Jahre wurden neben dem Empfehlungslisten mit den „Büchern des Monats“ ein umfassender Katalog „Christliche Kinder- und Jugendbücher“ und ein Katalog „Geschichte im Jugendbuch“ herausgebracht; sie können noch ebenso von der Geschäftsstelle der Akademie (Parkstraße 16, 8702 Rottendorf bei Würzburg) bezogen werden wie die

neueste, umfangreiche Liste mit allen in den vergangenen sechs Jahren erschienenen Faksimiles und Nachdrucken alter Kinder- und Jugendbücher. Der vierteljährlich erscheinende „Volkacher Bote“ wird in einer Auflage von 1000 Exemplaren kostenlos an Interessenten verschickt. Das ist um so beachtenswerter, als die Akademie mit ihren bescheidenen Mitteln aus Spenden und projektgebundenen Zuschüssen äußerst sparsam wirtschaften muß.

Als die Akademie vor zehn Jahren gegründet wurde, sahen manche in ihr nur einen Provinzverein. Sogar das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ veröffentlichte damals einen höchst polemischen Artikel. In der Zwischenzeit hat sich das Blatt längst gewendet. Die „Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendliteratur e. V.“ hat unter der Präsidentschaft des als Literaturdiktator wie als Jugendbuchautor gleichermaßen bekannten Würzburger Professors Alfred C. Baumgärtner eine Reihe profiliert Mitglieder im In- und Ausland gewonnen. Welche Anerkennung sie gefunden hat, spricht schon aus der Tatsache, daß das Frühjahrsseminar der Akademie 1987 gemeinsam mit der „Bayerischen Akademie der Schönen Künste“ in München stattfanden soll. HEINRICH PLETICHA

Werner Schroeter inszeniert Lorcas „Doña Rosita bleibt ledig“ am Düsseldorfer Schauspielhaus

Wenn gebildete Damen mit Rosen Fußball spielen

Der Rosenzüchter ist tot. Doña Rosita wartet immer noch vergeblich auf ihren Verlobten, der in Amerika längst eine andere geheiratet hat. Das Verborgene ist verschwunden, das Haus verkauft. Für diese Situation hat sich Regisseur Werner Schroeter in seiner Inszenierung von Lorcas „Doña Rosita bleibt ledig“ die Sprache der Blumen - ein treffliches, wenngleich eher belläufiges Bild einfallen lassen: Er läßt die Hausherrin und ihre Dienerin mit Rosenköpfen Fußball spielen.

Das ist eine Art Befreiungsszene. Nun nämlich, da alles dahin ist, was bislang das Leben dieser Familie ausgemacht hat, kommt die Stunde der wahren Empfindung. Nicht, daß die Damen ihr bisheriges Leben verachtet hätten, gezwungen erduldet. Nein, die strenge Schönheit des Blumenparterres wie des hochschmückten Wartens auf den längst zur Imagination gewordenen Geliebten war ein

gern vollzogener Lebensinhalt. Die Liebe der Doña Rosita, gerade weil sie unerfüllt bleibt und damit nicht ins Alltägliche sinkt, ist eine Art Gottesdienst mit strengsten Zeremonien in einer herrlich gestrigen Kathedrale. Und insofern ist eben das Bild mit dem Rosenfußball eine Säkularisierungsfeste. Die alterwürdigen Damen genießen einen Augenblick jugendmädchenhaften Übermutes.

Hätte Werner Schroeters Düsseldorfer Inszenierung sich an diese Antinomie von Ästhetik und Vitalität gehalten - die Rechnung wäre wohl aufgegangen. Eigentlich ist Schroeter ein Mann für Lorca. Er kann diese hochgestochenen Bilder erfinden, in denen die Natur so vollendet ästhetisiert wird, daß die Schönheit vor so eben noch gebändrigter Kraft schier bröckelt. Aber er glaubte wohl, wie die meisten deutschen Lorca-Interpreten, daß man diese Bilder so nicht stehen lassen dürfte. Und so griff er

tief in die Trickkiste von Bildbrechung durch Parodie und Überästhetik.

Das fängt schon beim Bühnenbild an (Alberte Bartsacq). Ein riesiges Schiff (unter deutschen Regisseuren scheint neuerdings ein Art Schiffsfeldschmuss ausgebrochen zu sein) wird als mächtiges Symbol auf die Rückwand projiziert. In Granada, wo das Stück spielt, eine Schiffswert? Oder eine Art Garten des d'Annunzio? Das Über-Symbol verzerrt das Stück jedenfalls von vornherein ins Denunziatorische.

Uno Schröter macht das offenbar zum Spielprinzip. Einerseits kunstvolle Balletteinlagen, spanische Musikanten, goldene Leuchter, unendlich viel Tüll. Und andererseits zum Beispiel Rositas blumenzüchtender Onkel (Hans Peter Korff) - die Charaktere eines sperrigen deutschen Oberlehrers. Doña Rositas Verlobter (Peter Kern) ein aufgeblasener Fett-

sack Herr X (Dietmar Saebisch) - eine groteske Fortschritt-Figur. Selbst Doña Rosita in ihren verschiedenen getanzten Variationen (Sigrid Eglesia/Sandra Kunz/Christiane Lemm) ist nie geänderte Vitalität, sondern eher Blüthenart von Natur aus. Lediglich die beiden alten Damen - Hanna Seiffert als Haushälterin und Elisabeth Krejcir als Tante und Hausherrin - haben Lorca-Charakter: gebändigte Vitalität, die eine lebensnahe Geförtheit die andere.

Aber bei allen schönen Ansätzen verliert sich die Inszenierung immer wieder in kaltes Dekor. Das Spanische an Lorca, das uns faszinieren könnte, geht darüber verloren: Würde, Form, sublimste Moralität, vollendete Ästhetik unter Einsatz des Lebens erreichen und feiern. Der Mensch als Torero - das versteht man nicht in Deutschland. Trotzdem enthusiastischer Beifall.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Ist das Theatertreffen von Berlin noch zu retten?

dpn, Berlin
Mit einer Diskussion über die polemisch zugespitzte Frage, ob das alljährliche Theatertreffen deutschsprachiger Bühnen in Berlin „noch zu retten“ sei, begann die Dramaturgische Gesellschaft ihre 34. Jahrestagung in Berlin. Bis zum Mittwoch wollen die Teilnehmer der Tagung fern über Probleme der Theater- und Regieausbildung, „Sprache und Dramaturgie in Stricken von deutschen Autorinnen“ sowie über „Dramaturgie der Umerhaltung im Theater“ diskutieren. Der Berliner Kultursenator Volker Hassemer (CDU) betonte bei der Eröffnungsdiskussion, im Hinblick auf das innerdeutsche Kulturabkommen hoffe er, daß es eine Erweiterung des Begriffs „deutschsprachige Bühnen“ beim Theatertreffen gebe, also endlich eine Einbeziehung der Theater der „DDR“.

Heimtmuseen erleben einen Gründungsboom

lnw, Hamm/Westf.
Seit 1980 sind in Nordrhein-Westfalen zehn Museen neu erbaut oder erweitert worden. Gerade im Bereich der Heimtmuseen sei derzeit ein regelrecher „Gründungsboom“ festzustellen, meinte der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) in Hamm bei einem Festakt zum 100jährigen Jubiläum des Gustav-Lübeck-Museums. Die Gemeinden hätten erkannt, daß Museen keineswegs nur „Spielwiesen einer Elite sind, sondern ein Angebot für alle Bürger darstellen und die Attraktivität eines Ortes erhöhen“.

Nächste PEN-Tagung über „innere / äußere Grenzen“

dpn, Rom
Innere und äußere Grenzen für Schriftsteller sind das zentrale Thema des nächsten Weltkongresses der internationalen Autorenvereinigung PEN, der vom 10. bis zum 17. Mai in Lugano stattfindet. Dies teilten PEN-Präsident Francis King und der Generalsekretär der Vereinigung, Alexander Blokh, in Rom mit. Grenzen für die Literatur sollen nicht nur als politische, sondern auch als ethnische, sprachliche, soziale, psychologische und metaphysische Grenzen verstanden werden.

„Friedrich II. und die Kunst“ in Potsdam

DW, Düsseldorf
Die Ausstellung „Friedrich II. und die Kunst“ in Potsdam ist zwar zu Ende gegangen. Aber nun ist es auch möglich, den Katalog, der erst mit erheblicher Verzögerung fertig wurde, zu kaufen. Für die Bundesrepublik verteilt die beiden Bände (zus. 264 S. mit zahlr. Abb., 39,80 Mark) der Brücken Verlag in Düsseldorf (Ackerstr. 3). Katalog und Ausstellung, obwohl sie die Politik Friedrichs II. weitgehend ausklammern, sind ein interessanter Beleg dafür, wie die „DDR“ den Preußenkönig in ihr eigenes Geschichtsbild zu integrieren trachtet.

Scorsese schließt Vertrag mit Disney

AFP, New York
Der amerikanische Filmregisseur Martin Scorsese hat mit den Walt-Disney-Studios einen Zwei-Jahres-Vertrag unterzeichnet, in dessen Rahmen er mehrere Filme drehen und produzieren wird. Scorsese hat bereits seinen letzten Film, „The Color of Money“, für Paul Newman bewegt ihn dies zu einer erstmaligen engeren Zusammenarbeit mit einer der großen Filmgesellschaften.

Syberbergs Filme oder „50 Zuschauer reichen“

dpn, Rom
„Nicht mehr als 50 Zuschauer waren es in Paris, London und New York. Wir sind nicht überrascht, in Rom dieselbe Anzahl zu finden.“ So kommentierte der deutsche Regisseur Hans Jürgen Syberberg nach Angaben der italienischen Nachrichtenagentur ANSA die Vorstellung seines achtstündigen Films „Die Nacht“ in einem kleinen Kino in Rom. Der Streifen soll in Kürze im deutschen Fernsehen gezeigt werden. Der Regisseur beklagte sich vor Journalisten über die „Taubheit, an die das Publikum gewöhnt wurde“.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Neumann, ein Kenner des deutschen Films, liefert einen Überblick über Filme, in denen sich das Böse ordentlich austoben kann, von Fantomas bis Rasputin. Doch bei Neumann ist Böse nicht gleich Böse; er unterscheidet zwischen bösen Buben zur See, Sadisten, Sex-Unholden und irren Wissenschaftlern, um nur einige Kategorien zu nennen. Was leider fehlt, ist eine Auflistung der Filme, die so richtig böse sind, um sich die abendliche Auswahl des Fernsehfilms zu erleichtern. Ho. Hans-Joachim Neumann. Das Böse im Kino“, Ulstein, 175 S., 9,80 Mark.

